

UNABHÄNGIGE Bauernstimme

April 2003 Nummer 255
K 12858 / 3,00 €

Eine Zeitung von Bäuerinnen
und Bauern

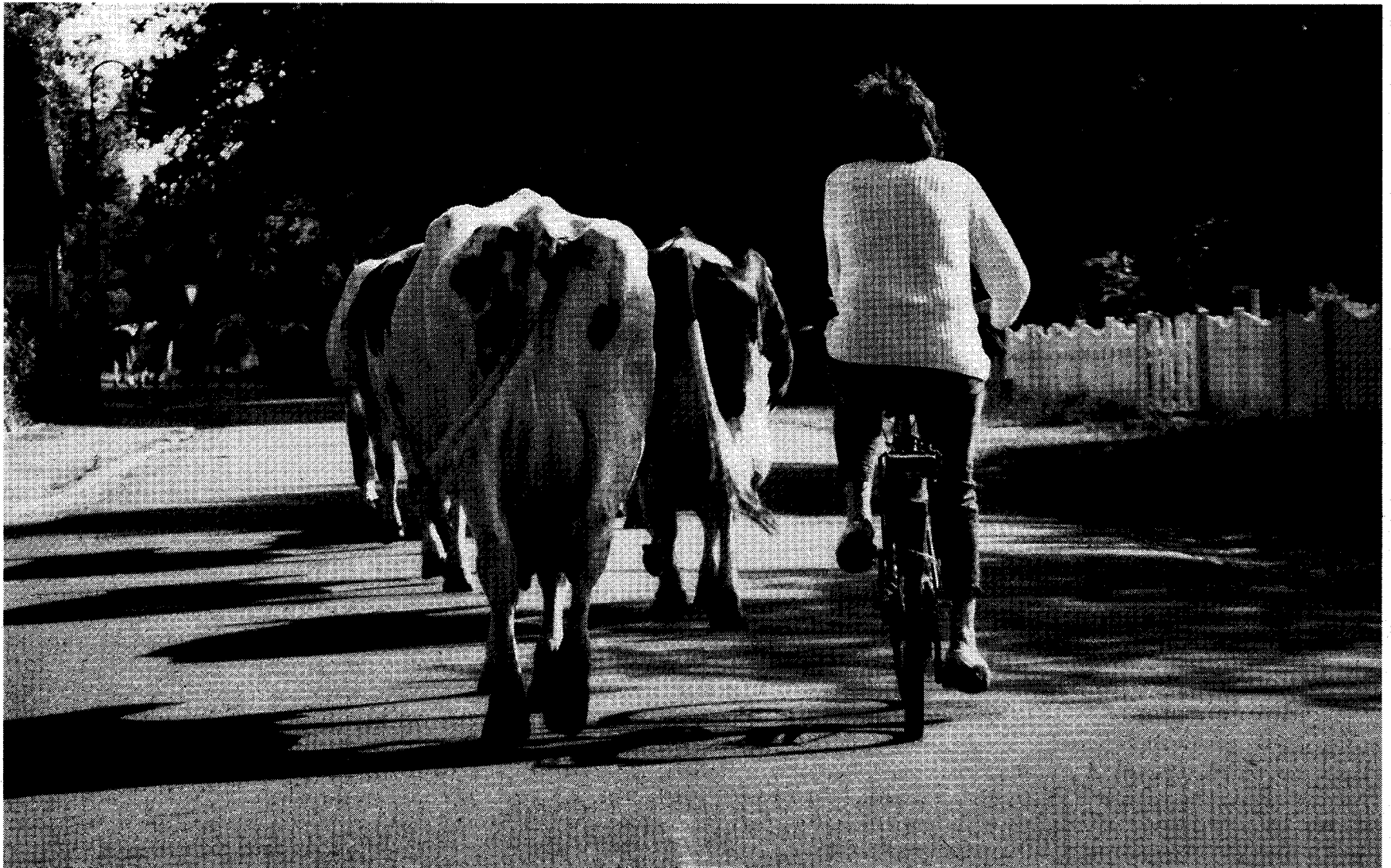


Foto: Niemann

Schwerpunkt

WTO-Verhandlungen

Nachdem sich die Staaten nicht auf eine Regelung des Welthandels einigen konnten, haben EU und die Bundesrepublik Gelegenheit, ihre Positionen neu zu formulieren. Das AgrarBündnis bekräftigt seine Kritik an der Orientierung am Weltmarkt. Seite 12 und 13

Fatale Folgen

Billige Exporte in Länder der Dritten Welt wie Jamaika ruinieren die dortige Bauernschaft. Ist die Neuordnung globaler Märkte Schlüssel zu einer gleichberechtigten Rolle der Entwicklungsländer oder blanke Interessenswahrung großer Konzerne? Seite 2 und 13

Politik

Etikettenschwindel?

Wenig ist von guten Analysen der Halbzeitbewertung in den aktuellen Vorschlägen übrig geblieben, erläutert der AbL-Vorsitzende Friedrich Wilhelm Graefe zu Baringdorf im Interview. Statt zu einer gleichberechtigten Säule ist die ländliche Entwicklung zum Zahnstocher geworden. Seite 6 bis 7

Künftig gibt es mehr

Kringelschwänze

Überraschend hat das als verwässert kritisierte Qualitätszeichen QS zum strengeren Umgang mit dem Koupieren von Schweineschwänzen geführt. Tierschützer aus den Landesministerien erklären starkes Schwanzkürzen für gesetzeswidrig und damit als Ausschlusskriterium von QS. Seite 10

Bewegung

Entscheidung steht an

Der Europäische Gerichtshof will am 10. April zu einem Urteil über die Auskunftspflicht beim Nachbau kommen. Gespräche zwischen Bäuerinnen und Bauern mit den Züchtern haben bislang zu nichts geführt. Seite 5

Bauerntag in Freiburg

Die zentrale AbL-Veranstaltung des Jahres wirft ihre Schatten voraus. Einzelheiten zum Programm und Berichte über Veranstaltungen der AbL-Landesverbände Bayern, Baden-Württemberg und Mecklenburg-Vorpommern auf den Seiten 1 bis 4, 17 und 23

Weitere Themen:

Milchtagung Seite 8, Gentechnik Seite 11, Regionen aktiv Seite 14, Hofübergabe Seite 15, Mexiko Seite 18 und vieles mehr

Blockade: Mit diesem Wort ist der derzeitige Stand der Agrarverhandlungen in der Welthandelsorganisation WTO umfassend beschrieben. Nach mehr als drei Jahren Auseinandersetzungen in Genf haben sich die Hauptgegner in keiner wichtigen Frage bewegt und wiederholen – in sprachlich veränderter Form – ihre ursprünglichen Forderungen. Die USA fordern zusammen mit anderen großen Agrarexportländern wie Australien, Kanada, Argentinien und Brasilien den freien Handel mit landwirtschaftlichen Gütern. Die zur Zeit noch



sehr hohen Zölle in der EU, Japan und vielen Entwicklungsländern sollen drastisch reduziert und deren Märkte damit geöffnet werden. Gleichzeitig wollen die USA die von der Produktion abgekoppelten Direktzahlungen beibehalten. Die EU hält dem wortreich entgegen, die Erhaltung und Entwicklung ländlicher Räume, der Umweltschutz und die Pflege der Kulturlandschaft erforderten es, Landwirtschaft anders zu

behandeln als die Herstellung von Glühbirnen – und hat damit im Prinzip recht. Ihre Verhandlungsposition in der WTO spiegelt diese Einsicht jedoch kaum wider: Dort kämpft sie vor allem für die Erhaltung der Exportsubventionen und die an Flächenstill-

gung gekoppelten Prämienzahlungen. Beides hält den Strukturwandel in der europäischen Landwirtschaft nicht auf – im Gegenteil, es beschleunigt ihn sogar. Darüber

hinaus erlaubt es – genauso wie das US-amerikanische Subventionssystem – den Export zu Preisen unterhalb der vollen Produktionskosten. Unter diesem „Dumping“ leiden vor allem Kleinbauern in Entwicklungsländern. Dagegen entwickelte die EU keine Initiativen, die in der WTO nur begrenzt vorhandenen Möglichkeiten für Agrarumweltprogramme und zur Unterstützung benachteiligter Gebiete auszuweiten.

Entsprechend sieht der Kompromissvorschlag des Vorsitzenden des WTO-Agrarkomitees für ein reformiertes Abkommen aus: Die Zölle sollen stark, aber nicht ganz so stark gesenkt werden wie von den USA gewünscht, abgekoppelte Direktzahlungen dürfen unbegrenzt weiter geleistet werden und die Exportsubventionen sollen auslaufen – allerdings über einen Zeitraum von neun Jahren. Die Zahlungen für Flächenstilllegungsprogramme sollen halbiert und die Bedingungen für Agrarumweltprogramme verschärft werden. Das Beste, was über diesen Vorschlag zu sagen ist, ist, dass er nahezu sicher abgelehnt werden wird.

Wenn Europa seine bäuerliche Landwirtschaft erhalten und die Umwelt schützen will, muss es seine Position in der WTO grundlegend verändern. Zunächst muss die EU auf ein umfassendes Verbot von Dumping drängen und sich selbst daran halten. Darüber hinaus muss sie anhand nachvollziehbarer Kriterien Schutz und Unterstützung für die Sektoren fordern, die dem ländlichen Raum und der Umwelt besonders dienen. Kritische Bauerngruppen, Umwelt- und Entwicklungsverbände haben zahlreiche Vorschläge in diese Richtung gemacht, die europäischen Regierungen müssen sie endlich aufgreifen, um einen faulen Kompromiss in der WTO zu verhindern.

Tobias Reichert, Forum Umwelt & Entwicklung

AbL-Bauerntag in Freiburg!

„Bäuerinnen und Bauern braucht das Land“ ist das Motto der AbL-Veranstaltung

Viel Arbeit steckt in der Vorbereitung der wichtigsten AbL-Veranstaltung des Jahres. Der AbL-Bauerntag am 9. und 10. Mai in Freiburg wird aufwändiger als je zuvor. Referenten aus Deutschland, Österreich und der Schweiz sowie Frankreich sind geladen. Erwartet werden Wissenschaftler, Politiker, Vertreter des Lebensmittelhandels und natürlich Bäuerinnen und Bauern, die hoffentlich zahlreich erscheinen. Schließlich geht es um ihre Interessen.

„Die Veranstaltung des letzten Jahres im bayerischen Waging war noch eine größere Abendveranstaltung“, sagt AbL-Bundesgeschäftsführer Georg Janßen, der gemeinsam mit dem baden-württembergischen AbLer Matthias Minister die organisatorische Leitung übernommen hat. Den Teilnehmern wird neben der Abendveranstaltung und drei Diskussionsforen eine ganztägige Exkursion zu Höfen der Umgebung geboten. „Die Leute, die sich auch den Sonnabend Zeit nehmen, fahren in den Schwarzwald.“

Die Veranstaltung hebt sich bewusst ab von dem Bauerntag, den der Deutsche Bauernverband (DBV) zwei Monate später abhalten will. „Während der DBV in die modernen Messehallen geht, haben wir uns für das Historische Kaufhaus entschieden – ein Haus mit viel Geschichte“, erklärt Georg Janßen. In dem im 16. Jahrhundert errichteten Gebäude tagte bis 1951 der badische Landtag. Hier wird auch ein wichtiger Geburtstag gefeiert: Der AbL-Landesverband Baden-Württemberg wird 15 Jahre alt.

Zum Auftakt am Freitag um 13 Uhr wird das Thema „Bäuerlichkeit, Nachhaltigkeit und Regionalität – Werte in einer globalisierten Welt?“ die Diskussion einläuten. Friedrich von Hohmeyer als Vertreter des Agrarbündnissen und die AbL-Bundesvorsitzende Maria Heubuch erwarten eine Vertreterin der Österreichischen Bergbauernvereinigung. Es wird sich zeigen, welche Schwierigkeiten in verschiedenen

Ländern die Bauern gemeinsam haben und wo die Unterschiede liegen. Freiburg ist schließlich als Tagungsort ausgesucht worden, weil hier Frankreich und die Schweiz nicht weit sind.

Für den Nachmittag sind drei Diskussionsforen vorgesehen, in denen besonders brennende Themen behandelt werden. Das Podium „Faire Preise für Bauern und Verbraucher“ wird Matthias Minister leiten. Dort werden der Geschäftsführer der in Freiburger ansässigen Breisgau-milch GmbH, Rolf Kirner, sowie Jörg Hieber von Edeka dem NEULAND-Metzger Reimund Teuscher und Jean Wehrey vom Regionalen Markenschutz in Frankreich gegenüber sitzen. Man darf gespannt sein, wie sich der Händler einer Ladenkette mit den Bauern versteht.

Parallel dazu läuft das Forum „Gentechnikfreie Landwirtschaft – in der Praxis umsetzbar?“, auf dem Gentechnik-Skeptiker aus Deutschland, Österreich und der Schweiz mit Herrn Utz von der Raiffeisen Zentralgenossenschaft Karlsruhe debattieren können. Das dritte Forum befasst sich schließlich mit der existenziellen Frage, welche Zukunft der bäuerliche Betrieb angesichts der WTO-Verhandlungen und der EU-Agrarreformen hat. Alois Heißenhuber von der Münchner TU-Weihenstephan debattiert mit CPE-Vertreter Gérard Choplin, Onno Poppinga von der Universität Wittenhausen, Wolfgang Reimer vom Bundesagrarministerium und Siegfried Jäckle vom Forum Pro Schwarzwaldbauern.

Den Foren schließt sich eine Abendveranstaltung zum Thema soziale Gerechtigkeit an. Spiegel-Redakteur Harald Schumann, Autor des Buches „Die Globalisierungsfalle“, wird sicherlich Zündstoff liefern für die Podiumsdiskussion, an der sich unter anderem der Vorsitzende im EU-Agrarausschuss, Joseph Daul aus Frankreich, sowie der AbL-Bundesvorsitzende Friedrich Wilhelm Graefe zu Baringdorf beteiligen.

la

Genaueres Programm s. S. 23



Nach dem Bauerntag 2002 im bayerischen Waging geht es diesen Mai nach Freiburg. Foto: Schimpf

Multifunktionalität darf nicht bloß ein Etikett sein

Professor Alois Heißenhuber von der TU München-Weihenstephan wird auf dem Bauerntag in Freiburg am 9. Mai über die Zukunft bäuerlicher Betriebe angesichts der EU-Reformen und WTO-Entscheidungen referieren.

Der Bauerntag findet in Freiburg statt, ganz in der Nähe der Grenzen zu Frankreich und zur Schweiz. Ein Symbol dafür, dass Probleme von Bauern grenzübergreifend sind?

Unsere Forschungseinrichtung hat die Schweiz immer im Blick gehabt. Ich finde es sehr interessant, dass die Schweiz, obwohl sie kein Mitglied der Europäischen Union ist, ähnliche Probleme wie die EU-Länder hat. Aber auch wenn die Schweiz nicht immer so handeln kann wie sie das möchte, gibt es doch beim Thema Multifunktionalität in der Landwirtschaft dort einiges,

von dem wir lernen könnten.

Der Trend geht aber doch in eine ganz andere Richtung. In den Niederlanden gibt es Bestrebungen, eine intensive Agrarindustrie auf engstem Raum zu schaffen und die bislang landwirtschaftlich genutzten Flächen in Teilen zu Naturschutzgebieten zu erklären.

In gewisser Weise ist die Entwicklung in Deutschland von der in den Nieder-

landen leider nicht so weit entfernt. Wirkliche Multifunktionalität hängt für mich damit zusammen, finanzielle Zuwendungen plausibel zu begründen. Seitens der WTO wird ja kritisiert, dass die EU-Staaten alle Direktzahlungen mit dem Etikett „multifunktional“ versehen.

Wie beurteilen Sie denn die jüngsten EU-Reformpläne?

Bei den Milchvorschlägen ist das sehr einfach: wenn diese verwirklicht werden, gibt es bei uns keine Milchbauern mehr. Die Grünlandbewirtschaftung hat so viele Funktionen – wenn das wegbräche, ließe sich der Schaden durch keine Ausgleichszahlungen ausgleichen. Komplizierter ist die Entkoppelung, die sowohl innerhalb der Landwirtschaft als auch von außen kritisch gesehen wird. Auf Dauer wird man dem Steuerzahler nicht erklären können, dass ein Landwirt nur deshalb Subventionen bekommt, weil er bereits früher Zuwendungen erhalten hat.

Interview: la



Foto: Archiv

Bauern diskutieren freie Wahl der Sozialversorgung

Arbeitsgemeinschaft bäuerliche Landwirtschaft (AbL) bringt Diskussion über Sozialsysteme in Gang

Freie Wahl der Krankenkasse bzw. Altersversorgung auch für die Bauern? Darüber debattierten die Landesverbände der Arbeitsgemeinschaft bäuerliche Landwirtschaft (AbL) Bayern und Baden-Württemberg auf einer AbL-Tagung zum Thema „Zukunft der Sozialversicherungen in der Landwirtschaft“ in Kloster Roggenburg bei Günzburg. Auf der in Kooperation mit der Petra-Kelly-Stiftung organisierten Veranstaltung wurde dies als Diskussionsgrundlage für weitere Gespräche festgehalten. AbL-Bayern-Vorsitzender Sepp Bichler, der die Tagung leitete, will damit in einer Zeit des bevorstehenden Umbruchs der Sozialsysteme allgemein eine längst überfällige Diskussion in Gang setzen und damit nicht zuletzt erreichen, dass die Landwirtschaft auch in den entsprechenden Debatten und Diskussionsforen, wie etwa bei Plänen der Bundesregierung zur Reform der Sozialsysteme, zur Kenntnis genommen wird.

Raus aus dem Zwangssystem?

Die Bauern könnten heraus aus dem bisherigen für alle verpflichtenden System der landwirtschaftlichen Alters- und Krankenkasse (LAK und LKK) und schrittweise in das allgemeine Sozialversicherungssystem integriert werden. Gleichzeitig wurde aber betont, dass die staatlichen Zuschüsse, die für dieses abgekapselte landwirtschaftliche System der Absicherung in Milliardenhöhe fließen, erhalten werden sollen – zumindest zur Absicherung derer, die bisher davon versorgt werden. Denn diese staatlichen Gelder seien keine Subvention der Landwirt-

schaft, sondern ein Ausgleich des Staates für das Problem des Strukturwandels in der Landwirtschaft. Mittlerweile trifft im landwirtschaftlichen Sozialsystem nämlich auf 1,7 Altenteiler nur noch ein Beitragszahler, womit das System ohne Unterstützung von außen natürlich nicht mehr existieren kann. Trotzdem sind die Renten der Ausstragsbäuerinnen und -bauern nur sehr bescheiden und kaum ausreichend.

Änderungen, keine Entsolidarisierung

Für die Krankenkassen schlugen einige der 50 Anwesenden – um die Kosten zu senken und um mehr Eigenverantwortung zu erreichen – eine Art von Selbstbeteiligung vor. Das heißt, nach dem Modell der Kaskoversicherungen beim Auto solle jeder einen Teil der Arzt- bzw. Arzneikosten selber tragen. An-

der landwirtschaftlichen Unfallversicherung (LUV) soll dagegen nach dem Willen der Tagungsteilnehmer nicht gerüttelt werden. Allerdings wurde allen Bemühungen seitens der leistungsstarken landwirtschaftlichen Betriebe eine deutliche Absage erteilt, die die LUV nach verschiedenen Risikogruppen einteilen und damit ein weiteres großes Stück „Entsolidarisierung“ betreiben wollen.

Suche nach Alternativen verweigert

Der Hintergrund dieser Forderungen ist mehrschichtig. Da ist zum einen der von einer ganzen Reihe von Tagungsteilnehmern harsch kritisierte „Zwang“, sich als Bauer oder beispielsweise auch als Gärtner der LKK und LAK anschließen zu müssen. Damit entfalle die Möglichkeit, sich bessere

Alternativen zu suchen. Ein zweiter Kritikpunkt ist das bisherige Modell der Beitragsbemessung, das sich im Wesentlichen an den Betriebsgrößen orientiert, mit vielerlei Modifizierungsmöglichkeiten und mit der Möglichkeit zu staatlichen Zuschüssen zwar, aber mit zu geringer Berücksichtigung der tatsächlichen Einkommenssituation. Ein hochinteressanter Vortrag eines Vertreters des schweizerischen Bauernverbandes beinhaltete viele Vorschläge, die die AbL in die Debatte um die Reformierung des Sozialversicherungssystems einbringen will.

Diskussion hat begonnen

Obwohl diese Vorschläge, die aus dieser Tagung entwickelt wurden, noch weiterer Konkretisierung und Differenzierung bedürfen, gingen die rund Teilnehmer aus Bayern und Baden-Württemberg zuversichtlich gestimmt nach Hause, mit der festen Überzeugung, dass damit endlich eine Diskussion über die Zukunft der sozialen Absicherung der Bauern in Gang kommen werde. Auch die bei der Tagung anwesenden Vertreter der landwirtschaftlichen Kassen sowie Ministerialdirektor Hermann Schlagheck von der für die Sozialversicherung zuständigen Abteilung im Bundeslandwirtschaftsministerium erlebten die Entschlossenheit der Tagungsteilnehmer, das Problem jetzt endlich anzugehen, und sie bekundeten ihrerseits die Bereitschaft zu weiteren Diskussion mit der AbL aus Bayern und Baden-Württemberg.

Hans Eder, AbL Bayern

(Der Setzer distanziert sich vom Inhalt dieses Artikels.)



Die AbL-Landesverbände Bayern und Baden-Württemberg trafen sich am 8. März im Kloster Roggenburg
Foto: AbL



Auf der niedersächsischen Frühjahrstagung der AbL übergaben Karl Heinz Rengstorf (r.) und AbL-Altvorsitzender Jürgen Strodthoff (li.) für eine zukunftsorientierte Einflussnahme den „Kritischen Agrarbericht 2003“ an den frischgebackenen niedersächsischen Landwirtschaftsminister Hans-Heinrich Ehlen (Mitte). Foto: C. Niemann

Polens EU-Beitritt weiter ungewiss

Der Ausgang des Referendums über den Beitritt Polens zur EU ist völlig offen. Bis Anfang März galt die Zustimmung der Bevölkerung als relativ sicher, da der sozialdemokratische Premier Leszek Miller die Bauernpartei als Koalitionspartner in die Regierung nahm. Ende Februar zerbrach das

Regierungsbündnis am Streit um ein Mautgesetz in Polen. Da die Bauernpartei die Zustimmung verweigerte, entließ Miller den Landwirtschaftsminister Kalinowski von der Bauernpartei. Seit Anfang März hat diesen Posten der parteilose Adam Tanski inne. Die polnischen Sozialdemokraten bilden seitdem eine Minderheitsregierung und müssen befürchten, dass die nun oppositionelle Bauernpartei Stimmung gegen einen EU-Beitritt macht. Am 5. Juni entscheiden die Polen darüber, ob ihr Land der EU beitrifft oder nicht. la

Bauerndemo mit Folgen

Unter dem Motto „Das Land kommt nach Kiel“ hatte der Bauernverband in Schleswig-Holstein am 7. März zu einer Großdemonstration in der Landeshauptstadt aufgerufen. Anlass war die Auflösung des Landwirtschaftsministeriums. Rund 5.000 ließen jedoch ihrer allgemeinen Frustration freien Lauf und demonstrierten nicht immer friedlich, so dass in der Presse von einer „Krawalldemo“ die Rede war. So wurden Strohpuppen, die Ministerpräsidentin Heide Simonis (SPD) und Umweltminister Klaus Müller (Bündnis 90/Die Grünen) darstellten, verbrannt. Simonis wurde außerdem auf Plakaten der Tod gewünscht und Müller durch Pfiffe an seiner Rede gehindert und tätlich angegriffen.

Diese Vorkommnisse hatten ein politisches Nachspiel. Während SPD-Landtagsabgeordnete forderten, Bauerndemonstrationen künftig nur unter Auflagen zu genehmigen, schrieb Heide Simonis einen Brief an den Landesbauernverbandspräsidenten Otto-Dietrich Steensen, in dem sie die „unanständigen, primitiven und menschenverachtenden“ Auswüchse der Demonstration kritisierte und vom Bauernverband eine öffentliche und deutliche Distanzierung forderte. Eine Entschuldigung Steensens, der während seiner Demorede verharmlosend von Plakaten „unter der Gürtellinie“ gesprochen hatte, erfolgte eher kleinlaut im Antwortschreiben. stü

Warten auf Öko-Professor

Die Besetzung des seit 1998 angekündigten Lehrstuhls für Ökolandbau an der Universität Weihenstephan lässt immer noch auf sich warten. Laut *Süddeutscher Zeitung* soll das zunächst an ideologischen Problemen innerhalb der Uni und dann an fehlenden Bewerbungen qualifizierter Professoren gelegen haben. Die Grünen im bayerischen Landtag bemängeln dagegen vor allem die fehlende Rückendeckung der Staatsregierung für den Ökolandbau. pm

Belastete Gewässer in Frankreich

Oberflächengewässer und Grundwasser in Frankreich sind nach Informationen des staatlichen Umweltinstituts IFEN in einem alarmierenden Ausmaß mit Pflanzenschutzmitteln belastet. Besonders problematisch seien Herbizide wie das in Frankreich erst jetzt verbotene Atrazin. pm

KURZES AM RANDE

Alte Schlagworte von neuem Minister

Auf der Frühjahrstagung der AbL-Niedersachsen sprach der neue Landwirtschaftsminister Heiner Ehlen. In den AbL-Landesvorstand kommen neue Leute.

Auf der Frühjahrstagung der AbL Niedersachsen am 9. März in Verden stellte sich der frisch gebackene niedersächsische Agrarminister Hans-Heinrich Ehlen (CDU) den kritischen Fragen der AbLerInnen. Ehlen machte in seiner Eingangsrede keinen Hehl daraus, dass er die Agrarwende für den falschen Weg halte. Den Milchbereich packte er sensibler an, ohne aber das nahende Ende der Quotierung in Frage zu stellen. Exportorientierung und Wettbewerbsfähigkeit waren ansonsten die alt bekannten Schlagworte, mit denen er versuchte, die Zuhörerinnen und Zuhörer einzuschwören. Die Modulation sei nicht gut für Deutschland, die Unterstützung des ökologischen Landbaus gar ein „Gegeneinander Ausspielen von konventionellen und Ökobauern“. Entsprechend kritisch waren die Statements und Fragen der AbLerInnen. Hier konnte er zu den Themen „Grüne Gentechnik“ und „Nachbau“ keine überzeugenden Pro-Argumente hervorbringen und nahm sogar dankbar einen ausgear-

beiteten Fragenkatalog entgegen. Insbesondere zu diesen Themen soll ein weiteres Treffen mit der AbL folgen, da der Ministerkurs hier noch nicht so festgefahren erschien und das Know-how auf Seiten der AbL lag. Begrüßt wurde von der AbL, dass die jetzigen Modulationsgelder nicht wie ehemals von Bartels geplant zu großen Teilen in den Schweineställen Südbadens versickern sollen. Zudem wurde auf der am Nachmittag folgenden Mitgliederversammlung beschlossen, Ehlen ein „Bauernstimmen“-Abo zu schenken, der guten Argumente wegen.

Dort wurden Cord Pralle und Martin Schulz als Vorsitzender neu in den Landesvorstand gewählt. Nach zweijähriger Vorstandsarbeit wurde dem alten fünfköpfigen Team herzlich gedankt, von dem sich Elisabeth Beckmann, Andreas Backfisch und Jürgen Strodthoff wieder zur Neuwahl aufstellen ließen. Christoph Gesang und Sigrid Herbst wurden mit großem Applaus verabschiedet, sie werden dem Landesverband aber nicht verloren gehen. pm

„Die Katze aus dem Sack lassen“

Die Mitgliederversammlung der AbL Baden-Württemberg in Herrenberg bei Stuttgart

Hoch her ging's auf der diesjährigen Landesmitgliederversammlung der AbL Baden-Württemberg. Besonders das Thema Sozialversicherung ließ die Emotionen hoch schlagen. Wichtig ist es jetzt, mehr Informationen zusammentragen, um eine fundierte Position dazu zu entwickeln. Hauptprogrammpunkte waren der Bericht von AbL-Bundesgeschäftsführer Georg Janßen zu den Aktivitäten der Bundes-AbL und die Diskussion mit Wolfgang Reimer vom Bundeslandwirtschaftsministerium zu den Themen WTO, EU-Agrarpolitik und Aktionsprogramm Bäuerliche Landwirtschaft. „Die Katze aus dem Sack“ ließ Wolfgang Reimer vor allem im Hinblick auf die Verhandlungsposition und Strategien Deutschlands und der EU bei den WTO-Verhandlungen. Auf einer Seite stehen VertreterInnen einer multifunktionalen Landwirtschaft wie die Schweiz oder Norwegen, auf der anderen Seite Verfechter der vollkommenen Liberalisierung der Agrarmärkte wie die USA. Die EU ist geteilter Meinung. EU-Länder wie Großbritannien, Schweden und Italien stehen auf der Seite der Liberalisierungsbefürworter, Deutschland ist weniger klar in seiner Position und Österreich, Frankreich oder Spanien vertreten die Multifunktionalität der Landwirtschaft. Die EU steht also einerseits für Multifunk-

tionalität und spielt auf der anderen Seite selbst eine große Rolle auf den Weltagrarmärkten und möchte weiter im Geschäft bleiben.

Die Vorschläge zur EU-Agrarreform orientieren sich stark an den Rahmenbedingungen, die durch die WTO vorgegeben werden. Die Kürzung der Direktzahlungen soll unter anderem mit Modulationsgeldern bezahlt werden. Deutschland als größter Nettozahler in der EU ist als Land mit den größten Betrieben auch von den Kürzungen stark betroffen. Eine Umverteilung der Modulationsgelder in den EU-Topf zur Finanzierung des Stützungsabbaus bedeutet für Deutschland daher einen doppelten Verlust an Geldern in die EU-Kasse. Aus Sicht der bäuerlichen Landwirtschaft wäre die Stärkung der zweiten Säule absolut wünschenswert. Schon heute bekommen die Mehrzahl der Baden-Württembergischen Betriebe mehr Geld über MEKA als über die Direktzahlungen.

Der Tag in Herrenberg hat gezeigt, dass die Möglichkeit, sich zu engagieren von allen genutzt werden sollte. Deshalb erging der Appell, sich bei der Ideensammlung zum Aktionsprogramm bäuerliche Landwirtschaft und darüber hinaus aktiv an der Gestaltung der Agrarpolitik zu beteiligen!

Melanie Amrhein

Ungern gesehene Gäste

STV kündigt sich derzeit vermehrt zu Kontrollbesuchen an

Momentan kündigt sich häufig Besuch an auf den Bauernhöfen landauf landab. Leider ist es nicht bloß die Großtante Erika, die man mit einer Sahnetorte zufrieden stellen könnte. Die Saatgut-Treuhand Verwaltungs GmbH (STV) möchte mehr sehen, wenn ihre Kontrolleure auf den Hof kommen. Grundsätzlich muss man zwischen zwei Besuchsanlässen unterscheiden, mit denen die STV derzeit Zugang zu bäuerlichem Aktenmaterial bekommen möchte. Zum einen macht die STV derzeit Kontrollbegehren



Die Kontrolleure der Saatgut Treuhand kommen nicht auf Kaffee und Kuchen vorbei. Sie wollen in den Akten der Bäuerinnen und Bauern stöbern.

Foto: Archiv

bei Bäuerinnen und Bauern geltend, die sich am Kooperationsabkommen zur Erhebung der Nachbaugebühren beteiligt haben. In diesem Zusammenhang laufen derzeit mehrere Prozesse vor Landgerichten in den unterschiedlichen Bundesländern. Bäuerinnen und Bauern, die zwar das Kooperationsabkommen unterschrieben haben, weigern sich nun aber die Kontrolleure der STV auf den Hof zu lassen. Diese will per Gerichtsbeschluss den Zugang zu den bäuerlichen Aufzeichnungen erzwingen. Ein Argument der Interessengemeinschaft gegen die Nachbaugebühren und Nachbaugesetze (IG Nachbau) gegen die Zulässigkeit dieser Kontrollen ist, dass diese nur als Klausel im „Kleingedruckten“ des Kooperationsabkommens vorkommen. Erst auf der Rückseite, da wo kaum jemand weiterliest, findet sich die Vertragsklausel, nach der die unterzeichnende Bäuerin, der unterzeichnende Bauer dieses Vertragswerkes die Verpflichtung eingeht, die gemachten Angaben mit Unterlagen zu belegen und/oder Stichproben zuzulassen. Eigentlich müsste das Gesetz über die „Allgemeinen Geschäftsbedingungen“ die Bäuerinnen und Bauern vor so etwas schützen. Dieses Gesetz verbietet nämlich sogenannte „überraschende Klauseln“, um Unterzeichner von Vertragsformularen vor bösen Überraschungen durch das berühmt-berüch-

tigte „Kleingedruckte“ zu bewahren. Die Gegenargumentation der STV ist, dass die Verpflichtung zu Kontrollen nicht überraschend ist, da sie ihrer Meinung nach bereits im Nachbaugesetz durch die Auskunftspflicht verankert ist. Interessanterweise widersprechen sich dieselben Juristen der STV allerdings in anderen Gerichtsprozessen. Wenn es nämlich um die Angemessenheit von Gebührenhöhen geht, argumentieren sie stets, jemand der das Kooperationsabkommen unterzeichnete, müsse einen finanziellen Vorteil – sprich geringere Nachbaugebühren – gegenüber einem Nichtunterzeichner haben, da der Teilnehmer am Kooperationsabkommen der STV schließlich zusätzliche über die gesetzlich festgeschriebene Auskunftspflicht hinausgehende Kontrollrechte einräume... Aber das nur am Rande.

Was tun?

Was empfiehlt sich nun für den Einzelnen zu tun, wenn sich die STV-Kontrolleure ankündigen und man den Besuch, zumindest erst mal, abwenden will? Einfach wegducken ist nicht mehr möglich, wenn man tatsächlich das Kooperationsabkommen unterschrieben hat. Man kann stattdessen eine Gegenoffensive starten und bei der STV schriftlich nachfragen, auf welche Sorten von welchen Züchtern sie

bei ihrer Kontrolle Bezug nehmen wollen. Damit ist die STV nun in der Bringschuld, da ihr ein ganz pauschales Recht zur Einsicht der bäuerlichen Unterlagen nicht zusteht. Anführen kann man in dem Schreiben an die STV noch, dass man bereit ist, den rechtlichen Verpflichtungen nachzukommen, diese ja aber derzeit noch gerichtlich geprüft werden.

Vermehrerkontrollen

Die STV besucht aber nicht nur in Sachen Kooperationsabkommen. Auffällig viele Saat- und Pflanzgutvermehrter bekommen derzeit auch die Ankündigung einer Überprüfung auf Grundlage ihrer Vermehrerverträge durch die STV. Dies ist für die meisten von ihnen – auch jenen, die schon lange Jahre Z-Saat- und Pflanzgut produzieren – ein neues und ungewöhnliches Vorgehen. Selbst ihre Vertragspartner, die Mitarbeiter der VO-Firmen, die das Saat- bzw. Pflanzgut im Auftrag der Züchter abnehmen und weiter vermarkten, sind zum Teil von den Kontrollansinnen überrascht. Was bisher jahrelang als partnerschaftliche Beziehung einfach funktionierte, scheint nun für die STV eine weitere Quelle, um an die so heiß begehrten Anbauinformationen zu kommen. Auch für die Vermehrer aber gilt: das allumfassende Stöbern der STV auf dem Hof und in den Unterlagen braucht man der STV nicht zu gewähren. Wie viel den Kontrolleuren letztlich offenbart werden muss, ist individuell sehr verschieden. Die STV baut offensichtlich darauf, von den Bäuerinnen und Bauern erst einmal alles gezeigt zu bekommen – eine Strategie, die leider viel zu oft gut funktioniert.

Bäuerinnen und Bauern, auch Vermehrer, die diese Kontrollen nicht einfach so über sich ergehen lassen wollen, sollten sich unbedingt mit der IG Nachbau in Verbindung setzen. cs

EUGH entscheidet!

Am 10. April ist es nun soweit:

Das von allen Seiten mit Spannung erwartete Urteil des Europäischen Gerichtshofes (EUGH) zum Streit um die Auskunft in Sachen Nachbaugebühren soll zur besten Frühjahrsbestellungszeit verkündet werden.

Weitere Infos:

IG Nachbau, Georg Janßen, 04131/407757

Gut, dass wir mal drüber gesprochen haben

Pflanzenzüchter treffen IG gegen Nachbaugebühren und Nachbaugesetze

Für einen Moment hatte es so ausgesehen, als bestünde tatsächlich der Wille, etwas zu ändern. Am Ende war es wohl doch nur eine optische Täuschung. Der Geschäftsführer des Bundesverbandes deutscher Pflanzenzüchter (BDP), Ferdinand Schmitz, und verschiedene Vertreter von Pflanzenzuchtunternehmen hatten ihr Interesse bekundet, sich doch einmal mit Vertretern der Interessengemeinschaft gegen

die Nachbaugebühren und Nachbaugesetze zu treffen. Auch unter den Züchtern empfinde man die ganze Angelegenheit rund um die Nachbaugebühren als ziemlich verfahren und wolle für alle akzeptable Lösungen, hieß es im Vorfeld. Am Gesprächstermin selbst gab man sich auf Seiten der Züchter dann allerdings möglichst unverbindlich. Man wolle am liebsten nur Z-Saatgut absetzen und damit dann gar keine Nachbauge-

bühren mehr brauchen, allerdings könne man nicht automatisch bei steigendem Z-Saatgutabsatz die Preise dafür senken. Über Alternativmodelle zur Nachbauggebühr könne man noch einmal nachdenken. Fast wirkte es, als ginge es weniger darum, in der Sache Lösungsmöglichkeiten zu entwickeln, als einfach nur zu reden. Zu reden, um Schlimmeres – etwa Veränderungen – zu verhindern. cs

Benachteiligt bäuerliche Betriebe erneut

Im Gespräch mit der Bauernstimme weist der Abl-Bundesvorsitzende Friedrich Wilhelm Graefe zu Baringdorf auf den Rückschritt zwischen den ersten Vorschlägen zur Halbzeitreform der Agrarpolitik und den jetzt auf dem Tisch liegenden Papieren der EU-Kommission hin.

Wie sind die aktuellen Vorschläge der EU-Kommission zu bewerten?

Ein Fortschritt ist der Kommission da nicht gelungen, im Gegenteil. Mit den Legislativvorschlägen wird Agrarkommissar Fischler den Zielen, die er immer wieder anführt, nicht gerecht. Gegenüber dem Sommerpapier der Kommission ist das an vielen Stellen ein herber Rückschlag.

An welchen Stellen?

Die Pläne zur Milchmarktreform halten die Milcherzeugung nicht auf dem Grünland. Die Modulation in der geplanten Reform schafft keine Mittelverteilung von durchrationalisierten Ackerbaubetrieben zur arbeitsintensiven, qualitätsorientierten bäuerlichen Landwirtschaft. Das Streichen der 300.000 Euro-Kappungsgrenze der Direktzahlungen benachteiligt bäuerliche Betriebe erneut.

Das Herzstück der Abl bei der Modulation, die Kürzungen der Direktzahlungen je nach Anzahl der Arbeitsplätze zu gestalten, ist ebenfalls gestrichen worden. Wie bewertest Du das?

Wenn wir öffentliche Gelder für die Landwirtschaft sichern wollen, dann müssen wir auf die Interessenslage der Gesellschaft achten. Entscheidend ist, was wird an Arbeit in der Landwirtschaft angeboten. Notwendig ist auch, Gelder über die Modulation für den ökologischen Bereich nutzbar zu machen. Denn überall, wo auf ökologische Bewirtschaftung geachtet wird, steigt der Anspruch an geleisteter Arbeit. Man bekommt keine Ökologie in einem rationalisierten agrarindustriellen Betrieb.

Wenn man sich das genau anschaut, fließt ja nicht mehr, sondern weniger Geld in die 2. Säule.

Ja, das ist zu befürchten, deswegen ist eine zusätzliche obligatorische nationale Modulation notwendig. Fischler hat 1993 in Cork verkündet, die 2. Säule werde ein gleichberechtigter Pfeiler sein. Sie ist ein Zahnstocher geblieben, der zudem noch brüchig geworden ist.

Unverständnis haben die Vorschläge zur Modulation hervorgerufen, statt einer Stärkung der 2. Säule, das gekürzte Geld zur Finanzierung der 1. Säule heranzuziehen. Gibt es eine Chance daran noch etwas zu ändern?

Ersten wurde auf dem EU-Gipfel in

Brüssel ein Finanzdeckel auf den EU-Agrarhaushalt gesetzt. Folglich ist das, was die Kommission jetzt Modulation nennt, in erster Linie eine Umverteilung von den Flächenprämien zur Milch. Von den 19 Prozent der gekürz-



Friedrich Wilhelm Graefe zu Baringdorf

ten Direktzahlungen bleiben nur 6 Prozent für die 2. Säule. Das Ärgerliche dabei ist, dass man das nicht auseinander hält, sondern das Ganze Modulation nennt. Es ist ein Etikettenschwindel, was da jetzt stattfinden soll. Zweitens müssen wir scharf bemängeln, dass die Kommission die 2. Säule zuwenig inhaltlich ausgestaltet hat. Die große Möglichkeit war, die Erfahrungen aus dem LEADER-Programm in Projekte der 2. Säule einfließen zu lassen. Dann hätten Bauern gemerkt, dass Gelder für Projekte zu bekommen sind, die die wirtschaftliche Situation ihrer Höfe verbessern.

Bei Bauern gibt es die Befürchtung: der benachbarte Bauer mit viel Silomais bekommt weiter viel Prämien, und diejenigen mit viel Grünland gehen weiterhin leer aus. Setzen also die jetzigen Vorschläge der Kommission die bestehende Ungerechtigkeit bei den Betriebsprämien fort?

Ja, das ist richtig. Wobei wir im Vorschlag von Fischler über die Einführung der Milchprämie, die sofort entkoppelt wird und auf die Futterfläche

einschließlich Grünland gelegt wird, zu einer Einbeziehung des Grünlandes in die Referenzflächen kommen. Das ist eine Umverteilung zu Gunsten der Milch, weil es aus Abzügen von den bisherigen Prämien bezahlt wird. Hier profitiert bedingt auch das Grünland.

Aber das bleibt trotzdem ungerecht, weil der Bauer mit Silomais nachher 400 Euro je Hektar und der Grünland-Bauer 20 oder 30 Euro je Hektar bekommt.

Bei einer Ausgleichszahlung von 4 Cent je kg Milch, bekommt ein Betrieb mit 500.000 kg Quote 20.000 Euro im Jahr. Das heißt, wenn er 50 ha Grünland hat, liegen 400 Euro je Hektar darauf. Also kommt bei einigen Betrieben schon etwas dabei raus. Richtig ist aber, dass sich die ungleiche Behandlung von Maisfutter und Grünland weiter in den Prämien ausdrückt. Die Silomaisprämie, mit der in den

letzten zehn Jahren Maismilch bevorzugt wurde, bleibt dem Betrieb erhalten. Dazu kommt dann noch die entkoppelte Milchprämie. Aber das ist keine Maisprämie mehr, sondern eine Betriebsprämie. Die Vermögenssituation dieser Betriebe ist besser, aber alle Betriebe konkurrieren auf der Ebene der Produktionskosten. Nur sind die Produktionskosten für Milch bei Grünland höher. Wenn wir hier nicht zu einem zusätzlichen Ausgleich kommen, haben wir die gleiche schlechte Situation wie jetzt. Also ist unser Vorschlag von der Abl, entweder die Tierprämien ganz auf das Grünland umzulegen oder eine Grünlandprämie aus der 2. Säule einzuführen. Zum Beispiel über eine Beweidungsprämie, die die Benachteiligung in den Produktionskosten des Grünlandes ausgleicht. Sonst haben wir weiterhin die Situation, dass die Milch aus dem Grünland abfließt.

Die Pläne der Kommission haben selbst bei der Milchindustrie für Empörung gesorgt, sie sieht ihre Rohstoffbasis wegbrechen. Ein neuer Koalitionspartner?

Die Vorschläge, die Interventionspreise bei Magermilch und Butter nochmals drastisch zu senken, halte ich für falsch. Das ist ein Ausstieg aus der Intervention wie er bei Rindfleisch und Getreide 1992 begonnen wurde. Der Weg über Preissenkungen auszustiegen sichert zunächst einmal der Exportindustrie billige Rohstoffe. Dann kann sie das, was nicht mehr an Exportsubventionen gezahlt wird, über den billigeren Einkauf an Milch kompensieren. Nun hat die Milchindustrie aber Sorge, dass einige Betriebe erkennen, dass sie die entkoppelte Milchprämie behalten, auch wenn sie aus der Milchviehhaltung aussteigen. Zumal wenn der Preis für Milch Richtung 20 Cent je kg sinkt. Damit könnte in vielen Regionen mit schwierigen Produktionsbedingungen die Milcherzeugung wegbrechen. Es gibt also die Hoffnung, die ich auch habe, dass der Preisdruck der Milchindustrie auf die Erzeugerpreise bei entkoppelter Milchprämie Grenzen hat. Wenn die variablen Kosten der Milcherzeugung nicht gezahlt werden, könnten Bauern sagen: dann liefern wir keine Milch mehr.

Geplant sind bei der Milch Ausgleichszahlungen von 50 Prozent der Preissenkungen. Bei Getreide waren es noch 80 Prozent. Zahlen die Milchbauern erneut drauf?

Die Milch ist durch die vorangegangenen Reformen, bei denen es immer schon zu Interventionspreisabsenkungen gekommen ist, und durch die katastrophale Milchpreissituation am Markt derart unter Druck, dass ein Ausgleich auch ohne weitere Preissenkung gerechtfertigt ist. Dies wird aber nicht zu realisieren sein. Aber wir müssen wenigstens verhindern, dass eine zusätzliche Preissenkung über die Beschlüsse der Agenda 2000 hinaus kommt. Des weiteren müssen wir dafür sorgen, dass dieser Ausgleich nicht 50 sondern 80 Prozent beträgt, wie es beim Getreide schließlich auch war.

Daneben ist es wichtig, dass es nicht zu einer Ausweitung der Produktion kommt, sondern zu einer Reduzierung. Aber einige EU-Mitgliedstaaten sind deshalb für die Aufgabe der Quote, weil sie bei Beginn der Milchquotenregelung eine geringe Referenzmenge hatten und jetzt meinen, wenn die Quote abgeschafft wird, könnten sie Gas geben. Diesen Ländern muss etwas geboten werden, damit sie der Beibehaltung der Quote zustimmen. Mein Vorschlag ist eine flexible Festlegung der Milch-

mengen. Der Kommission muss die Möglichkeit eingeräumt werden, in einem bestimmten Spielraum auf den Markt zu reagieren. Ist der Markt aufnahmefähig gibt man zwei, drei Prozent an Menge dazu, bei schwieriger Marktlage wird die Menge reduziert.

Bei dieser Reform beschleicht viele das Gefühl, dass es wieder so geht wie bei der Agenda 2000: Zuerst gibt es positive Ansätze und Hoffnung auf notwendige Reformen, und zum Schluss bleibt davon nicht viel. Siehst du diese Parallelen?

Ja. Bei den letzten Reformen der Agrarpolitik – bei der 92er Reform, der Agenda 2000 und erst recht bei der Halbzeitbewertung – bemängelte die Kommission immer wieder den Ist-Zustand. Fischler hat auf der Grünen Woche in Berlin deutlich gesagt, dass es nicht gesellschaftlich vertretbar sei, dass einige Betriebe bis zu 120.000 Euro je Arbeitskraft und Jahr beziehen. Er hat benannt, dass das Grünland benachteiligt werde, dass bei der jetzigen Prämienzahlung sich Umwelt-, Tier- und Verbraucherstandards für die Landwirte nicht rechnen, dass der Ausstieg aus der Exportsubventionierung für den Weltmarkt notwendig sei. Kern der Umstellung sei der Ausbau der 2. Säule zu einem gleichberechtigten Pfeiler. Wenn wir nun vergleichen, was steht in der Analyse zur Ist-Situation, wie ist die Begründung und die Zielsetzung der Reform, was stand in dem ersten Vorschlag aus dem Sommer 2002 und was sagt der jetzige legislative Vorschlag vom Januar 2003: Dann stelle ich fest, viele der Vorschläge lösen die eigenen Ansprüche der Kommission nicht mehr ein.

Hat sich schon wieder die alte Agrarlobby durchgesetzt?

Den Druck der Agrarlobby und der Agrarindustrie merkt man bei der Diskussion um Entkoppelung. In einigen Bereichen ist die Vollentkoppelung schon zurückgenommen, zum Beispiel bei der Kartoffelstärke. Auch die Milchindustrie will die Entkoppelung der Milchprämien verhindern. Sie wollen eine Milchprämie, die weiter an die Milcherzeugung gebunden ist, um die Preise entsprechend drücken zu können.

Fischler hat den Vorschlag der 300.000 Euro Obergrenzen nicht ersetzt, nicht ergänzt, sondern einfach fallen lassen. Da muss ich doch fragen, was sind dann die Aussagen von Agrarkommissar Fischler im Herbst 2002 in Berlin wert, dass wir zu einer gerechteren Verteilung der Prämien und der Anbindung an die Arbeitskräfte kommen müssen?

Der AbL-Vorschlag ist klar: Die Kürzungsvorschläge der Kommission werden ergänzt: Bei Betrieben werden die Direktzahlungen über 100.000 Euro um 25 Prozent, Beträge über 200.000 um 50 Prozent

gekürzt. Auf Antrag kann jeder dieser Betriebe 50 Prozent seiner Lohnkosten gegenrechnen lassen.

Du hast von Mitnahmeeffekten der Lebensmittelindustrie bei den Direktzahlungen an die Landwirte gesprochen. Auch im aktuellen Papier der AbL zur Halbzeitbewertung wird das kritisiert, was genau ist damit gemeint?

Wenn entkoppelt wird, gibt es ja keine Prämie mehr für eine bestimmte Produktion. Eine Kartoffelstärkeprämie ist dann nicht mehr daran gebunden, dass Bauern weiterhin Stärkekartoffeln anbauen. Jetzt sagt die Stärkeindustrie, wenn entkoppelt wird, bekommen wir keinen Rohstoff mehr, weil die Bauern dann etwas anbauen, bei dem sie mehr verdienen. Auf meinem Vorschlag die Kartoffeln besser zu bezahlen, hieß es, die Industrie sei dann nicht mehr wettbewerbsfähig. Also hat die Stärkeindustrie einen Teil der Prämien eingesteckt. Bauern mussten, um wenigstens noch an einen Teil ihrer Prämie zu kommen, Kartoffeln abliefern, selbst wenn ihre Erzeugungskosten nicht gedeckt waren. Diese Mitnahmeeffekte hat es auch in andere Produktionsbereiche gegeben. Und die Milchindustrie spekuliert zur Zeit darauf.

Gibt es noch eine Chance für eine Reform in unserem Sinne, für ein ausreichendes Einkommen der Bauern und Bäuerinnen und für angemessene Preise?

Wir müssen bäuerlichen Betrieben, die nicht in die agrarische Rohstoffproduktion gegangen sind, bessere Chancen bieten. Mein Ziel ist es, die Orientierung auf Qualitätserzeugung, wie sie mit Neuland oder dem Ökolandbau von einigen Betrieben gegangen wurde, nicht länger nur als individuelle Entscheidung zu belassen, sondern als eine Linie in die Politik zu bringen. Dafür ist es erforderlich, die skandalöse Wettbewerbsverzerrung aufzuheben, die durch die jetzige Prämienvergabe gegen die bäuerlichen Betriebe besteht. Öffentliche Mittel dürfen nur zur Förderung von Arbeitsplätzen, Umweltmaßnahmen und der Erzeugung gesunder Lebensmittel gegeben werden.

Bei den innerhalb des Agrarbereich bestehenden Machtverhältnissen wird es der AbL allein nicht gelingen, diese Vorschläge durchzusetzen. Wir stärken unsere Position durch eine gesellschaftliche Diskussion, mit der die Agrarpolitik und ihre Förderpraxis, aber auch die Erzeugungsverhältnisse in der Landwirtschaft, auf die Tagesordnung kommen. Denn es gibt Mehrheiten in der Bevölkerung und auch bei denjenigen, die über Steuergelder die Agrarreform finanzieren, die einen Kurswechsel in Richtung bäuerlicher Landwirtschaft mittragen.

Die AbL muss, bei allen Schwierigkeiten, diesen Weg konsequent gehen.

Weideprämie eingeführt

Mal wieder ist Nordrhein-Westfalen Vorreiter in Sachen artgerechter Tierhaltung. Mit den Mitteln der nationalen Modulation, die seit 2003 in Deutschland in Kraft ist, fördert es die Weidehaltung von Kühen mit 140 Euro je Hektar. Damit soll die Mehrarbeit der Weidehaltung honoriert und dem Trend, die Tiere ganzjährig im Stall zu halten, entgegen gewirkt werden. Allein als Arbeitskosten setzt das Ministerium 50 Euro je Hektar. Voraussetzung für die Förderung ist, dass 50 Prozent der Betriebsfläche in benachteiligten Gebieten oder „Gebieten mit umweltspezifischen Einschränkungen“ liegt. Leider wird nur Milchvieh aus Laufställen mit planbefestigten oder teilperforierten Flächen bei der Förderung berücksichtigt, kleinere Höfe mit Anbindehaltung gehen leer aus. Dabei hat die Schweiz ausgeklügelte Modelle entwickelt, wie Anbindehaltung mit Auslauf- und Weidehaltung kombiniert die Bezeichnung artgerecht verdient. ms

Verbraucherschutz nur für Einheimische

Nachdem der Vorstandsvorsitzende von Bayer Crop Science, Jochen Wulff, bei Landwirtschaftsministerin Renate Künast auf taube Ohren traf, versuchte er sein Glück im Wirtschaftsministerium von Wolfgang Clement. Kennt er doch den dortigen Staatssekretär noch aus dessen Düsseldorfer Zeiten. Das von Bayer produzierte Pflanzenschutzmittel Aldicarb stand im EU-Agrarministerrat vor dem Verbot. Wenn sich Deutschland im Rat neutral verhalte, könne das Mittel weiter in der EU zugelassen bleiben, erläuterte Wulff laut *tageszeitung* dem Wirtschaftsministerium. Die Forschungs- und Entwicklungsabteilung von Bayer Crop Science sichere schließlich Arbeitsplätze und eine direkte Auswirkung des Organophosphates, von der Weltgesundheitsorganisation in der höchsten Giftklasse eingestuft, auf deutsche Verbraucher sei auch eher unwahrscheinlich. Schließlich ist es wegen seiner hohen Giftigkeit in Deutschland schon seit zehn Jahren verboten. Bayer scheinen Fische und Menschen in anderen Ländern wenig zu interessieren, Renate Künast war empört und bekräftigte ihre Absicht, für das Verbot des Pflanzenschutzmittels im Agrarrat zu stimmen. pm

Filderbauern gegen Enteignung

Das Regierungspräsidium Stuttgart hat den Planfeststellungsbeschluss für den Bau des umstrittenen Messegeländes auf den Fildern genehmigt. Sechs Bauern in dem fruchtbaren Gemüsebaugelände Fildern sind durch den Flächenverlust von 80 Hektar in ihrer Existenz bedroht, für die gesamten Bauern erhöhen sich die infolge Flächenknappheit die Pachtpreise. Die Gegner des Projekts in unmittelbarer Nähe des Flughafens, seit zehn Jahren aktiv, wollen nun eventuell vors Bundesverfassungsgericht ziehen. Sie kämpfen weiter gegen die Genehmigung und die „unerträgliche Belastung für die Lebensqualität der Filderbewohner“ – am Tag der Vorentscheidung mit einem Fackel-Protestmarsch. Auch die Stadt Leinfelden-Echterdingen will die Genehmigung „genau unter die Lupe nehmen“. en

Verlässlichkeit gefordert

In einem Leitantrag der Jungen Union Niedersachsen an deren „Niedersachsentag“ werden verlässlichere Rahmenbedingungen für Landwirte gefordert: u.a. eine Laufzeit der Reformen von zehn Jahren, eine europaweit einheitliche Umsetzung von EU-Richtlinien und der Abbau von Bürokratismus (nach: *Elbe-Jeetzels-Zeitung*). pm

Meldungen für den Katastrophenfall

Bauern des Landkreises Harburg wunderten sich in den vergangenen Wochen über von der Verwaltung verschickte Formulare, in denen „zur Sicherstellung der Versorgung in Krisenzeiten vor allem in Katastrophenfällen“ ausführliche Auskünfte über den Hof verlangt werden. So sollen in einem vierseitigen Fragebogen genaue Angaben über Betriebsart, Arbeitskräfte, Wasser- und Stromverbrauch sowie Lagerkapazitäten und Nahrungsvorräte gemacht werden. Mit dem gegenwärtigen Krieg gegen den Irak habe dies nichts zu tun, erklärte ein Mitarbeiter des Landkreises. Die Erhebung werde im Auftrag des statistischen Landesamtes Niedersachsen alle vier Jahre durchgeführt. la

Protest gegen Campina-Milchpreis

Die nordrhein-westfälischen Milchlieferanten des niederländische Campina-Milchkonzerns haben eine überraschende Senkung des Basispreises um rund sieben Cent auf 25,2 Cent/kg teilweise abwehren können. Laut *top agrar* hätte dieser Preis um sechs Cent unter dem benachbarter Molkereien gelegen. Nach massiven Protesten der Bauern haben Vorstand und Aufsichtsrat von Campina das Milchgeld auf 28,2 Cent festgelegt. pm

Gemeinsamer Milchquoten-Kauf

Der Milchviehhalter Jan Schouten aus dem holländischen Groningen will laut *Agriholland* gegen die Preistreiberie durch Milchquoten-Händler vorgehen und eine Cooperative Einkaufszentrale für Milchquoten (CIM) gründen. pm

„Knebelverträge“ von WLZ/BayWa

Über „Knebelverträge für Braugerste“ berichtet das *dlz-agrarmagazin*. Danach verlangt die Großgenossenschaft WLZ Raiffeisen/BayWa von den Bauern, den gesamten Ertrag von einer Fläche an sie abzuliefern. Eine Preisgarantie von 13 Euro je dt besteht jedoch nur für 30 dt/ha. Den Preis für die übrige Ware will WLZ/BaWa nach aktuellen Marktgegebenheiten aushandeln, wenn die Ware bereits bei ihr im Lager liegt. Um den Absatz von Z-Saatgut zu sichern, ist auch dessen Verwendung vorgeschrieben, außerdem eine Analyse- und Erfassungsgebühr von 18 Euro je Anlieferung. pm

Gegen Hunger, für Regional-Landwirtschaft

Mit umgerechnet 15 Euro monatlich will die neue brasilianische Regierung von Staatspräsident Lula da Silva künftig 46 Millionen Arme und Hungernde unterstützen. Laut *Publik-Forum* können die Familien das Geld per Magnetkarte von einer staatlichen Bank abheben und dafür die in ihrer Region üblichen Lebensmittel kaufen. Der Nachweis des Kaufs regionaler Waren soll die regionale Landwirtschaft stärken. en

Lebendvieh-Exporte eingeschränkt?

Die EU-Kommission hat laut *Westdeutscher Zeitung* die Subventionen für Lebend-schlachtvieh-Exporte gestrichen, allerdings mit Ausnahmen für Ägypten und den Libanon. pm

Schottische Bodenreform

Gegen die Stimmen der Konservativen haben die Parteien im schottischen Parlament der *Frankfurter Rundschau* zufolge eine Bodenreform beschlossen, angesichts der nachfeudalen Verhältnisse verständlich: Mehr als die Hälfte des Bodens befindet sich dort noch im Besitz von nur 343 Personen oder Körperschaften. Fünf Dutzend vorwiegend adliger Familien verfügen über 20 Prozent der Flächen. Landwirte und Gemeinden dürfen nun bewirtschaftetes Land von den Großgrundbesitzern zum Marktpreis kaufen, wenn dies im öffentlichen Interesse liegt. en

KURZES AM RANDE

Ran an die Nadelstreifen-Fraktion

Milchtagung in Zeichen des Preisverfalls. Über die Milchmarktreform und den Bio-Milchmarkt diskutierten Bauern und Wissenschaftler Anfang März in Hardehausen.

Wir müssen von der Basis mehr mitrühren“, forderte der Bauer Franz Joachim Kemper, solange sich Bauern gegen die schlechten Preise für Milch nicht selber wehren, werde sich kaum etwas bewegen. Schon seit über zehn Jahren treffen sich jedes Frühjahr Bauern, Wissenschaftler und andere politisch Aktive, um auf der Milchtagung von der AbL und der AG Land- und Regionalentwicklung der GH Kassel über aktuelle Entwicklungen der Milchpolitik und im Kuhstall zu diskutieren. Dieses Jahr standen Milchmarktreform und schlechte Auszahlungspreise für

zu erleiden, wenn die Reform so komme. Als Fazit folgerte Hoffmann, dass die Hälfte der Betriebe aus der Milchproduktion aussteigen werde und die Verlagerung der Milcherzeugung vom Ackerland auf das Grünland zunehmen werde. Zugleich erinnerte Hoffmann daran, dass die Reformen noch nicht beschlossen seien. In die weiteren Verhandlungen müsse mit der Maximalforderung einer Quotenkürzung gegangen werden, folgerte Hoffmann.

Keine Neuumsteller mehr

Auf dem kleinen Bio-Milchmarkt schlugen die Ereignisse sofort durch, berichtete Josef Jacobi, Bio-Bauer und Aufsichtsratsvorsitzender von der Upländer Bauernmolkerei, sei es der Umsatzrückgang während der BSE-Krise oder das neue Angebot von Bio-H-Milch. Da der Bio- eng mit dem konventionellen Markt verzahnt sei, schlage das prompt auf die Preise durch. So sei der Preis von Magermilch 2002 von 20 auf 10 Cent gesunken, was alleine für seine Molkerei Einnahmeverluste von 300.000 Euro zur Folge gehabt habe. Als langfristigen Trend sah Josef Jacobi jedoch weiterhin ein Wachstum um 15 Prozent im Bio-Milchmarkt. Die heutigen Preise für Bio-Milch von 34 Cent für die Bauern seien nicht ausreichend. Heute würden nach der Umstellungswelle von vor zwei Jahren keine Milchbauern mehr auf Ökolandbau umstellen. Der Wissenschaftler Christian Krutzinna von der GH Kassel/ Witzenhausen dachte an, die enge Bindung an den konventionellen Preis zu lösen. Wenn heute gut 70 Prozent der Bio-Milch auch als solche vermarktet werde,



Nur mit Heu bester Qualität, das auch Menschen zum Zulangen anregt, erzeugt Herbert Krug aus dem Allgäu mit geringem Kraftfuttereinsatz Milch. Wie sich das rechnet und was dabei zu beachten ist, stellte er auf der Milchtagung in Hardehausen vor. Foto: Schimpf

Milch im Mittelpunkt der Debatten. Helmut Hoffman von der Universität Weihenstephan zeigte Auswirkungen der EU-Agrarreform auf die Milcherzeugung in Deutschland auf. Die meiste Milch in Deutschland werde nach wie vor auf 30-Kuh-Betrieben erzeugt, deren Produktionskosten um die 35 Cent je kg Milch liegen. Als dramatisch beurteilte Helmut Hoffman die geplante Ausweitung der Quoten in mehreren Schritten um insgesamt 3,5 Prozent. Das mache weitere 4 Mio. t Milch aus, die auf den engen Weltmarkt drückten. Ein Absenkung des Milchpreises um ein Cent koste 1 Mrd. Euro. Die Kosten für die Ausweitung trügen entweder die Steuerzahler oder die Landwirte über einen Einkommensverlust bei sinkenden Milchpreisen. Ein 30-Kuh-betrieb müsse seine Milchmenge von 200.000 kg je Jahr auf 360.000 kg je Jahr anheben, um keine Einkommensverluste

de, könnten Bauern dafür einen guten Bio-Preis bekommen und sich dann entscheiden, was mit den anderen 30 Prozent passiere, ob z.B. wieder mehr Milch in die Kälbermast gehe oder zu dem schlechteren konventionellen Preis vermarktet werde.

Nach der Prognose von Romuald Schaber, Bauern und Vorsitzender des Bund deutscher Milchviehhalter, werden viele Milchbauern mit langsamen Rückzug aus der Milcherzeugung reagieren, wenn die EU-Kommission ihre Pläne so umsetze. Sein Verbands setze langfristig auf einen Milchstreik, um Druck gegenüber dem Handel aufzubauen. Georg Janßen, Bundesgeschäftsführer der AbL, forderte, dass in bewährten AbL-Manier unten zu rütteln, damit sich oben etwas bewege. Statt weitere 20 Aktionen vor Supermärkten zu starten gelte es, direkt an die Entscheidungsträger des Handels zu treten. ms

Anfang der 90er Jahre haben wir unser altes Stallgebäude für unsere 30 Milchkühe zum Boxenlaufstall auf Festmistbasis umgebaut. Der Berater,

den wir damals einschalten mussten, um die AFP-Förderung abzuwickeln, war höchst überrascht, dass ein Betrieb mit 30 Kühen das Förderziel erreichen konnte. Damals war der Biomilchpreis noch ganz ordentlich. Überrascht waren auch die Stallbauexperten der Kammer, die uns auf jeden Fall einen Güllestall, zumindest mit Teilspaltenboden, aufdrängen wollten. Gegen alle Empfehlungen setzten wir unseren Festmiststall durch, mit dem wir

immer noch zufrieden sind. Mit dem Fördergeld wurde damals auch eine Computer gesteuerte Kraftfutter-Station angeschafft. Auch das eine sinnvolle Investition, die die gezielte Kraftfutterrationierung ermöglichte und mir den ersten PC ins Büro brachte. Allerdings hatten die Kühe von Anfang an andere Vorstellungen von der zuge teilten Ration als ich. Seitdem versuchen sie durch allerlei Tricks, mehr Mehl zu bekommen als ihnen zusteht.

Ihre kräftigen Schläge mit dem Kopf gegen den Kraftfutter-Stand sind oft weit über den Hof zu hören. Nach mehr als 10 Jahren hatten sie nun endlich den ultimativen Trick heraus. Eines Nachts gelang es ihnen, das Rohr, das von oben aus dem Futtersilo in die Station führt, durch ihre Schläge zu lockern und so weit zur Seite zu drücken, dass das Mehl ungebremst neben die Station laufen konnte. Die stärkste Kuh, natürlich eine der ältesten und besten, schaffte es wohl so konsequent, den Mehlhaufen gegen die Mitbewerberinnen zu verteidigen, dass sie bei

Betriebsspiegel:

Bioland-Gemischtbetrieb
30 ha Acker: Getreide, Kartoffeln, Futterbau
30 ha Grünland
10 ha Naturschutzflächen
52 Milchkühe mit Nachzucht
40 Mast Schweine
150 Hühner

Dumme Kuh

weitem das meiste davon fressen konnte. Leider nicht zu ihrem Vorteil. Am nächsten Morgen lag sie stöhnend in einer Liegebox fest. Pansenazidose diagnostizierte die Tierärztin und versuchte ihr bestes, dem armen Tier Erleichterung zu verschaffen. Doch vergebens. Hella lag und stöhnte noch zwei Tage, bevor sie den Folgen ihrer Gier erlag.

Ulrike Ostendorff

Was wurden wir und insbesondere ich bemitleidet, als vor 13 Jahren unsere vierte Tochter Anna zur Welt kam. Viele, für mich überraschend vor allem Frauen, waren der Meinung, ich müsste totunglücklich sein. Sicher, gelegentlich bedauere ich durchaus, keinen Sohn zu haben, vor allem wenn trotz aller Mühe keine von männlichem Nachwuchs gewohnte Technikbegeisterung aufkommt. Andererseits genieße ich es natürlich, wenn ich in einer Art umgarnt und verwöhnt werde, wie es eben nur Frauen können. Wenn's darauf ankommt, zeigen sie plötzlich durchaus auch Geschick im Umgang mit Schlepfern und Maschinen. Zurückblickend auf die letzten zwanzig Jahre kommen mir im ersten Moment nur die schönen Erinnerungen in den Sinn. Die Überraschung jeden Morgen, wie viele der Mädchen während der Nacht den Weg in unser Ehebett gefunden haben, während ich dann mehr schlecht als recht an der Bettkante schlief. Die Ausflüge und Radtouren, die Familienurlaubswochen, Kindergarten, Schule, Geburtstagsfeiern, gemeinsame Mahlzeiten zu Hause und auswärts, und was sonst noch alles mit Kindern Nettes zu erleben ist. Erst beim zweiten Nachdenken erinnere ich mich an die permanente Müdigkeit, bedingt durch die Vielfachbelastung aus Landwirtschaft, kleine Kinder, Schwangerschaften, Direktvermarktung, Ehrenämter und bei-



In ruhigerem Fahrwasser

nahe ständigen Baustellen. Seit letzten Herbst ist nun aber alles anders. Katharina, unsere Älteste hat Abitur gemacht und studiert nun in Weihenstephan Gartenbau. Christina hat die Fachoberschule abgeschlossen und macht, weil sie nicht wusste, was sie weiter will, ein soziales Jahr, um an Zeit zu gewinnen. Schließlich hat auch noch im selben Jahr Eva, Tochter Nr. 3 die Realschule verlassen und eine Ausbildung in der ländlichen Hauswirtschaft begonnen. Wir sind froh, dass die Weichen nun vorerst gestellt sind, nachdem alle drei lange Zeit immer nur wussten, was sie alles auf keinen Fall werden wollen. Auch sonst ist einiges im Umbruch. Eine Spur von Eifersucht und Wehmut kommt bei mir auf, wenn am Wochenende junge Männer Stammgäste bei uns sind, während wir

Wochentags meist nur noch zu dritt am Tisch sitzen. Dann ballt sich unsere gesamte Liebe auf Anna, unser Nesthäkchen, die voraussichtlich noch sechs Jahre das Gymnasium besucht. Eine weitere Konsequenz aus der neuen Situation ist, dass wir wieder mehr unsere Partnerschaft pflegen, mehr Zeit für unsere Hobbys und Ehrenämter haben. Bezüglich Kindern üben wir uns in der Balance zwischen festhalten und loslassen. Auch betrieblich sind wir derzeit in ruhigerem Fahrwasser, denn solange nicht klar ist ob, welche und wie eine unserer Töchter den Betrieb einmal weiterführt, gibt es keine größeren Investitionen und Baumaßnahmen mehr. Edith, meine Frau, und ich haben uns bemüht, unseren Töchtern alles, was uns wichtig ist, zu vermitteln. Ver-

Betriebsspiegel:

Ges. Fläche 15 ha, davon 6 ha Grünland, Gemüseanbau mit Direktvermarktung, je 1 ha Erdbeer- und Heidelbeerkultur, 5 Mutterkühe, 1 Mutterschwein, jeweils mit Nachzucht
Unser Betrieb liegt im Rottal nahe dem Bäderdreieck Bad Birnbach, Bad Griesbach, Bad Füssing (ca. 40 km westlich von Passau).

ständnis und Liebe für die Landwirtschaft, Selbstbewusstsein und soziales Engagement und soweit es uns möglich war einen Blick über den Tellerrand. Wir ziehen uns nun Schritt für Schritt vom aktiven Begleiter zum passiven Beobachter zurück und warten gespannt die weitere Entwicklung ab.

Josef Lirsch

QS ohne Preisvorteil

Entgegen zahlreicher Ankündigungen wird das neue QS-System für Fleisch („Qualität und Sicherheit“) den Landwirten wohl höhere Kosten, aber keine höheren Preise bringen. Das hat die ISN (IG der Schweinehalter Nord-Westdeutschland) kürzlich festgestellt. Der Lebensmittelhandel investierte derzeit in die Fleisch-Kühlkette und zahle keine QS-Fleisch-Aufschläge. Einen Rückschlag für QS befürchten die QS-Träger aus Schlacht- und Futtermittelbranche nun infolge des neuerlichen Dioxin-Funds in Futtermitteln: Das Schweinefutter aus dem Werk in Apolda, das ordnungswidrig über längere Zeit in defekten Anlagen imprägniertes Holz zum Brot-Trocknen benutzte, war in mindestens zehn QS-zertifizierten Mastställen eingesetzt worden. pm

Familia wechselt Bauern aus

175 Schweinemäster aus den Kreisen Soest und Warendorf haben vor einem Jahr ihre Produktion nach genauen Vorgaben des Arnberger Handelsunternehmens Bremke & Hörster (Familia) ausgerichtet. Die Handelskette wollte gemeinsam mit dem Schlachtunternehmen Grundkötter/Beckum ein qualitativ hochwertiges Fleisch aus regionaler Herkunft anbieten. Jetzt kam überraschend die Kündigung, weil sich die Betreiber der Familia-Märkte ihr Fleisch nun von einem emsländischen Unternehmen beziehen wollen: Die Fleischqualitäten seien gleich gut, aber die „Prozessoptimierung“ und die Preise seien bei der Konkurrenz günstiger. Das sei angesichts des Kosten- und Wettbewerbsdrucks entscheidend. en

VK-Mühlkonzern

Die zur Raiffeisen-Holding Niederösterreich-Wien gehörende Firma LLI hat knapp 25 Prozent der Aktien der VK Mühlen AG erworben, und zwar von der DZ-Bank und der Agrar-Industrie-Holding. Die LLI (größte Mühlengruppe in Österreich und in Ungarn) ist damit der größte Anteilseigner am größten europäischen Mühlkonzern, zu dem folgende Firmen gehören: Kampffmeyer, Diamant Mühle Hamburg sowie Diamant International (mit Mühlen in Polen und Ungarn). Weitere Anteilseigner an der VK Mühlen AG: die Ldw. Rentenbank, Gerhard Olbrich, drwb, Cerecom/Toepfer, Gothaer, und seit kurzem auch die schwedische Landhandels-, Mischfutter- und Mühlen-Großgenossenschaft Cerealia, die bereits Mühlen und Bäckereien in Skandinavien und im Baltikum gekauft hat. Der neue Mühlkonzern will jetzt laut *Ernährungsdienst* die Expansion in ganz Europa vorantreiben. pm

Nur 30 Prozent als Bio

Die Lebensmittelskandale des Jahres 2002 haben laut *Sächsischer Volkszeitung* die Gewinne der 417 Mitglieder des Verbands „Biopark“ um 6,6 Prozent geschmälert. Bei der Mitgliederversammlung in Linstow (Güstrow) wurde beklagt, dass derzeit sogar nur 30 Prozent der Produkte ökologisch vermarktet werden, der Rest gehe mit erheblichem Mehraufwand in den konventionellen Handel. en

Trecker-Marktanteile

Im Jahre 2002 gab es bei der Neuzulassungen von Traktoren folgende Marktanteile in Deutschland: „Agco“ (Massey Ferguson mit Fendt) kam auf 22,2%, gefolgt von John Deere mit 20,8% und von CNH (Case/Steuer und NewHolland) mit 20,3%. Die Gruppe Same/Deutz-Fahr belegte mit 10,9 Prozent den vierten Platz. pm

Schönebeck insolvent

Das Doppstadt-Traktorenwerk in Schönebeck bei Magdeburg musste jetzt Insolvenz anmelden, etwa 300 Mitarbeiter sind betroffen. Die ehemalige DDR-Fabrik war nach langem Verkaufspoker im Jahre 1999 vom mittelständischen Unternehmen Doppstadt übernommen worden, nachdem die Belegschaft erfolgreich um das Überleben des ehemals größten Traktoren- und Feldhäckslerwerkes der DDR gekämpft hatte. Doppstadt in Schönebeck hat sich auf Kleintraktoren, Randstreifenmäher, Umwelt- und Fördertechnik spezialisiert. en

Nautilus drückt Bauernerlöse

Nautilus, die große niederländische Erzeugergemeinschaft für Bio-Freilandgemüse, will laut ZMP die Provisionen für Landwirte senken, um für größere Abnehmer interessant zu bleiben. Die Kosten sollen auch durch eine drastische Reduzierung der Produktpalette gesenkt werden. Deshalb sind einzelne Anbauer bereits ausgetreten. Nautilus will angesichts stagnierender Umsätze nunmehr die Zusammenarbeit mit der Firma Eosta im Bereich von Unterglas-Gemüse ausbauen. pm

Schwänze bleiben dran

Tierschutzbeauftragte stellen klar: Starkes Kürzen von Schweineschwänzen ist gesetzeswidrig und für QS-Schweinehalter damit ein Ausschlusskriterium.

Unzureichender Informationsfluss bei Pannen im QS-System

Für Aufregung unter den Schweinehaltern sorgt die Ankündigung, künftig nicht mehr zu tolerieren, wenn die Schweineschwänze über das Endstück hinaus gekürzt werden. Bauern, die sich an der Zertifizierung für das Zeichen Qualität und Sicherheit (QS) beteiligen, verpflichten sich, allen gesetzlichen Bestimmungen nachzukommen. Da Schweinemäster, die QS-Tiere vermarkten wollen, nun auch ihre Ferkel aus zertifizierten Betrieben beziehen müssen, wird das Schwänzekürzen zur zentralen Frage, weil Verstöße gegen die gesetzlichen Tierschutzvorschriften zum Ausschluss aus dem QS-Programm führen.

Von Verbraucher-, Tierschutz- und Umweltschutzverbänden wurden die Kriterien von QS als nicht weitreichend genug kritisiert, nun bringt ein seit Jahren gleichlautendes Gesetz Änderungen in die Schweinehaltung. Nach dem deutschen Tierschutzgesetz ist das Schwänzekürzen bei Ferkeln nicht erlaubt, nur wenn es für die Nutzung des Tieres unerlässlich ist, kann in besonderen Ausnahmefällen... und die sind heute in den Ställen die Regel. Langweilen sich Schweine, beginnen sie an den Ringelschwänzen ihren Nachbar zu kauen, ist der Schwanz erst mal blutig, besinnen sich die Schweine, dass sie Allesfresser sind. Schwänzebeißen ist ein Ausdruck von Unwohlsein der Tiere, ob durch Fütterung, Lüftung oder Langweile hervorgerufen. So kann das geltende Recht bei schärferer Auslegung grundlegende Änderungen in die Ställe bringen, ohne dass das von Tierschützern geforderten verbesserte Platzangebot je Schwein bei QS vorgeschrieben wäre.

Die Tierschutzbeauftragten der Länderministerien haben der langjährigen geduldeten Praxis einen Riegel vorgeschoben.



Das Motto von Neuland „Artgerecht nur mit Ringelschwanz“ bekommt Unterstützung von den Tierschutzbeauftragten der Länder. Fotos: Archiv

Es könne ja nicht sein, die Tiere den Haltungsbedingungen anzupassen statt die Ställe den Tieren, heißt es aus Düsseldorf. Vor allem das radikale Kürzen – Tierschützer sprechen von Amputieren – der Schweineschwänze bis in den Wirbelbereich hinein hat den Unmut der Tierschützer hervorgerufen. Was in den Niederlanden schon lange üblich ist, greift auch in deutschen Ställen immer mehr um sich. Ringelschwänze kann man mit besten Willen aus den kurzen Stummel am Ende der Tiere nicht mehr erkennen. „Eine Kürzung des Schwanzes der Schweine auch im knöchernen Bereich ist dagegen nicht hinnehmbar und stellt einen Verstoß gegen das Tierschutzgesetz dar“, erklärt Heinrich Bottermann, Tierschutzbeauftragter vom nordrhein-westfälischen Landwirtschaftsministerium. Das gelte für alle Landwirte, ob im Rahmen der QS-Zertifizierung überprüft oder nicht. Als Ausnahme könne das Kürzen des letzten Drittel des Schwanzes toleriert werden.

Als Ausnahme könne das Kürzen des letzten Drittel des Schwanzes toleriert werden.

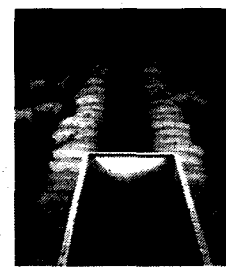
Das gelte für alle Landwirte, ob im Rahmen der QS-Zertifizierung überprüft oder nicht. Als Ausnahme könne das Kürzen des letzten Drittel des Schwanzes toleriert werden.

Mehraufwand wird nicht bezahlt

Für die Bauern wird der Mehraufwand der Dokumentation und Überprüfung, um an QS teilnehmen zu können, nicht mit Aufschlägen honoriert. Auf den Agrarunternehmertagen in Münster erläuterte Josef Tillmann, Geschäftsführer von dem Schlachtunternehmen Tönnies Fleisch, dass er von seinen Kunden keine Aufschläge bekomme. Der Handel habe in die Kühlkette investieren müssen. Wohingegen Klaus Lüdemann von der Lebensmittelkette Wal-Mart ausführte, dass er für QS-Schweinefleisch mehr zahlen müsse als für anderes Fleisch.

Konsequenz aus Dioxinvorfall

Nachdem die QS-Leitung einräumen musste, dass zwei von ihnen zertifizierte Mischfutterhersteller von der thüringischen TWT Apolda dioxinverseuchte Einzelfuttermittel bezogen (s. Bauernstimme 03/2003) und an Landwirte ausgelieferte hatten, kommt sie zu der Erkenntnis: dass eine „Informationspflicht der Systemteilnehmer an die QS-Geschäftsstelle vertraglich zu regeln“ sei. Stellt sich die Frage wie sie denn bisher eine Rückverfolgbarkeit garantieren wollte, verspricht das Qualitätszeichen doch mehrstufige Kontrollen und eine lückenlose Dokumentation, wenn sie unzureichend oder verspätet über Vorfälle informiert wird? ms



Werbung für moderne Schweinehaltung – vom Ringelschwanz ist nichts mehr zu sehen

Landwirte zahlen, Gewinn bleibt der Industrie

Mit ihren Vorschlägen zum Nebeneinander von gentechnischen und herkömmlichen Pflanzen folgt die EU-Kommission der Werbung der Gentechnik-Lobby. Bauern sollen für die Kosten einer Trennung zahlen, während die Gentechnik-Industrie verdient.

Fischlers Vorschläge schützen weder die Wahlfreiheit der Verbraucherinnen und Verbraucher, noch diejenigen Landwirte, die auch künftig ohne Gentechnik produzieren wollen“, kritisiert Benedikt Härlin von der Zukunftsstiftung Landwirtschaft die Pläne der EU. Anlass für die Empörung ist ein Vorschlag von EU-Agrarkommissar Franz Fischler über das Nebeneinander von gentechnischer und konventioneller Landwirtschaft, Koexistenz genannt. Ausnahmsweise sehen die Brüsseler wenig Handlungsbedarf und wollen es den EU-Mitgliedstaaten überlassen, Regelungen für die Einzelheiten zu verabschieden. In einer Studie der EU selbst wurde errechnet, dass die Kosten für eine gentechnikfreie Produktion nach dem großflächigen Anbau der Gentech-Pflanzen um 40 Prozent steigen. Doch nach den Plänen Fischlers sollen die Bauern und Züch-

ter, die Kosten inklusive der Trennung von dem jeweiligen Anbausystem, „von dem sie sich Vorteile versprechen“, selbst tragen. Das heißt nicht der Verursacher des Schadens der Auskreuzung zahlt, sondern der konventionelle oder Bio-Bauern zahlt für jede Untersuchung auf Gentechnikfreiheit und trägt die Kosten für eine nicht mehr vermarktete Ernte allein. Damit wird das Verursacherprinzip auf den Kopf gestellt, Konzerne entwickeln mit öffentlichen Geldern herbizidresistente Pflanzen, die niemand braucht, und für die Trennung soll dann der Bauer alleine zahlen.

Ob Fischler sich selber glaubt, wenn er die Marketingaussagen der Gentechlobby und Agrarindustrie als gesetzliche Grundlage aufweist, darf bezweifelt werden: nicht nur konventionelle und Bio-Bauern hätten schließlich Bedenken vor der Einkreuzung von gen-

technisch veränderten Pflanzen auf den Nachbarfeldern, nein auch die Gentechnikindustrie fürchte das Einkreuzen minderwertiger Pollen in ihrer hochmodernen Pflanzen. Als würde ausgerechnet Monsanto, Bayer und Syngenta auf den Nachbau ihrer patentgeschützten Pflanzen setzen.

Positionen der Länder

Knackpunkt für den Vormarsch der Gentechnik in der EU sind die Staaten, die sich seit 1998 sträuben, weitere genveränderte Pflanzen oder Lebensmittel zuzulassen. Vorantreiben wollen die niederländische und spanische Regierung die Zulassung von gentechnisch verändertem Mais. Besonders kritisch ist hingegen Italien. Solange das Problem der Auskreuzung und die Vermischung von Saaten nicht geregelt sei, könne es keiner Zulassung zustimmen. Dagegen klingt Deutschlands

Landwirtschaftsministerin Renate Künast gemäßigt. Wenn die EU die Verordnung zur Kennzeichnung von Lebens- und Futtermitteln sowie die Verordnung zur Rückverfolgbarkeit verabschiedet habe, könne über die Zulassung geredet werden. EU-Verordnungen treten zeitgleich in der ganzen EU ohne weitere gesetzliche Ausgestaltung der Mitgliedstaaten in Kraft. Allerdings betont Renate Künast immer wieder die Frage der Haftung. In dem überarbeiteten deutschen Gentechnikgesetz, das Mitte Mai als erster Entwurf vorliegen soll, wendet sie sich gegen die Pläne Fischlers. Laut Berichten des Nachrichtenmagazins *Spiegel* plant sie darin, die Hersteller und Anwender von gentechnisch veränderten Pflanzen für Verunreinigungen herkömmlicher Äcker und Ernten in die Pflicht zu nehmen. *ms*

Drängen auf Marktzugang von Gentechnik-Weizen

In Nordamerika treiben Gentechnik-Unternehmen den großflächigen Anbau von herbizid-resistenten Weizen voran. Farmer fürchten Preiseinbrüche für US-Weizen

Ob als Versuchsanbau oder im großen Stil, die Agrarmultis Monsanto und Syngenta versuchen von Deutschland bis nach Kanada genmanipulierten Weizen in den Anbau zu bringen. Nachdem Monsanto mit genmanipuliertem Mais, Soja-Bohnen und Raps in den USA, Kanada und Argentinien Flächen und Märkte erobern konnte, versucht der Konzern nun für seinen Gentechnik-Weizen den Weg zu bahnen. In Deutschland beantragte der schweizer Konzern Syngenta eine Freisetzung für einen pilzresistenten Weizen. Zur Zeit prüft die zuständige Behörde, das Robert-Koch-Institut, noch die Einwendungen. Nach jahrelangen Anträgen auf herbizidresistente oder insektengiftige Pflanzen ist nicht nur die mittels Gentechnik eingefügte Eigenschaft neu, bei der Anmeldung behält sich das Unternehmen auch vor, nicht alle Informationen offen zu legen, wogegen Greenpeace heftig protestierte. „Diese Geheimniskrämerei schürt nicht nur Misstrauen, sie verhindert auch, dass Betroffene ihre Rechte wahrnehmen können“, so Uli Brendel von Greenpeace.

In der Schweiz hingegen wies das Bundesgericht wegen Verfahrensfehlern von Behörden den Freisetzungsvorschlag der ETH Zürich für diese Jahr zu-

rück. Auch dieser Weizen ist pilzresistent, gegen Stinkbrand.

Drohender Preisverlust für US-Weizen

In den nordamerikanischen Staaten tobt die Auseinandersetzung über den Gentech-Weizen heftig, der ab 2005 großflächig angebaut werden soll. Hier geht es um Milliarden Dollar. Mit bekannter Dreistigkeit treibt Monsanto den Marktzugang voran. In den Bundesstaaten Montana und Dakota bremste der Konzern unliebsame Gesetze aus, die den Anbau wenigstens solange hinauszögern sollten, bis ausländische Märkte den Roundup Ready Weizen aufnehmen. In Partnerschaft mit der nationalen Vereinigung der Weizenanbauer geht Monsanto inzwischen gegen Vorbehalte bei Mühlen, Bäckern und der Ernährungsindustrie an. Gespräche mit der Fast-food-Kette McDonalds laufen bereits, ob in ihren Hamburger-Brötchen der Gentech-Weizen verbacken wird.

Doch Mitte März kündigte dann das US-Landwirtschaftsministerium an, strenge Auflagen für Monsanto zu erlassen, damit der Konzern solange mit dem Marktzugang wartet bis amerikanische, kanadische und japanische Stellen den Weizen akzeptie-

ren. Der Konzern verkündete überraschender Weise, er wolle eine getrennte Erfassung und Verarbeitung des Weizens organisieren.

In Kanada gibt es ungewöhnliche Koalitionen zur Frage des Weizens. Die Weizenexporteure, bisher nicht für ihren Einsatz für Ökologie bekannt, wollen die Einführung verhindern, da sie sowohl in Europa als auch in Asien wichtige Märkte wegbrechen sehen. Zwar kreuzt Weizen sich nicht so schnell aus wie Raps, aber eine Trennung von gentechnischen und konventionellen Weizen ist aufwändig, teuer und kaum zu garantieren. Ob bei der Saatgutvermehrung, dem Transport, in den Lagern, in den Mühlen – ohne völlig getrennte Wege wagt kaum noch einer der Beteiligten die Gentechnikfreiheit zu garantieren. Während genmanipulierter Mais und die Soja-Bohnen überwiegend als Tierfutter verwendet wurden, ist der herbizidresistente Weizen als Speiseweizen gedacht: für Brötchen, Pizzaboden oder Kuchen, da fürchten



Noch kann Unkraut zwischen dem Weizen wachsen.

Foto: Niemann

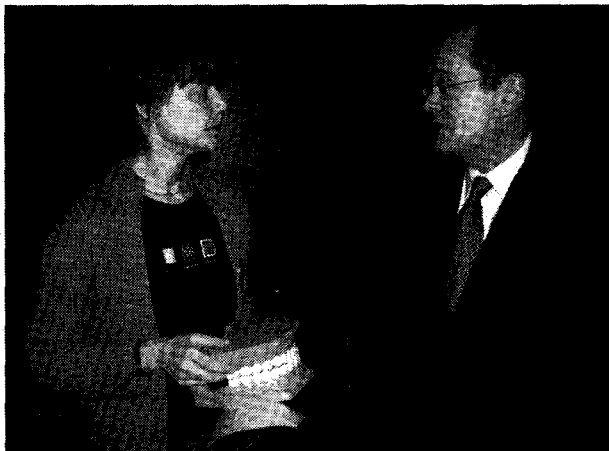
die Exporteure den Ablehnung der europäischen und asiatischen Verbraucher besonders. Wenn in der EU die umfassende Kennzeichnung für Gentechnik-Produkte vorgeschrieben ist, kann sich jeder Verbraucher bei jedem Kekskauf überlegen, was der Vorteil der Gentechnik sein soll. Die Klage der USA vor der Welthandelsorganisation (WTO) gegen die Pläne der EU eine umfassende Kennzeichnung für Gentechnik einzuführen, ist zunächst auf Eis gelegt. Die US-Bauern fluchen über unsichere Märkte und die europäischen Kollegen bangen ebenfalls, wer für Schäden aufkommen muss, sollten auch hierzulande Genpflanzen mal im großen Stil angebaut werden. *ms*

Worum geht es bei den Verhandlungen der Welthandelsorganisation?

Das Zustandekommen eines weltweiten Handelsabkommens verzögert sich. Bundesregierung auf der Suche nach einer Position

Die Verhandlungen der Welthandelsorganisation (WTO) sind vorerst gescheitert. Bis Ende März wollten die Staaten sich auf ein Konzept des Welthandels einigen. Doch auch ein zweites Papier, das der Leiter des zuständigen Agrarausschusses, Stuart Harbinson, kürzlich vorlegte, stieß auf Ablehnung. Eine neue Frist ist nach Angaben des deutschen Bundesministeriums für Entwicklung und wirtschaftliche Zusammenarbeit noch nicht beschlossen worden. Nächster Termin ist ein Treffen im September in Cancun.

Am 13. März brachte die rot-grüne Bundesregierung einen Antrag in den Bundestag, in der eine neue Verhandlungsposition Deutschlands formuliert wird. Diese beinhaltet laut SPD-Parlamentarier Sascha Raabe den Abbau von Exportsubventionen und „handelsverzerrenden Direktzuschüssen der Industrieländer für die Landwirtschaft“. Ziel sei es, nicht die Agrarindustrie, sondern kleine und mittlere bäuerlichen Betriebe bei uns und in



Marita Wiggethaler von Germanwatch wünscht sich von Stuart Harbinson mehr Biss für die Interessen der Entwicklungsländer.
Foto: Archiv

den Entwicklungsländern zu stärken. „Zur besonderen Unterstützung von Kleinbauern in Entwicklungsländern wollen wir den bevorzugten Marktzugang von Produkten aus fairem Handel erreichen“, sagte Raabe im Parlament. Außerdem werde man den Entwicklungsländern das Recht zugestehen, ihren Agrarsektor insbesondere im Bereich der Grundnahrungsmittel durch Außenschutz und interne Stützung schützen und fördern zu können.

Die WTO-Verhandlungen als der „Schlüssel für die Armutsbekämpfung in den Entwicklungsländern und für die Chancen einer weltweit nachhaltigen Landwirtschaft“, wie Ulrike Höfken von den Grünen es formulierte? Die Internationale Union der Lebensmittel-, Landwirtschafts-, Hotel-, Restaurant-, Cafe- und Genussmittelarbeiter-Gewerkschaften in Genf sieht das völlig anders. In einer bereits im vergangenen Jahr verfassten Studie bezichtigt die Gewerkschaft das „WTO-Regime“, nichts als die Interessen transnationaler Großkonzerne zu vertreten. So bemühten sich die Regierungen der EU-Staaten, der USA, Japans und Kanadas seit Jahren, ihren Unternehmen freie Hand in Entwicklungsländern zu verschaffen. Nach dem von der WTO so bezeichneten „Rückschlag in Seattle“ im Jahr 1999 startete die Vierte Ministertagung der WTO in Doha November 2001, die nach Überzeugung der internationalen Agrarmitarbeiter-

gewerkschaft eine neue Runde der Handelsliberalisierung einleiten wird. Der SPD-Bundestagsabgeordnete Reinhold Hemker hingegen will, dass Deutschland sich gegen die Exportsubventionierung von Milchpulverprodukten einsetzt, da sie beispielsweise in Tansania und Jamaika die dortige Wirtschaft zerstöre. Hemker schränkte ein, es sei „nicht von heute auf morgen möglich, bisherige Regelungen zu beenden“. Aber er ist überzeugt: „Deutschland wird sich mit seiner heutigen Produktionsweise und den damit verbundenen Mengen in Zukunft nicht mehr so am Weltmarkt beteiligen können wie es zurzeit noch geschieht.“ Die Gewerkschaft bleibt skeptisch. „Wie wir im Fall der Drohung mit WTO-Sanktionen gegen Länder, die Kennzeichnungsvorschriften für gentechnisch veränderte Organismen und Einfuhrbeschränkungen einführen wollten, gesehen haben, genügt häufig die Drohung, einen Fall vor die WTO zu bringen, um Regierungen (vor allem Regierungen exportabhängiger Länder) zu zwingen, ihre Maßnahmen zu ändern“, heißt es in der Studie. la

WTO gefährdet weltweit bäuerliche Landwirtschaft

Nichtregierungsorganisationen prangern subventionierten Export und Preisdumping an

Die WTO gefährdet die bäuerliche Landwirtschaft weltweit. Dies ist der Vorwurf, den die Nichtregierungsorganisationen Germanwatch, FIAN (FoodFirst Informations- und Aktionsnetzwerk) sowie das Forum für Umwelt und Entwicklung gemeinsam gegen die Welthandelsorganisation erheben. „Die Regeln für den Agrarhandel müssen sich am Menschenrecht auf Nahrung orientieren“, forderte Ulrich Müller, Handelsreferent von FIAN. Sie müssten die kleinbäuerliche Landwirtschaft schützen. Doch die gegenwärtige Praxis sowie die bisher vorgelegten Vorschläge gingen genau in die entgegengesetzte Richtung. „Verbilligte Milchexporte aus der EU führen zu Problemen in Jamaika, Indien und anderen Ländern“, kritisiert Rainer Engels von Germanwatch. Die Exportsubventionen der EU sollten schnellstmöglich abgebaut werden.

Subventionen an Sozialauflagen binden

Für Tobias Reichert, Referent des Forums für Umwelt und Entwicklung, ist

es besonders fatal, dass Beihilfen nicht an Umweltauflagen gekoppelt werden sollen. „Dies ist genau der falsche Weg“, meint Tobias Reichert. „Eigentlich sollten alle Subventionen an ökologische und soziale Auflagen gebunden werden.“ Seit 1947 verbietet die WTO es, Industriegüter für weniger als die Produktionskosten zu verkaufen. Gleiches fordern die Organisationen für landwirtschaftliche Produkte. Annette Littmeier von Forum erinnerte daran, dass die Welternährungskonferenz geplant hatte, die Zahl der weltweit Hungernden von 800 Millionen bis zum Jahr 2015 zu halbieren. Dabei setze man auf Produktionssteigerung der Landwirtschaft, was nach Ansicht von Annette Littmeier unsinnig ist, da „70 Prozent aller hungernden Kinder in Ländern mit Nahrungsüberschüssen leben“. Außerdem sei zu beobachten, „dass zur Produktionssteigerung eher auf die Kenntnisse transnationaler Gentechnikfirmen als auf die Jahrhunderte alte Erfahrung indigener Bauern und Bäuerinnen zurückgegriffen wird.“

Germanwatch warnt davor, die Interessen der Bauern in den Industriestaaten gegen die Interessen von Kleinbauern der dritten Welt auszuspielen. „Für die Bauern hierzulande ist der subventionierte Export ebenfalls schädlich. Schließlich werden dadurch die Preise gedrückt.“ Kritisiert wird von den drei Organisationen auch die Verhand-

lungsstrategie der Europäischen Union. Dadurch dass Umwelt- und Entwicklungsfragen „eher defensiv“ behandelt würden, rücke die von der deutschen Bundesregierung angestrebte Agrarwende in weite Ferne. Die Kritik der drei Verbände bezieht sich auf den im Februar vorgelegten Verhandlungsentwurf von Stuart Harbinson, dem Vorsitzenden des WTO-Agrarausschusses. In einer gemeinsamen Erklärung werfen FIAN, Germanwatch und das Forum Umwelt und Entwicklung den westlichen Industrienationen vor, den Einfluss einer kleinen Zahl transnationaler Konzerne auf Kosten der Kleinbauern zu vergrößern.



Schleuderware drückt überall die Preise.

Foto: Archiv

Gegen die Weltmarktslogik

Treffen des AgrarBündnisses zu Milch – auch die Rolle der WTO-Verhandlungen war ein Thema

Das zweistündige Mitgliedertreffen des AgrarBündnis am 19. März in Bonn zum Thema Milch wurde zu einem Forum über den Zusammenhang der heimischen Landwirtschaft mit den Debatten der Welthandelsorganisation (WTO). Podiumsleiter Hubert Weiger von Bund für Umwelt und Naturschutz räumte mit dem Vorurteil auf, die USA, Australien und Neuseeland wären die brutalen Liberalisierungsanhänger, gegen die die Europäische Union sich zur Wehr setze. Dies Bild ergebe sich, wenn man allein die WTO-Verhandlungen zum Thema Agrarpolitik betrachte. Bei Industrie und Dienstleistungen sei die EU es, die für eine Liberalisierung eintrete. Da sei es verständlich, dass die Verhandlungspartner bei der Landwirtschaft einen Ausgleich fordern.

Wir sind Täter, nicht Opfer

Als Vertreter des Bundesministeriums für Verbraucherschutz, Ernährung und Landwirtschaft berichtete Wolfgang Reimer, in Deutschland würden jährlich 120 Millionen Tonnen Milch produziert, davon deckten 100 Millionen den heimischen Bedarf. Zehn Millio-



Auf dem Podium (von links): Barbara Rempe (Tierschutzbund), Brigitta Poppe (Verbraucherinitiative) und Gerhard Hirn (AbL). Foto: Allendorf

nen Tonnen würden subventioniert in Deutschland verkauft, zehn Millionen Tonnen subventioniert ins Ausland. „Wir sind nicht Opfer, sondern Täter“, resümierte Wolfgang Reimer. 1999 habe die EU Milch im Wert von 880.000 Euro in die USA verkauft. Dies habe viele amerikanische Milchbauern ruiniert. Das deutsche Agrarministerium vertrete deswegen mittlerweile die Position, die Milchquote sollte nicht ausgedehnt werden. Außerdem dürfte die Preissenkung auf keinen Fall so drastisch ausfallen, wie die EU-Kommission es vorsieht. Dies sei aber

selbst innerhalb des rot-grünen Regierungsbündnisses umstritten. „Die SPD-Ministerien befürworten die Fischler-Pläne, weil sie glauben, damit bei den WTO-Verhandlungen den Rücken frei zu haben“, schätzt Wolfgang Reimer.

Die Absurdität der Weltmarktslogik brachte der AbLer Gyso von Bonin auf den Punkt. „Konsequent gedacht hieße das: Unsere Milchwirtschaft wird eingestellt, stattdessen importieren wir Milchpulver aus Neuseeland, das wir dann in unser Wasser rühren.“ Bedauerlich für den Verbraucher nur, dass Tä-

felwasser mittlerweile mehr koste als Milch.

Da das AgrarBündnis es als Aufgabe sieht, gesellschaftliche Debatten anzustoßen, regte Diskussionsleiter Hubert Weiger an, die Forderung nach einem Milchgipfel zu erneuern, bei dem Ministerin Renate Künast und andere nach Lösungen suchen.

Forderung: Milchquote senken!

Außerdem einigten sich die anwesenden Mitglieder des AgrarBündnisses sich darauf, eine Senkung statt Ausweitung der Milchquote in die Diskussion zu bringen. „Um ein paar wenige Arbeitsplätze zu sichern, die am Export von Milch hängen, wird die Existenz aller Milchbauern gefährdet“, sagte Bernd Voß vom Bundesvorstand der AbL. Dagegen müsse Druck gemacht werden. Allerdings halte er eine Senkung der Quote um 20 Prozent nicht durchsetzbar. „Eine Senkung um fünf Prozent wäre prima, aber selbst den gewärtigen Stand zu halten, wäre ein Erfolg“, meinte Bernd Voß. Zumindest müsse versucht werden, eine Quotenausdehnung bis 2008 zu verzögern. la

Jamaika – Beispiel für Exportdumping

Wie die EU mit Milchpulver die Bauern auf der Karibikinsel ruiniert

1992 wurden die Zölle auf Milchpulver in Jamaika reduziert sowie die Subventionen für heimische Milchbauern abgeschafft. Dies wurde dem Land als Bedingung für einen Weltbankkredit auferlegt. Die Folge: ein immenser Anstieg der Importe von Milchpulver in Jamaika, in erster Linie aus der EU. Die Importe der EU vervielfachten sich in den letzten Jahren von 1200 Tonnen im Jahr 1992 auf 6300 Tonnen im Jahr 2000. Damit gehen 67 Prozent der Milchpulverimporte auf die EU zurück.

Kleinbauern bleiben auf ihrer Milch sitzen

Der heimische Verbrauch von Milch beläuft sich in Jamaika auf 150 Millionen Liter. Davon werden nur zwölf Prozent von den Bauern vor Ort produziert. Angesichts der billigen Konkurrenz aus der EU hat die Ernährungsindustrie in Jamaika den heimischen Anbietern den Rücken gekehrt. Das vorher gut funktionierende Verarbeitungs- und Vermarktungsnetz brach zusammen. So hat Nestlé, vorherig ein großer Aufkäu-



In der Karibik verarmen die Kleinbauern.

Foto: Archiv

fer von Frischmilch der heimischen Bauern, kontinuierlich die Aufkäufe zurückgefahren. Während im Jahr 2001 noch zehn Millionen Liter bei den jamaikanischen Bauern eingekauft wurden, betrug dieser Anteil ein Jahr später nur noch sechs Millionen Liter. Die Produktion der Kleinbauern sank in nur fünf Jahren von 2,5 Millionen produzierten Liter Milch auf 300.000 Liter. Die Festlegung des Verkaufspreises von heimischer Frischmilch seitens der aufkaufenden Unternehmen richtete sich jetzt nach den billigen, subventionierten Milchpulver aus der EU und

den USA. Der Verkaufspreis, den Nestlé den Bauern anbietet, ist z.B. in den letzten Jahren von 22 Jamaikanischen Dollar pro Liter auf 18 gefallen. Aber selbst zu diesem niedrigen Preis ist die Abnahme der Milch seitens Nestlé nicht gewährleistet und ständig weiter gefallen. Damit ist es für jamaikanische Bauern üblich geworden, ihre eigene Milch nach der Produktion zu Dumpingpreisen zu verkaufen. Die Erhöhung der Zölle stellt die einzige kurzfristige Handlungsoption der Regierung dar. Aber angesichts des Drucks von IWF und Weltbank und der

Abhängigkeit von weiteren Krediten, ist die Regierung diesbezüglich machtlos. Auch in der WTO stehen Jamaika keine Handelsmaßnahmen zum Schutz gegen Dumping zur Verfügung. Jamaika hat aufgrund der bestehenden Regelungen nicht die Möglichkeit, die spezielle Schutzklausel anzuwenden. Diese würde dem Land die Anhebung von Zöllen bei der Überschreitung eines bestimmten Importvolumens oder bei der Unterschreitung eines bestimmten Einfuhrpreises erlauben. Ebenso kann es keine Anti-Dumping Maßnahmen auf Milchprodukte anwenden, weil die interne Anti-Dumping-Gesetzgebung als inkonsistent mit den WTO-Regeln eingeordnet wird.

Handelsstreit mit der EU nicht opportun

Darüber hinaus steckt Jamaika noch in dem Dilemma, von den EU-Handelspräferenzen für den Import von Bananen und Zucker abhängig zu sein. Ein Handelsstreit mit der EU ist deswegen nicht unbedingt opportun.

Marita Wiggerthale

In der Eifel redet die AbL jetzt ein Wort mit

Wie es der Regionalverband schaffte, einen Sitz im Gremium des Regionen aktiv-Programms in Bitburg-Prüm zu bekommen



Der Hof von Alfred Hauer.

Foto: Hauer

insgesamt 28 Organisationen vertreten sind, eine Mehrheit, um die alleinige Ermächtigung der SVG zu verhindern.

„Es ist ein Glückstreffer, dass wir hier einen Fuß in der Tür haben“, resümiert der Bauer, Bürgermeister und AbL-Aktivist: „Durch können wir Einfluss nehmen, um die Lage der Landwirte zu verbessern.“

Strafe für artgerechte Tierhaltung?

Einer von ihnen ist Ewald Frisch, seit kurzem Vorsitzender der AbL-Regionalgruppe Eifel. Er hält seine Schweine in einem Kaltstall. Nur ein Netz in zwei Meter Höhe deckt den Bau nach oben ab. Ausgerechnet diese artgerechten Ställe sollten aufgrund der Schweinepest geschlossen werden. Gemeinsam mit Alfred Hauer machte er dem erwähnten Landrat klar, dass es unsinnig sei, artgerechte Ställe staatlich zu fördern und sie anschließend zu verbieten. Nun hat man sich darauf geeinigt, dass offene Ställe mit einem Außenzaun gesichert werden.

Frisch klagt über sinkende Preise beim Fleisch. „Ich mache keinen Gewinn mehr, ich kann nicht davon leben“, erzählt der Bauer im Nebenerwerb. „Wir haben keinen garantierten Preis wie bei der Milch“, klagt er. Den Vollerwerb hat er längst aufgegeben, und auch für seinen Nebenerwerb sieht er keine Zukunft, wenn sich die Situation nicht bessert.

Die AbLerin Ulrike Hanen räumt ein, dass die Lage der Bauern auch in der Region Bitburg-Prüm nicht „rosig“ ist, warnt aber davor, die Hoffnung aufzugeben. „Gerade jetzt tut sich doch einiges“, argumentiert sie. „Das Regierungsprogramm bäuerliche Landwirtschaft, oder eben hier vor Ort das Regionen-aktiv-Programm.“ Die Möglichkeiten müssten allerdings auch genutzt werden. „Das Wichtigste und zugleich Schwierigste ist es, die Bauern zu organisieren, zu vernetzen, zu gemeinsamen Handeln zu bringen“, meint Ulrike Hanen. Nur dann könne wirtschaftlich und politisch Druck ausgeübt werden. *la*

Kontakt zur AbL-Ortsgruppe Eifel: Ulrike Hanen, Bergstr. 8, 54636 Wiersdorf, ☎ 06569/7171
Entwicklungsgruppe Regionen aktiv: Rainer Wirtz, Landkreis Bitburg-Prüm, Trierer Str. 1, 54643 Bitburg

Die Modellregion

Der Kreis Bitburg-Prüm hat auf einer Fläche von etwa 1.630 Quadratkilometern etwa 96.000 Einwohner, das sind durchschnittlich 59 pro Quadratkilometer.

Die Stärke dieses strukturschwachen Raums liegt in der Landwirtschaft; jeder zweite Betrieb arbeitet im Haupterwerb. Der Strukturwandel in der Landwirtschaft sowie die schlechte Verkehrsanbindung sind die größten Probleme der Region. Als Ausweg soll eine Kooperation zwischen Landwirtschaft, Handel und Tourismus und die Nutzung des guten Images der Eifel dienen.

Alfred Hauer war viele Jahre Vorsitzender der AbL-Regionalgruppe Eifel. Bis vor kurzem hielt er mit seinem Sohn auf dem Hof 50 Milchkuhe. Jetzt macht er mit 60 Rindern Färsenaufzucht für einen anderen Betrieb. Außerdem ist er Bürgermeister von Niederweiler, und in dieser Eigenschaft erhielt der aktive AbLer die Mitteilung über ein Treffen des Programms Regionen aktiv. Die so genannte Entwicklungsgruppe der im Wettbewerb erfolgreichen Region Bitburg-Prüm lud ihn in der konstituierenden Sitzung als Vertreter seiner Gemeinde ein. „Diese Entwicklungsgruppe entscheidet darüber, welche Firma das Logo entwirft, mit dem geworben wird, welche Gutachten für Projekte in Auftrag gegeben werden, ob eine Vermarktungs-GmbH eingerichtet wird und die sonstigen organisatorischen Fragen“, weiß Hauer. „Als ich dann zur ersten Sitzung kam, wurde mir einiges klar“, berichtet er. Dem Vorsitzenden des Gremiums, dem Landrat des Kreises Bitburg-Prüm, Roger Graef, sitzt als Stellvertreter der Chef des Kreisbauernverbandes, Michael Horper, zur Seite. „Außerdem sind der Landfrauenver-

band, der Waldbauverein und was sonst noch mit dem Bauernverband personell zusammenhängt, massiv in diesem Arbeitsausschuss vertreten.“ Die AbL war außen vor.

Der Landrat lenkt ein

Alfred Hauer verlangte daraufhin, dass ein Vertreter der AbL in das Gremium aufgenommen werden müsse. Roger Graef lenkte ein und setzte Hauer auf die Mitgliedliste der Entwicklungsgruppe. „Das war überhaupt nicht demokratisch, weil ich die AbL gar nicht fragen konnte, ob sie mich als Vertreter haben will“, sagt Hauer. „Aber als ich das dann den anderen AbLern erzählt habe, haben sie das richtig gut gefunden, und so haben wir es dann dabei belassen.“ Da das erste Fördergeld jetzt verteilt werden muss, bleibe „zum Rummäkeln“ sowieso keine Zeit. Eine Dachmarke „Eifel-Schinken“-Programm und ein weiteres Projekt für Schweinefleisch ist schon auf den Weg gebracht worden. „Ursprünglich war geplant, alles über die Schlachtvieh-Erzeugergemeinschaft (SVG) laufen zu lassen“, sagt Alfred Hauer. Die SVG hätte damit ein Monopol auch für jene Betriebe bekommen, die bereits jetzt direkt an ihren eigenen Metzger liefern. „All dies wäre über die SVG abgerechnet und von ihr kontrolliert worden.“ „Diese Genossenschaft ist schon jetzt sehr stark – nicht immer zum Vorteil der Bauern. Die Beteiligung der SVG, in der auch der Bauernverband eingebunden sei, sei im kleinen Kreis mit der Handwerkerschaft und der Projektleitung bereits weitgehend „ausgeklügelte“ worden. Doch der AbL-Vertreter fand in der Entwicklungsgruppe, in der

Dachmarke Eifel

Die Entwicklung und Markteinführung einer „Dachmarke Eifel“ ist einer der Schwerpunkte im Regionalen Entwicklungskonzept. Die jetzt beschlossenen Qualitätsrichtlinien sehen vor, dass sich alle landwirtschaftlichen Betriebe, die Schweinefleisch für die Dachmarke Eifel erzeugen wollen, einer strengen Kontrolle der Produktionsabläufe auf der Basis bestehender Qualitätssicherungssysteme unterziehen müssen, um damit die lückenlose Nachvollziehbarkeit der Produktion und die Einhaltung der Qualitätskriterien zu dokumentieren. Letztere garantieren für Schweinefleisch und Premium Schinken im Bereich der landwirtschaftlichen Erzeugung eine besonders artgerechte Tierhaltung und den Einsatz von kontrollierten Futtermitteln, die zum überwiegenden Teil aus der Eifel stammen müssen.

REGIONEN AKTIV

Es ist ein ungemütlicher Januarmorgen, als ich wieder in Dannau auf dem Hof Berg stehe. Hier, in diesem Dörfchen im Kreis Plön, hatte ich 1988/89 ein ganzes Lehrjahr verbracht, hatte gemolken, gemistet, gemästet, Brot gebacken und Kügelchen mit homöopathischen Medikamenten an Kühe verteilt. Es war ein schönes Jahr gewesen bei Albert und Birgit Teschemacher auf einem der ältesten Biolandhöfe in Schleswig-Holstein. Und auch noch in anderer Hinsicht war und ist der Hof Berg ungewöhnlich: Hier gibt es den fetzigsten Altbauern aller Zeiten – Konrad Glitz, den alle nur Konni nennen.

Konni ist ziemlich genau 50 Jahre älter als ich; am 12. März feierte er seinen 85. Geburtstag. Und noch immer wohnt ein wachsender, streitbarer Geist in dem schwächer werdenden Körper. Konni sagt über sich und seine alten Tage: „Am besten geht es mir, wenn ich sitze oder liege. Und dagegen habe ich eine geistige Allergie.“

30 Jahre lang – von 1949 bis 1979 – hatte Konni gemeinsam mit seiner inzwischen verstorbenen Frau Luise den Hof Berg bewirtschaftet, zwar nicht ökologisch, aber mit einer weiten Fruchtfolge und nur geringem Chemieeinsatz. Konni und Luise hatten keine Kinder, und die Nichten und Neffen wollten den Hof nicht bewirtschaften. Das Ehepaar Glitz wollte aber, dass der Hof erhalten bleibt. Also gaben sie im schleswig-holsteinischen *Bauernblatt* eine Anzeige auf, in der sie einen Hofnachfolger auf Leibrentenbasis suchten, der den Hof auf ökologischen Landbau umstellen sollte.



Albert Teschemacher, Konrad Glitz und Birgit Teschemacher (von rechts nach links). Foto: Stührwoldt

Wahlverwandtschaft

Beispiel einer geglückten Hofübergabe außerhalb der Familie in Schleswig-Holstein

Es meldeten sich einige interessierte junge Bauern, es meldeten sich aber viel mehr Landwirte, die vornehmlich am Ackerland interessiert waren und dafür Höchstpreise boten. Doch Konni und Luise schlugen diese lukrativen Angebote aus, denn das hätte das Ende des Hofes bedeutet. Statt dessen wurden sie sich mit Albert Teschemacher einig. Albert zahlte 300.000 DM Kaufpreis und eine lebenslange Rente von 1.200 DM – dabei waren allein fürs Ackerland den Glitzens 1,25 Millionen DM geboten worden!

Sie hätten schnell gewusst, dass es mit ihnen klappen würde, sagen heute Alt- und Nicht-mehr-ganz-so-jung-Bauer. Zwar hatte Albert, bevor die Verträge unterschrieben wurden, noch ein Pro-

bepraktikum auf dem Hof gemacht, aber ihm war schnell klar, dass er hier heimisch werden würde. 1979 übernahm er den Hof, und Konni und Luise fuhren erstmal auf Kur, um etwas Abstand zu kriegen. Und Albert ging in die Umstellung: 1980 war der Hof Berg dann der zweite Biolandhof Schleswig-Holsteins. Alberts spätere Ehefrau Birgit kam hinzu, die Kinder Johanna, Falk und Wendelin wurden geboren. Konni und Luise waren in das kleine Altenteil gezogen, und Konni sagt, mit den Jahren sei eine richtige Wahlverwandtschaft entstanden. Für die Kinder waren die Altbauern ein zusätzliches Großelternpaar, und bis ins hohe Alter half Konni auf dem Hof, wo er nur konnte. Niemand war besser mit

dem Bobcat als er. Und niemand war schneller drauf.

Auf Generationskonflikte angesprochen, sagen Albert und Konni heute, dass es ganz zu Anfang einmal eine Situation gegeben habe, als sie über die Veränderung der Fruchtfolge in eine Diskussion gerieten. Damals habe Konni gesagt: „Die Entscheidung triffst Du, die Verantwortung trägst Du!“ Das habe Klarheit geschaffen.

Auf die Frage, was aus Alberts und Konnis Hofübergabegeschichte als beispielhaft und übertragbar auf andere Fälle gelten kann, sagen beide, dass man so vieles wie möglich klar regeln solle, und zwar im Zweifelsfall zu Gunsten der Wirtschaftenden. So sagt Konni, Bäuerlichkeit meine, auch der nachfolgenden Generation faire Bedingungen zu verschaffen. Und er suche ohnehin das gewollte einfache Leben. Darüber hinaus hätten die Teschemachers und die Glitzens einfach Glück gehabt, ihre „Wahlverwandten“ über ein Zeitungsinserat gefunden zu haben.

Heute pflegt Birgit Konni, der sich nach einem Schlaganfall nicht mehr komplett selbst versorgen kann. Und Konnis Augen strahlen, wenn er erzählt, dass Falk Teschemacher den Hof vielleicht übernehmen wird. In der Fünfzigerjahre hatte Konnie die Arbeitspferde durch Traktoren ersetzt – was er nun bedauert. Die Freundin von Falk habe auf einer Amerikareise aber einen Hof gesehen, auf dem heute wieder Pferde eingesetzt werden. „Vielleicht folgt Falk ja diesem Beispiel“, meint Konnie. Damit würde sein großer Traum in Erfüllung gehen, sagt der alte Bauer. *Matthias Stührwoldt*

Unterschiede im Verbraucherbewusstsein

Auf dem europäischen Workshop in Frankreich forderten Kleinbauern angemessene Preise für ihre Produkte und eine Agrarpolitik, die nicht länger die Industrialisierung in der Landwirtschaft vorantreibt.

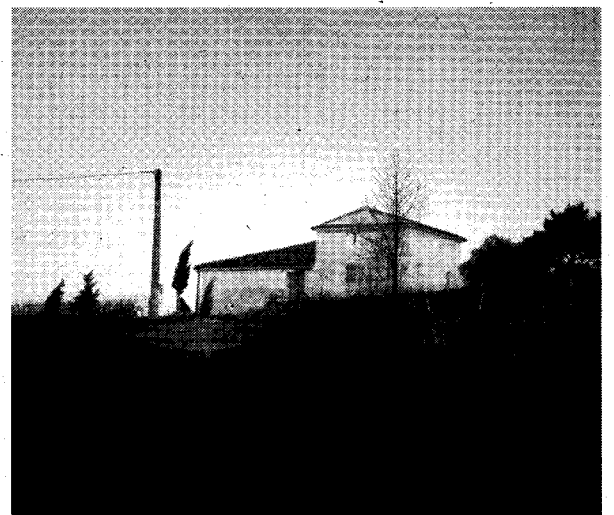
Vom 31. Januar bis zum 2. Februar 2003 fand im südfranzösischen Forcalquier ein europäischer Workshop zur bäuerlichen Landwirtschaft statt. Auf Einladung von „PaisAlp“, einer südfranzösischen Erzeugergemeinschaft von selbstvermarktenden Kleinbauern und Kooperativen, trafen sich fast 100 Teilnehmer aus 17 Staaten Europas und tauschten Erfahrungen aus. Dabei wurden große Unterschiede zwischen den Situationen in den verschiedenen Ländern deutlich: Während die Vertreter der EU-Beitrittskandidatenländer Polen, Ungarn, Slowenien und Tschechien berichteten, dass die Landwirtschaft in ihren Ländern traditionell eher bäuerlich und weniger industriell strukturiert ist, wurden große Unterschiede hinsichtlich des Verbraucherbewusstseins für haus-

gemachte und selbstvermarktete Produkte beschrieben. Die Sorgen der Menschen – Erzeuger wie Verbraucher – seien noch um „Lichtjahre“ entfernt von denen in anderen Ländern, so der Vertreter aus Ungarn, Herr Géza Varga. Besonders angeregt wurde die Diskussion bei der Frage, ob eine bäuerliche Landwirtschaft durch Kennzahlen zur Größe der Einheiten zu beschreiben sei. Zwar war man sich schnell einig, dass allein Größe kein hinreichendes Kriterium sein könne, da ein 10 ha Gemüseintensivbetrieb mehr Tendenz zur agroindustriellen Produktion haben könne, als ein 250 ha Grünlandbetrieb. Allerdings war der Hinweis einer Vertreterin ebenfalls verständlich, dass Zahlen als Grenzwerte eher die Logik der Agroindustrie widerspiegeln und nicht den

neuen Geist der bäuerlichen Landwirtschaft.

Gegen Ende der Tagung wurde eine Erklärung verabschiedet: „...Die kleinbäuerlichen Erzeuger fordern eine Gemeinsame Agrarpolitik der EU, die vor allem darauf abzielt, einer großen Anzahl von Landwirten in der Europäischen Union sowie in den Beitrittsländern eine Existenz zu sichern.“

Andreas Pölking



Die Tagungsgäste in Forcalquier waren auf Longo mai Betrieben in der Provence eingeladen. So konnte eindrucksvoll vermittelt werden, wie sich der neue Geist der Landwirtschaft auch in neuen Lebensformen niederschlägt. Zusammen arbeiten und zusammen leben wird in diesen Betrieben beeindruckend gezeigt. Foto: Pölking

Widerstand gegen Agrarfabriken

An vielen Orten in Mecklenburg-Vorpommern protestieren Anwohner gegen den Bau von neuen Großanlagen.

Mensch, du hast die Gänseweide gestohlen

Im niedersächsischen Tönning können sich Bewohner nicht mit den freilaufenden Enten und Gänsen des Bauern Horst Pahlke anfreunden. Zwar essen sie zu Weihnachten gerne den Braten der freilaufenden Tiere, aber Gänse im eigenen Garten oder Gänsekot auf der Straße soll es nicht geben. Inzwischen klärt das Verwaltungsgericht Lüneburg, ob Federvieh sich auf dem Weg zu Weide auf öffentlichen Flächen aufhalten oder gar auf Grünstreifen weiden darf.

Mehr als 27 industrielle Großmastanlagen für Schweine sind derzeit laut BUND in Mecklenburg-Vorpommern geplant, zahlreiche weitere für Puten, Hühner und Hähnchen. Bürgerinitiativen und Umweltverbände beklagen, dass das Land sich einseitig auf die Seiten der Investoren stelle. In den Genehmigungsverfahren würden die Belastungen für Anwohner, Tiere und Umwelt heruntergerechnet. Es gebe dagegen keine Landes-Initiativen für tier- und umweltgerechte Stallanlagen. Gerade angesichts der Agrarpolitik auch in SPD-regierten Ländern sieht BUND-Sprecher Hubert Weiger den Kanzler jetzt im Wort wegen der angekündigten „Abkehr von den Agrarfabriken“. Der Widerstand in Mecklenburg-Vorpommern gegen die Agrarfabriken konzentriert sich derzeit auf die Pläne des niederländischen Investors Christianus van

gerinitiative wies darauf hin, dass in Niedersachsen und in Holland solche Großanlagen nicht mehr genehmigt, sondern eher zurückgebaut werden.

Massive Proteste gibt es auch gegen die geplante Anlage für 10.000 Schweine in Penkun, zusätzlich zu den bereits vorhandenen Anlagen für 2.000 Schweine, 81.000 Masthähnchen, 7.000 Puten und 1.000 Sauen. BUND und Bürgerinitiative halten die Planungsunterlagen zudem für fehlerhaft und fordern eine unabhängige neutrale Beratung.

Erste Erfolge

Etwas 300 Einwendungen richten sich auch gegen eine 15.000er Schweinemast-Anlage in Wendisch-Priborn. Die Flächenbilanzen zur Gülle-Ausbringung seien völlig unzureichend und berücksichtigten nicht die vorhandenen Güllemengen

tenmastanlage erzielte die Bürgerinitiative in Darnebeck (bei Salzwedel) einen Teilerfolg: Die Investoren (Niedersachsens Landvolk-Präsident Hilse und Unternehmer aus dem Oldenburgischen) mussten ihre Puten zunächst wieder ausstallern. In Ahrenshagen musste eine Mastanlage von 10.000 auf 7.000 Plätze verringert werden, weil laut Gerichtsentscheid die Geruchs-Immissions-Richtlinie des Landes zur Beurteilung von Gerüchen unbrauchbar ist. Gegen den Bau von zwei 20.000er Entenmastanlagen hat sich der Gemeinderat in Bornum (bei Magdeburg) ausgesprochen.

Auch in anderen Ländern erfolgreich

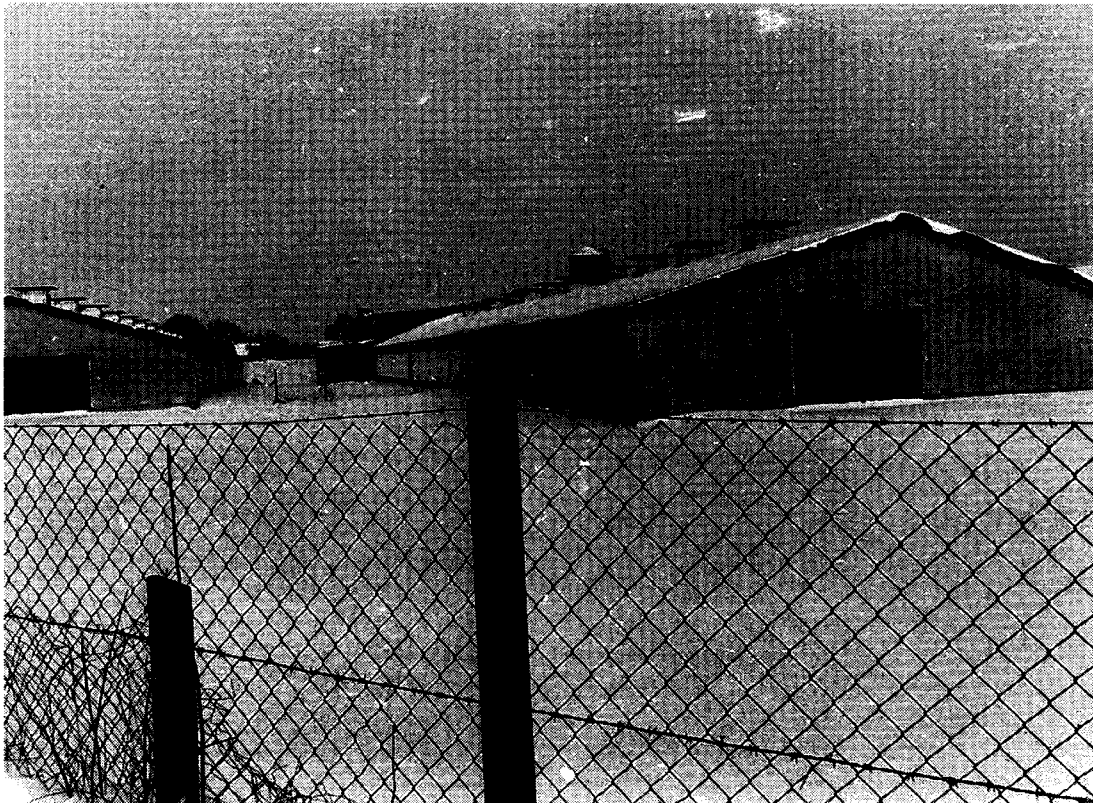
Dass sich Widerstand gegen Agrarfabriken lohnen kann, erfuhr auch die Bürgerinitiative im thüringischen Himmelgarten: Die Nordhäuser Van Asten Tierzucht GmbH wollte Behälter für die Gülle ihrer 58.000 Schweine in ein Naherholungsgebiet setzen. Stadtverwaltung und Staatliches Umweltamt erzwangen die Verlegung an einen entfernteren Ort.

In Niedersachsen hat das OVG Lüneburg entschieden, dass die Untersagung eines 40.000er Hähnchen-Maststalls durch den Landkreis Cloppenburg zu pauschal erfolgt war. Genau wie die Stadt Friesoythe hatten die Kreisbehörden argumentiert, bei einer Viehdichte von mehr als zwei bzw. drei Großvieheinheiten je Hektar in der Gemeinde würden zusätzliche Anlagen zu Umweltschäden bzw. zu „städtetypischen Missständen“ führen. Es müssen nach Meinung des Gerichts die Einzelumstände und weitere Kriterien zugrunde gelegt werden.

Privileg für Bauern erhalten

Landrat Hermann Bröring kritisierte das Verhalten von Investoren, die die derzeitige Rechtslage dahingehend ausnutzten, um Anlagen in Ortsnähe zu bauen, die mit herkömmlicher Landwirtschaft nichts zu tun hätten. Er forderte dringlich, dass endlich Bundesgesetze verabschiedet werden, um das Problem der Mastställe auch im Emsland sozialverträglich in den Griff zu bekommen.

Im Gegensatz zu den Vorschlägen einer Kommission des Bundesbauministers, die eine Verschärfung der Baumöglichkeiten für alle Investoren anstrebt, verlangt die AbL, dass das Privileg des Bauens im Außenbereich ausdrücklich nur für bäuerliche Betriebe erhalten bleibt und nicht für agrarindustrielle, gewerbliche Unternehmen. Das ist im Bundesraumordnungsgesetz bisher so vorgeschrieben, wenn auch kaum beachtet (siehe „Bauernstimme“-Ausgaben 10 und 11 aus 2002). *gf*



Statt für Agrarfabriken soll das Bau-Privileg nur für bäuerliche Betriebe gelten.

Foto: Archiv

Sleuwen, in Medow eine Mastanlage für 15.000 Schweine zu bauen. Während Präsident Kröcher (Landesbauernverband) einseitig für die Durchsetzung solcher Anlagen plädiert und den Investoren sogar seine „Hochachtung“ ausspricht, hat sich Gerhard Rosner vom Kreisbauernverband Anklam-Vorpommern dagegen und für weitaus kleinere Anlagen ausgesprochen. Das ist auch die Meinung des Chefs der Genehmigungsbehörde (Staatliches Amt für Umwelt und Natur, STAUN) und des Kreisumweltausschuss. Die örtliche Bür-

des ansässigen großen Agrarbetriebes. Ansässige Agrarbetriebe würden in ihrem Wachstum gehemmt. Proteste bekannt sind uns auch gegen die 10.000er Schweinemast-Anlage auf dem Landgut Plau und gegen die 3000er-Mastanlage des Sauen-Agrarbetriebs Groß Genz. Auf heftigen Widerstand der örtlichen Gemeinden stößt auch der Bau einer 3.000er Sauen-Anlage in Straguth bei Zerbst, die der frühere Agrarminister Dr. Helmut Rehhahn dort durchsetzen will.

Im Widerstand gegen eine 40.000er Pu-

Landwirtschaft in Mecklenburg-Vorpommern – nachhaltig und wettbewerbsfähig

Gemeinsame Wintertagung von AbL und BUND im Nordosten Deutschlands



Von links: Wolfgang Reimer, Burkhard Roloff, Jörg Gerke sowie die Geschäftsführerin BUND MV, Corinna Cwielag.

Foto: BUND

Mit zehn Umweltforderungen für eine zukunftsfähige Landwirtschaft startete am 27. Februar in Güstrow der Bund für Umwelt und Naturschutz Deutschland (BUND) seine erste gemeinsame Wintertagung mit der Arbeitsgemeinschaft bäuerlicher Landwirtschaft (AbL) in Mecklenburg-Vorpommern.

Burkhard Roloff vom BUND verlangte unter anderem strengere Definitionen für die gute fachliche Praxis, ein Moratorium für den Anbau genmanipulierter Pflanzen, mehr regionale Vermarktung und einen Stopp für industriemäßige Tiermastanlagen in Mecklenburg-Vorpommern. So könne es nicht sein, dass unter dem Namen „gute fachliche Praxis“ aktuell Gülle auf 30 Zentimeter tief gefrorenen Boden ausgebracht würde.

Chancen der Agrarwende nutzen

Jörg Gerke von der AbL forderte die Landesregierung auf, die Chancen der eingeleiteten Agrarwende konsequent zu nutzen. Einem drohenden Arbeitsplatzabbau durch die neuen EU-Vorschläge müsse energisch entgegen gewirkt werden. Anschließend stellte Wolfgang Reimer, Abteilungsleiter aus dem Künast-Ministerium, den Zusammenhang her zwischen den WTO-Verhandlungen, der EU-Agrarpolitik und den Folgen für die ostdeutsche Landwirtschaft. Reimer erklärte, dass die Welthandelsorganisation einen größeren Einfluss auf die EU-Agrarreformen hat als die EU-Erweiterung. Er betonte, dass bei der Modulation niemandem etwas weggenommen werde, da danach die gesamte Landwirtschaft wieder mehr Geld bekommt.

Am Nachmittag hatten die Organisatoren Vertreter von Landwirtschaftsbetrieben

eingeladen, die heute schon wirtschaftlich überleben und dabei nachhaltige Betriebskonzepte verwirklichen. So berichtete Wilfried Kunzel vom Kartoffel- und Gemüseservice Plate über ein beispielhaftes Vermarktungssystem in der Region. Einer der ältesten und vielseitigsten Bio-Betriebe im Land ist der Demeter-Hof Medewege bei Schwerin. Georg Wilhelm Jahn, Mitbegründer des Hofes, stellte die verschiedenen Betriebsteile vor: Landwirtschaft, Gärtnerei, Obstbau, Bäckerei und die vielfältigen Vermarktungsformen, angefangen mit dem Hofladen, dem Marktstand und dem Lieferservice.

Beispiele für vielseitige Landwirtschaft

Auf dem Hof Medewege findet am 28. Juni der landesweite Tag des Ökologischen Landbaus statt. Über die artgerechte Rinderhaltung informierte Nicole Albs am Beispiel der Richtlinien des NEULAND-Programms und aus langjähriger Erfahrung in ihrem Betrieb. Eike Schön-Petersen sprach über artgerechte Schweinehaltung und veranschaulichte den gelungenen Umbau eines ehemaligen Rinderstalles zu einem Außen-Klimastall für 800 Mastschweine. Abschließend erzählte Katja Horst, wie sie aus ihrem Landwirtschaftsbetrieb mit Mutterkuhhaltung einen attraktiven Bauernhof mit einem Übernachtungs- und Reittouristikangebot entwickelt hat.

Die von etwa 60 Bauern, Vertretern der Verwaltung und Journalisten besuchte Landwirtschaftstagung war auch vom Echo der landesweiten Presse ein voller Erfolg.

Burkhard Roloff,
BUND Mecklenburg-Vorpommern

AbL besucht Agrarministerkonferenz

Eine Delegation von Bäuerinnen und Bauern der AbL-Mecklenburg-Vorpommern/Brandenburg überraschte die Agrarministerkonferenz in Schwerin. Zu Beginn ihres Abendspazierganges kamen die Minister an einem Schlepper vorbei. AbL-Bauern hatten dort ein Transparent mit der Parole entrollt: „Referenzjahr 2000-2002 = feudale Leibrente.“ Als die Ministerinnen und Minister in das „Weinhaus Uhle“ zum traditionellen Kamingespräch einkehren wollten, stand vor dem Restaurant die rotbunte Kuh Silke vom Hof Medewege mit dem Schild: Melkt Ihr mal für 25 Cent“. Weitere Spruchbänder lauteten: „Für eine soziale und solidarische EU-Agrarreform“ und „Für eine gerechte Vergabepaxis der BVVG-Flächen“.

AbL-Bundesgeschäftsführer Georg Janßen hielt eine kurze Rede, in der er die Agrarministerkonferenz ermunterte, Korrekturen an den Reformvorschlägen der EU-Kommission vorzunehmen. „Die AbL wirft nicht mit Bierdosen auf Minister und verbrennt keine Minister-Puppen wie dies der Bauernverband bei einer Demonstration in Kiel gemacht hat“, betonte Janßen. „Die AbL kämpft mit Argumenten für eine Perspektive der bäuerlichen Landwirtschaft.“

Die Teilnehmer der Konferenz bekamen das aktuelle AbL-Positionspapier zur EU-Agrarreform, das bereits mittags der Presse in Schwerin vorgestellt worden war. Bundesministerin Renate Künast sicherte der AbL zu, dass zur Zeit im Ministerium alle Vorschläge durchgerechnet würden, die Diskussion mit Frankreich intensiv laufe und die AbL-Forderungen geprüft würden.

Polizei und Sicherheitsbeamte hielten sich zurück, die Kuh Silke wurde wieder verladen. Etwas durchgefroren aber mit Tee und Glühwein wieder aufgewärmt und guter Stimmung trat die AbL-Delegation wieder die Heimfahrt an. pm

„Ferdinandshof“-Gülle

Der brandenburgische Landkreis Uckermark bekommt laut Nordkurier akute Probleme mit der Trinkwasser-Versorgung. Die Wasserwerke seien zunehmend nicht mehr in der Lage, das Grundwasser aus der ersten Schicht zu nutzen. Das liegt nach Ansicht des Umweltschutzleiters Hingst auch daran, dass manche Betriebe die „gute fachliche Praxis“ nicht einhielten. In diesem Zusammenhang wird gegen den „Ferdinandshof“ des Landhändlers Osterhuber ermittelt, mit 23.000 Tieren die größte deutsche Bullenmast-Anlage: Laut Nordkurier brachte der Großbetrieb seine Gülle auf tiefgefrorenen Boden auf, so dass die Gülle in die Gräben abließ. gf

Tierhaltung im Gefängnis

„Lernen, sich verantwortlich zu fühlen“ – das ist Ziel eines Projekts für Häftlinge in der Jugendstrafanstalt Neustrelitz. Der Justizbeamte Arnold Zachmann hat mit den gefangenen Ställe und Gehege für Pommersche Landschaft, Rehziegen, Hängebauschweine und Zuchtkaninchen errichtet und baut mit ihnen Gras, Futterkartoffeln und Runkeln an. Die Jugendlichen sollen durch das starke Interesse für Tiere und durch die Arbeit mit der Kreatur lernen, anderes Leben zu respektieren, Verantwortung zu übernehmen und regelmäßig für Futter und Pflege zu sorgen. Im bayerischen Ebrach bewirtschaften Gefangene nach diesem Motto sogar einen ganzen Hof. en

Kräuterschweine

Einen Schweinemäster, der in seiner Region Diepholz/Südoldenburg als „junger Wilder“ gilt, besuchte der neue Agrarminister Ehlen (CDU) kurz nach seinem Amtsantritt. Landwirt Udo Hellenbusch setzt laut Oldenburgischer Volkszeitung bei der Fütterung seiner 700 Schweine auf eine alternative Gesundheitsförderung: „Weg von den Medikamenten – hin zu Kräutern“ lautet die Maxime des 32-jährigen Landwirts, der so „Schweine von Super-Qualität“ erzeugen will. Auch von anderen Mästern werden mittlerweile „Kräuterschweine“ angeboten, deren Fleisch wird als dunkler, fester und besonders geschmackvoll beworben. pm

„So wie du ist keine Kuh“

Nachtrag zum Karneval: Die „nährische Hitparade“ des WDR gewannen abermals die Harsewinkler Kuhstall-Rocker „Die Landeier“, diesmal mit dem Titel „Ick kann da nix an dohn, ick mott immer mit de Määse anne Theke stohn“ („Ich kann da nichts dran tun, ich muss immer mit dem Hintern an der Theke stehn“). In den Vorjahren war die Band erfolgreich mit Banal-Hits wie „Karneval im Bullenstall“ oder „So wie du ist keine Kuh“.

Das Land kann es nicht mehr ertragen...

Bericht über Bauernproteste in Mexiko gegen die Liberalisierung des Agrarhandels

So lautet der Slogan und der Name der massiven Bauernbewegung in Mexiko, die sich für eine Neuverhandlung des Freihandelsabkommens mit den USA und Kanada (NAFTA) und für eine radikale Reform der Agrarpolitik in Mexiko stark macht. 13 nationale Kleinbauernorganisationen haben sich im November letzten Jahres in einer breiten Koalition zusammengefunden, um der langwährenden wirtschaftlichen und sozialen Krise im ländlichen Raum politischen Ausdruck zu verleihen. Nach einem zehntägigen Hungerstreik in Mexiko-Stadt und einer friedlichen Grossdemonstration am 31. Januar, an der rund 100.000 Personen, in der Mehrheit Kleinbauern, teilgenommen haben, hat sich die Fox-Regierung zu einem „Dialog über eine neue Agrarpolitik“ mit den Bauernorganisationen bereiterklärt.

Worum geht es in den Verhandlungen?

Die fortschreitende Liberalisierung des Agrarhandels in den letzten 20 Jahren hat einen sechsfachen Anstieg landwirtschaftlicher Importe aus den USA und Kanada bewirkt (von zwei Mrd. US Dollar in 1982 auf rund 12 Mrd. US Dollar in 2001). Ausgenommen Bohnen, Milchpulver, Mais und Zuckerrüben sind seit dem 1. Januar 2003 jegliche Einfuhrzölle, Höchstmengenbegrenzungen und andere Schutzmaßnahmen für landwirtschaftliche Produkte weggefallen. Für das Jahr 2008 sieht NAFTA die Abschaffung von Schutzmaßnahmen auch für die verbleibenden geschützten Agrarprodukte vor.

Der dramatische Anstieg der Einfuhr von Mais, Weizen, Soja, Reis, Fleisch und Geflügel, und vieler anderer landwirtschaftlicher Produkte steht in starkem Kontrast zur sinkenden landwirtschaftlichen Produktion in Mexiko. Mehr als 90 Prozent der landwirtschaftlichen Betriebe in Mexiko sind Klein- und Kleinstbetriebe mit geringster technischer Ausstattung, von denen die Mehrzahl in traditionellen „Ejidos“ als Gemeingut bewirtschaftet wird. Mit den hochtechnisierten landwirtschaftlichen Betrieben der USA und Kanada können Mexikos Kleinbauern also kaum konkurrieren. Die Konsequenz: rund 80% der ländlichen Bevölkerung lebt in Armut, Tendenz steigend. Die Hoffnungslosigkeit, die diese Statistik ausdrückt, veranlasst im Durchschnitt 650 ländliche Bewohner pro Tag, ihre Heimat zu verlassen. Ironischerweise bedeutet das für viele,

als illegale Einwanderer in den USA miserabel bezahlte Wanderarbeit in den Obst- und Gemüsegroßbetrieben der USA zu suchen.

Geplanter Exodus

Die Annahme, dass Mexikos Wirtschaft mit einer weiteren Liberalisierung des Agrarhandels mit den USA und Kanada Gewinne in anderen Ex-

mittlerweile 95 % des national konsumierten Soja importiert, sowie 50 % des Reis, 49 % des Weizens – und sogar 25 % des konsumierten Mais. Die letztere Statistik reflektiert die dramatische Situation der Bauern: Mexiko ist das Ursprungsland des Maisanbaus, und die kulturelle Bedeutung von Mais reicht weit über seine Funktion als Grundnahrungsmittel hinaus.



Auch mexikanische Bauern fordern im Kampf gegen die weitere Handelsliberalisierung multifunktionale Landwirtschaft
Foto: UNORCA

portbereichen erzielen kann, war der zynische Ausgangspunkt von Salinas Regierung, die das 1994 in Kraft getretene Nordamerikanische Freihandelsabkommen (NAFTA) verhandelt hat. Parallel zum Abbau von Einfuhrzöllen und Mengenbegrenzungen als Hauptbestandteil des landwirtschaftlichen Kapitels des NAFTA, wurden Agrarsubventionen und ländliche Struktur Ausgaben stark gekürzt: zwischen 1981 und 1999 sind die öffentlichen Ausgaben für den Agrarsektor von 3,1 % des Bruttosozialprodukts auf 0,9 % gefallen). Zudem wurde die Privatisierung des gemeinwirtschaftlichen „Ejido“-Systems in der Verfassung verankert. Diese Maßnahmen wurden maßgeblich von der Weltbank beeinflusst mit dem neoliberalen Argument, dass eine solche „Strukturanpassung“ in der Landwirtschaft unwirtschaftliche Betriebe zur Produktivitätssteigerung bewegt – oder schlichtweg zum Umstieg von der Landwirtschaft auf andere wirtschaftliche Bereiche. In anderen Worten, die Krise im ländlichen Raum, in dem 25 Prozent von Mexikos 100 Millionen Einwohnern leben, war vorprogrammiert. Gemäß dem Gedanken gut des Neoliberalismus ist es gesamtwirtschaftlich effizienter, dass Mexiko

Ungleiche Wettbewerbsbedingungen

In der neoliberalen Sichtweise der Landwirtschaft wird allerdings verschwiegen, dass die angeblich niedrige Produktivität der mexikanischen Bauern in erheblichem Maße von den immensen Agrarsubventionen der NAFTA-Partnerländer, vor allen Dingen den USA, gesteuert wird. Während die durchschnittliche Subventionsmenge in den USA 21.000 US \$ pro Landwirt beträgt, erhalten mexikanische Bauern lediglich 700 US \$. So wird zum Beispiel US-Mais zu einem „Dumping“-Preis auf den mexikanischen Markt abgeworfen, der ungefähr 20 % unterhalb der Produktionskosten liegt. Die Konsequenz: Mexikos Bauern haben immense Schwierigkeiten ihre Ernte auf dem heimischen Markt loszuwerden.

Warum jetzt?

Die letzten Liberalisierungsmaßnahmen, die am 1. Januar 2003 in Kraft getreten sind (für Geflügel, Schweinefleisch, Reis, Weizen, Äpfel, Kartoffeln, tierische Fette und mehrere andere Produkte), waren der Tropfen, der das Fass für die mexikanischen Bauern zum Überlaufen gebracht hat. Die starke, jedoch friedliche Bauernbewegung,

die seit November letzten Jahres die breite gesellschaftliche Aufmerksamkeit erregt, hat jedoch tiefere Ursprünge. In ganz Lateinamerika ist der Widerstand gegen den Neoliberalismus und die Vormachtstellung der USA seit Jahren im Wachsen. Zudem bilden die „neuen“ Bauernorganisationen, die sich seit Ende der 1970er Jahre als Alternative zum korporatistischen System der Partei der Institutionellen Revolution (PRI) entwickelt haben, über ideologische Unterschiede hinaus punktuelle Koalitionen. Ziel ist es die Selbsthilfe zu stärken und Ansatzpunkte für eine autonome bäuerliche Agrarpolitik auszuarbeiten. Die internationale Zusammenarbeit mit Bauernorganisationen in Via Campesina, und die Koalitionen auf nationaler Ebene mit Umweltschutz- und anderen Nichtregierungsorganisationen, sowie mit akademischen Institutionen, sind ein wichtiger Bestandteil dieser autonomen Bauernpolitik. Während die Fox-Regierung versucht die Bauern als ewiggestrige Störenfriede darzustellen, arbeiten viele dieser Organisationen seit Jahren dafür, die Multifunktionalität der Landwirtschaft anzuerkennen und Mexikos Ernährungssouveränität und Biodiversität zu bewahren. Nun haben 13 dieser Organisationen zusammengefunden, um diese sozial- und umweltgerechten Visionen in ein Projekt der Nation zu verwandeln. Die Großdemonstration am 31. Januar – Ausdruck der größten Bauernbewegung seit den 1930er Jahren – hat auch der Regierung klargemacht, dass es um mehr geht als eine konjunkturelle Forderung nach mehr Subventionen. Selbst die US Botschaft in Mexiko hat die Brisanz der Situation begriffen, und die Fox-Regierung offen davor gewarnt, den Forderungen nach einer Neuverhandlung von NAFTA nachzugeben. Das Land kann es nicht mehr ertragen! Ende März, dem vorläufigen Termin für einen nationalen Agrarvertrag, wird sich die Tragweite diese Aussage herausstellen.

Angela Stach, Doktorandin der Universität Maryland, USA, momentan Praktikantin der Nationalen Union Autonomer Regionaler Bauernorganisationen (UNORCA), einer der 13 Organisationen von „El Campo No Aguanta Más“

Mehr Informationen über die Bewegung „El Campo No Aguanta Más“ sind auf ihrer Internetseite erhältlich: www.unorca.org.mx/campo.htm

Europas Lebensmittel- und Agrar-Milliardäre

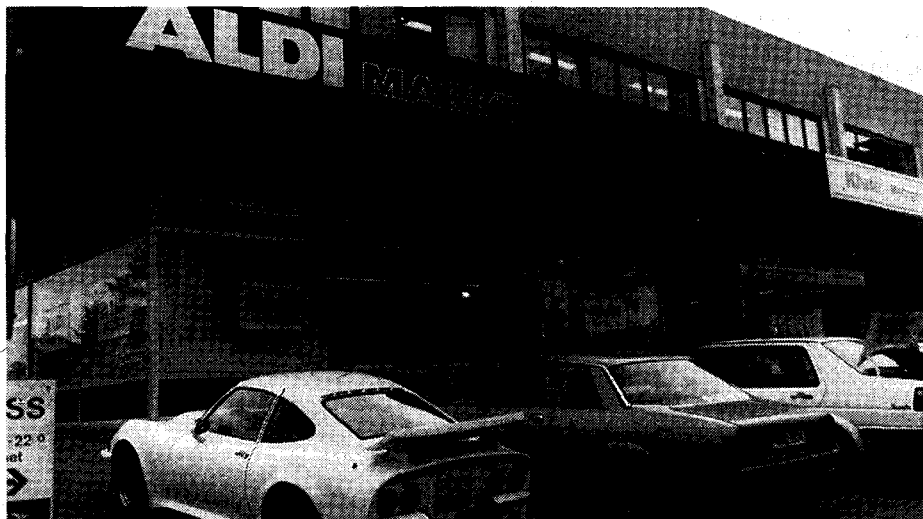
Verdient wird nach wie vor nicht in, sondern an der Landwirtschaft!

Alljährlich zu Jahresbeginn listen Zeitungen wie *Eurobusiness*, *Forbes* oder *manager-magazin* die superreichen Privatpersonen dieser Welt auf. Darunter befinden sich auch in diesem Jahr erstaunlich viele, die ihr Vermögen dem Umgang mit Lebensmitteln und Landwirtschaft verdan-

Dreyfus.

Als Eigentümer aus dem Bereich der **Agrarchemie** finden wir die Familien Landolt (Novartis) und Oeri-Hoffmann (Roche). Aus dem Landtechnik-Sektor dabei: die Familie Claas.

Unter den vermögenden **Grundeigentü-**



Die Brüder Aldi zählen zu den drei reichsten Deutschen.

Foto: Archiv

ken – und damit der alten Bauernweisheit neue Nahrung geben: „Verdient wird nicht in, sondern an der Landwirtschaft!“

Weltweit in der **Spitzengruppe** der Wirtschafts-Milliardäre, der politischen Herrscher und Ölmagnaten, gemeinsam mit dem Microsoft-Chef Bill Gates, Medien-Mogulen wie Berlusconi, Murdoch, Bertelsmann-Mohn, dem Süßwaren-Clan Mars oder der Handelsfamilie Walton (Walmart): die **Aldi-Gebrüder Theo und Karl Albrecht** mit jeweils 10 Mrd. Euro Besitz.

Zahlreich vertreten auch weitere Eigentümer bzw. Aktienbesitzer großer **Lebensmittel-Handelskonzerne**: aus Deutschland unter anderem die Familien Schwarz (Lidl), Haub (Tengelmann) oder die Familien Haniel, Ruthenbeck und Otto Beisheim (alle Metro), aus den anderen EU-Ländern die Eigentümer-Familien von Auchan, Carrefour, Morrison-Sainsbury, Billa und anderen mehr.

Aus der **Ernährungs- und Getränkeindustrie Europas** sind vertreten: die Familien Oetker, Herz (Tchibo), Barilla (Nudeln und Kamps/Wendeln-Brot), Ferrero, Jacobs, Riegel (Haribo), Boquoi (Bofrost), Werhahn (Mühlen), Pfeifer & Langen (Zucker), Tanzi (Milchkonzern Parmalat), Weston oder Bernat (ChupaChups), Cramer (Warsteiner), Carvalho (Heineken), Eckes-Chantre, Underberg, Schöghuber und van Damm (Interbrew).

Aus dem Bereich des **internationalen Getreide- und Rohstoffhandels** als Europäer dabei: der Schweizer Marc Rich, König Albert von Belgien und der Franzose Louis-

mern findet man erwartungsgemäß viele adlige Geschlechter: die Königsfamilie Windsor (Vermögen unbekannt), Fürst Hans-Adam von Liechtenstein (24.000 ha weltweit), König Juan Carlos von Spanien (europaweite Land-Holdings); außerdem mit jeweils Zehntausenden Hektaren dabei: der Duke von Westminster, der Earl Cadogan, der Duke of Devonshire und – mit etwas weniger Hektaren – die Familie von Finck. Der Familie Esterhazy verblieben von ihren ehemals 2 Millionen Hektar in Zentraleuropa nach dem Krieg immerhin noch 275.000 ha Äcker und Forsten in Österreich, außer den Immobilien in den USA und in Südamerika.

Unter den „**ärmeren Reichsten**“ mit weniger als 600 Millionen Euro: die nochproduzierenden oder durch Verkauf ihrer Firmen reich gebliebenen **Lebensmittel-Hersteller** Hipp, Milch-Müller, Rutenberg (Becks), Schadeberg (Krombacher), Veltins, Kamps/Wendeln (Brot), Darboven, Hardenberg, Imhoff (Stollwerck), Schöller, Stute, Zentis, Bahlsen, Ritter, Wiese (Coppentrath). Nicht zu vergessen die **Immobilien-Eigentümer-Familien** von Waldburg-Zeil, von Bismarck, von Thurn und Taxis, Faber-Castell, Rethmann, Reemtsma und Ernst-August von Hannover. Der als Börsen-Guru und Kapitalismus-Kritiker bekannte **George Soros** hat seine in Südamerika erworbenen Latifundien dem Vernehmen nach teilweise wieder abgestoßen, nachdem sich die erwarteten Steigerungen der Weltmarktpreise für Agrarrohstoffe nicht realisierten. en

Nicht nur in diesen Tagen

Eigentlich wollte ich hier etwas Schönes schreiben. Was mir so durch den Kopf geht, wenn ich abends im Dunkeln noch einmal in den Stall hinübergehe, einige Schritte über den Hof unter dem weiten Sternenzelt. Was ich dann so denke über mein bisheriges Leben und das Leben allgemein. Warum ich keine Bäuerin geworden bin, obwohl das immer mein Traum war, und warum ich trotzdem so zufrieden bin, weil ich zumindest mit Landwirtschaft zu tun habe in meinem Beruf. Und warum ich mir bei zwei kleinen Kindern noch den Streß antue, Kaninchen zu halten und etwas Gemüse anzubauen. Weil Arbeit auch schön sein kann, wenn man sie gerne tut. Kurz – wie ich mich mit meiner Familie so richtig nett eingerichtet habe hier draußen auf dem Land am Rand des Ruhrgebiets, wo es uns an nichts fehlt. Ich fühle mich so richtig gut, wenn ich eben mal aus dem Haus herauskomme, besonders in der Dunkelheit und einige Minuten im Sternenlicht ganz für mich allein habe. Aber es fällt mir nun schwer, über Glück zu schreiben, in diesen unseligen Tagen des Krieges. Es fällt mir überhaupt schwer, irgendeinen klaren Gedanken zu fassen zur Zeit. Dabei scheint alles so unreal, was da

an Bildern über den Fernsehschirm flackert, vielleicht weil im Fernsehen immer so viel Gewalt gezeigt wird. Nein, was mich wirklich bewegt hat, der Augenblick, wo dieser Krieg im Nahen Osten mich nicht nur als politisch interessierten oder sonstwie gebildeten Men-



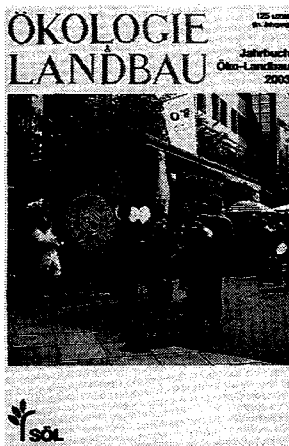
... aus Westfalen

schen, sondern ganz unmittelbar als Mensch etwas anging, war, als ich das Bild meiner Hebamme in der Zeitung entdeckte, die mich noch vor kurzem nach der Geburt meines Kindes betreut hatte. Sie ist mit einem Iraker verheiratet, das wußte ich. Und dieser hat sich wenige Tage vor Beginn des Krieges noch nach Bagdad aufgemacht, um seiner Familie dort finanziell und auch sonst beizustehen. Nun berichtet er täglich aus der umkämpften Stadt, sofern die Telefonverbindung zustande kommt. Damit hat unsere lokale Zeitung quasi einen eigenen Berichterstatter vor Ort. Und für mich gibt es plötzlich jemanden, den ich persönlich kenne und der ganz unmittelbar von diesem Krieg betroffen ist. Damit habe ich noch mehr als zuvor das Bedürfnis, etwas zu tun, nicht einfach nur Zeuge zu werden. Zugleich wird auf dieser menschlichen Dimension die Ohnmacht noch viel stärker spürbar. Denn man kann vortrefflich darüber diskutieren, dass dieser Krieg gegen das Völkerrecht geführt wird, aber für die Menschen in Bagdad ist es zur Zeit völlig irrelevant, ob Bomben gegen oder mit Völkerrecht fallen. Und es ist nicht nur der Krieg selbst, der erschreckt, sondern vor allem der ganze dadurch an vielen anderen Orten entfachte Haß. Und nicht zuletzt die eigene Scham, sich bisher so wenig um die Probleme auf der Welt gekümmert zu haben.

Hier reißen meine Gedanken dann wieder ab. Ich füttere die Kaninchen, tröste meine Tochter, die erkältet ist, räume und putze und bin froh, wenn um Mitternacht endlich alles schläft. Und morgen werde ich wieder nicht alles schaffen. Und dabei noch das flau Gefühl, dass ich mich noch um ganz andere Dinge kümmern müsste, und das nicht nur in diesen Tagen.

Eine Verbraucherin (32 Jahre) erzählt...

Jahrbuch Öko-Landbau 2003-03-25



Erstmals hat die Stiftung Ökologie & Landbau ein Jahrbuch herausgegeben. Umfassend werden Entwicklungen in den einzelnen Bundesländern, in europäischen Staaten und in den Organisationen des Ökolandbaus beschrieben. Gut leserlich ohne große Vorkenntnisse voraussetzen geschrieben, findet der Leser dort Zahlen und Trends zu dem immer noch dürtig erfassten Bereich der Landwirtschaft. Nur wer darauf hofft, über Konfliktpunkte und Hintergründe zu Debatten informiert zu werden, wird an einigen Stellen enttäuscht. So wird das Bundesprogramm Ökolandbau klar beschrieben mit Zielen und den einzelnen Förderpunkten, aber eine Bewertung davon fehlt. ms

Stiftung Ökologie & Landbau: Jahrbuch Öko-Landbau 2003. Stiftung Ökologie Landbau 2003. 142 S., 14,- €

Mohn-Lyrik

„Rot, rot ist das seidene Mieder
des Mohns
aber schwarz und verkoht
darunter das Herz“
(Yvan Goll)

Eine unglaubliche Fülle von wunderschönen und tief berührenden Gedichten zum Mohn hat Wilhelm Dehn in seinem Band „Ist Mohn ein rotes Wort ein schwarzes“ zusammengetragen.

Beredt allein schon die Überschriften der Kapitel:

„So rot nicht wie dein Haar.
Irdisch kaum und luftig fast.
Rot schreit der Mohn.
Feuer in Träume und Weizen legen.
Köpfe, die voll schwarzer Asche sind.
Den Schlaf in den Teig zu kneten.
Wer mit Toten vom Mohn aß.
Ist Mohn ein rotes Wort, ein schwarzes.“

Beeindruckend die Namen und die Zahl der Lyriker, denen wir diese „Gedichte als Gedächtnis einer Pflanze“ verdanken: Mohn-Lyrik von Ovid, Villon, Goethe, Heine, Rilke, Hesse, Benn, Trakl, Ausländer, Huchel, Neruda, Eich, Kaleko, Domin, Bobrowski, Celan, Artmann, Mayröcker, Jandl, Bachmann, Atabay, Kunze, Kling, Grünbein und vielen anderen.

Worte und Verse wie Bilder und Gefühle:

„Des roten Mohnes schwarzer Staub
Wie Tod aus Schlaf, aus Lust Vergehen.
Zur Nacht fiel aus dem Flammenlaub
Der Purpurblüte Todesstaub
Und um die Blüte wars geschehen.“

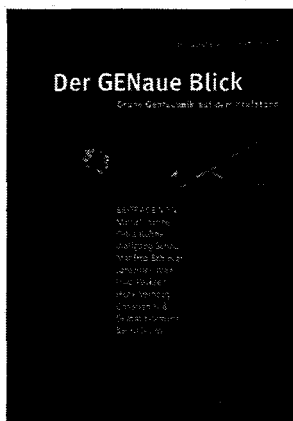
(Eva Strittmatter)

Dieses Buch muss man lesen, genießen und verschenken! ein Ist Mohn ein rotes Wort ein schwarzes, Gedichte herausgegeben von Wilhelm Dehn, Radius-Verlag, Stuttgart, 2002, 100 S., 15,- €; zu beziehen über den ABL-Verlag

Der GENaue Blick

Ein etwas anderes Buch über grüne Gentechnik ist von Christian Hiß herausgegeben worden. Unter dem Titel „Grüne Gentechnik auf dem Prüfstand“ beleuchten zehn Autoren verschiedene Aspekte der Gentechnik aus zumeist antroposophischer Sicht. Anliegen ist es, dem Leser Handwerkszeug für ein eigenes Urteil über die neue Technologie an die Hand zu geben. ms

Christian Hiß (Hrsg.): Der GENaue Blick – Grüne Gentechnik auf dem Prüfstand. Ökom Verlag 2003. 155 S., 16,- €; zu beziehen über den ABL-Verlag



Vom Land leben – zumindest heute noch

Im Roman „Allmendpfad“ wird die Geschichte einer Gärtnerin erzählt, die den grünen Schatten zwischen Bohnenreihen liebt und versucht, heute auf und von dem Land zu leben.

Ein Frühling der Bauern-Romane. In's Feld gehen – das ist der Alltag von Luzies Gärtner-Familie. Geschildert wird wie Luzie aufwächst, die als Kind um ungestörte Minuten mit ihrer Mutter gekämpft hat, war doch immer etwas zu ernten, abzupacken, zu gießen. Gemeinsam mit Luzie lässt Claudia Koppert die Leser in die grünen Schatten zwischen den Bohnen eintauchen, unter dem die Erwachsenen ins Erzählen kommen, endlich mal nicht alles immer noch schneller gehen muss auf Gemüsefeldern bei Heidelberg. Durch drei Generationen wird die Gärtnerfamilie begleitet, von Rückblenden in die Zeit des Nationalsozialismus durch die Agrarreformen der 70er Jahre bis ins heute.

Liebevoll und mit viel Details werden die Personen gezeichnet, mit ihrer Arbeit, die nie aufhört, während immer mehr Kleinbauern im Wettrennen des Wachsens und Weichens ihre Felder und Tiere abgeben, mit dem Zeitdruck, dass es nie schnell genug geht und ebenso von der leisen Freude an der Arbeit. Claudia Koppert schildert aber auch von Besuchen auf anderen Feldern, wo immer ein Verwandter oder Bekannter Zeit für die Bauernkinder und eine Geschichte hatte. Von der Befriedigung, einen Acker leer zu räumen, den hohen Stapel Kisten zu sehen, zu wissen, was geschafft wurde.

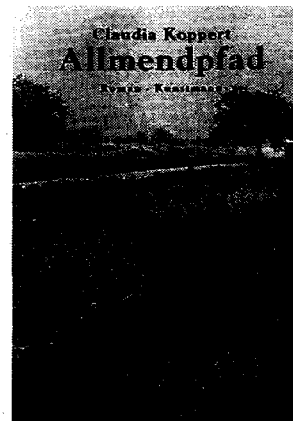
Und die Autorin Claudia Koppert trifft den Ton und die Alltagsanliegen von Gärtnern und Bauern. Zur besten Erntezeit werden Handelsklasse I Tomaten in die Intervention genommen. Eine Woche lang pflücken, abpacken für 6 Pfennig Subvention je kg Tomaten, um sie dann von zwei Polizisten bewacht auf eine Müllhalde zu schütten und mit dem Traktor darüber zu fahren. „Da hat der Vater dasselbe gelbgläserige Gesicht wie Onkel Kurt kurz vor seinem Tod.“ Nach der Woche sagt er, „Ma darf sei' Herz net an die Produkte hänge. Es muss einem egal sein, ob's gegessen, verdaut und geschissen wird oder gleich verfault.“

Die Logik des Intensivieren und Wachsens macht auch vor dem Betrieb von Luzies Eltern nicht halt, die Tanten und Großeltern halten da nicht mehr mit und das enge soziale Netz, das sich quer über die Äcker

spannte, wird löcherig. 20 Jahre später ärgern sich Luzie und andere Gärtner unsichtbar wie Putzfrauen zu sein, wenn auf den Wegen zwischen den Feldern Jogger, Spaziergänger und Fahrradfahrer die Arbeitenden einfach nicht sehen und schon gar nicht grüßen.

Luzie geht in die Stadt, macht eine Ausbildung zur Archivarin, hat Zeit abends nach der Arbeit sich in der Eine-Welt-Bewegung zu engagieren, bis sie von den Eltern drei Äcker geschenkt bekommt. Drei Äcker,

die solange in ihrem Kopf kreisen, bis sie zurückkehrt – ins Feld. Von Dienstzeiten, Dienstweg und dem immer drinnen sein hat sie genug und stürzt sich mit Mann und Freund in die Selbstständigkeit. Statt weiter von der Genossenschaft abhängig zu sein, die nur immer größere Parteien abnimmt, setzt sie auf Ökolandbau. Die Ablehnung der Nachbarn bricht erst auf, als sie mit der Nachb



rin über ihre Schnellentspannungsmethoden redet, die eine schaut die halbe Nacht Formel eins im Fernsehen und Luzie Fußball: „Wenn ich das Gekicke sehe, merke ich, dass es genug gibt, die sind noch blöder als ich; die rennen auch den ganzen Tag, aber nur hinter dem Ball her.“ Unterschiedliche Vorstellungen von Arbeitstempo und Verantwortlichkeiten der drei Gärtner führt zu Reibereien. „Ganz am Anfang, im völligen Stress, hatte Charlie zu Luzie gesagt, ihr Tempo, ihre ganze Arbeitsweise seien krank. Sie hatte erwidert, bei seinem Tempo und seiner Arbeitsweise könnten sie den Laden sofort dicht machen.“ Die eigensinnige Luzie mit ihrer genauen Vorstellung, was sie vom Leben will, arbeitet sich in die Herzen der Leser, mit wachsender Seitenzahl wächst die Lust, mit ihr zu diskutieren. Dabei macht sie sich wenig Illusionen über die Zukunft von kleinen Betrieben: „Was nach dem Feld kommt, wird genauso verschwinden. Aber jetzt sind wir da. Und heute machen wir aber früher Schluss.“ ms

Claudia Koppert: Allmendpfad. Kunstmann 2003. 197 S., 18,90 €; zu beziehen über den ABL-Verlag

Lesungen von Claudia Koppert gibt es am 3. April um 20 Uhr im Cafe Ambiente, Osterdeich 69 a in Bremen und am 13. Mai um 20 Uhr in der Kreisvolksschule, Schleppenförerstr. 12 in Verden.

EU-Agrarreform auf CD-Rom

Euronatur und Abl präsentieren Dokumenten-Sammlung

Zum Abschluss ihres gemeinsamen Projektes „Agenda 2007 – Landwirtschaft und Umwelt“ haben die Stiftung EUORNATUR und die Abl eine CD-Rom herausgebracht, auf der zum einen die schriftlichen Ergebnisse des Projektes, zum anderen aber auch die zentralen EU-Verordnungen zur Agenda 2000 sowie weitere wichtige Dokumente zur europäischen Agrarpolitik gespeichert sind. Wie das gesamte Projekt (Laufzeit April 2000 bis Ende 2002) ist auch die Erstellung der CD vom Umweltbundesamt (UBA) finanziell unterstützt worden.

Das Projekt hatte zum Ziel, zwischen Verbänden aus Umweltschutz und Landwirtschaft die Diskussion über die Agenda 2007 rechtzeitig zu initiieren, um mit möglichst weitgehend abgestimmten Positionen in der politischen Auseinandersetzung um die Reform der EU-Agrarpolitik Einfluss zu nehmen. Diesem Ziel entsprechend ist das zentrale Dokument des Projektes die gemeinsame Position (Plattform) von 15 Verbänden mit Vorschlägen für eine neue Agrarpolitik in der EU. Flankiert wird diese Plattform von verschiedenen Projekt-Studien: Die umfangreichste Studie bewertet die Umweltwirkung des EU-Agrarhaushaltes (mit umfangreichem aktuellem Zahlenmaterial), drei Studien beschreiben die Umsetzung der Agenda 2000 in den EU-Staaten Frankreich, Dä-

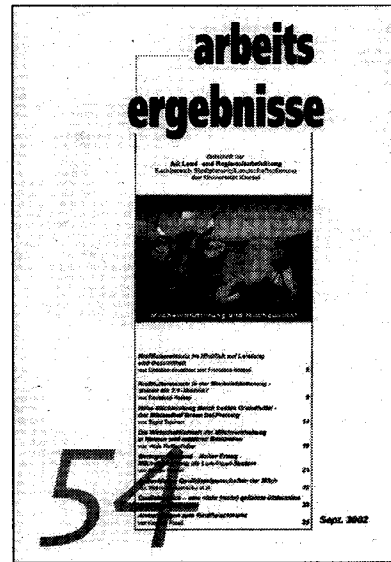
nemark und Spanien und eine weitere bewertet die Effizienz von Agrarumweltprogrammen in Deutschland. Anhand der ebenfalls dokumentierten Pressemitteilungen der Verbände lässt sich auch die Diskussion um die „Agrarwende“ in Deutschland in Erinnerung rufen.

Zusatz-Service

Als zusätzlichen Service bietet die CD-Rom die Berliner Beschlüsse zur Agenda 2000, die Verordnungen zur Umsetzung dieser Beschlüsse aus dem Jahr 1999 sowie diverse Stellungnahmen des Europäischen Rechnungshofes und des Europäischen Wirtschafts- und Sozialausschusses zu agrarpolitischen Themen. Auch der Halbjahresbericht zur Agenda 2000 (Mid-term-Review) sowie die aktuellen Gesetzgebungsvorschläge der EU-Kommission zur Reform der Gemeinsamen Agrarpolitik der EU sind nebst Stellungnahmen von Verbänden dokumentiert. Nicht zuletzt wird auf der CD auch das Papier des Bundeskanzleramtes vom Januar 2001 zur verbraucherorientierten Neuorientierung der deutschen Agrarpolitik zur Verfügung gestellt. *uj*

Euronatur/Abl: Landwirtschaft und Umwelt – Agenda 2007. Ergebnisbericht. Die CD-Rom ist kostenlos. Bezug bei der Abl, Bahnhofstr. 31, 59065 Hamm, info@abl-ev.de.

Milchviehfütterung und Milchqualität



Die Milchtagung von der Abl und GH Kassel in Hardehausen ist eine feste Einrichtung. Ihre Dokumentation aus dem Jahr 2002 ist in den arbeitsergebnissen 54 „Milchviehfütterung und Milchqualität“ zu lesen. Aus Wissenschaft und Praxis werden aktuelle und manchmal auch fast schon in Vergessenheit geratene Themen diskutiert. In dem Aufsatz „Qualitätsmilch – eine nicht mehr geführte Diskussion“ zeigt Andrea Fink-Kessler auf, wie überschaubar spezielle Angebote an Qualitätsprogrammen sind. Mit einem Rückblick über Ansätze, Qualität in der Milchherzeugung zu definieren und dafür höherpreisige Märkte zu suchen, und einer Bewertung der noch unzureichend geführten Debatte über Qualität

bei Biomilch, legt sie anschaulich Ergebnisse einer Studie dar. Es fehle an Untersuchungen über den Einfluss der Fütterung und den Einfluss der Milchbehandlung auf den gesundheitlichen Wert der Milch, ebenso mangle es an Untersuchungen über den Einfluss der Fütterung auf die Milchqualität. Über Folgen des Kraftfuttermittelsatzes in der Fütterung auf Milchleistung und Milchqualität berichteten Christian Krutzinna und Franziska Koepl (s. BS 02/2003) auf der Tagung und in der Broschüre. Auch Wirtschaftlichkeit in kleinen und mittleren Milchviehbetrieben schreibt und rechnet Aloiß Heißenhuber. Bis von der diesjährigen Milchtagung von der AG Land- und Regionalentwicklung der GH Kassel die Dokumentation erscheint, kann mit dem Lesen der letztjährigen die Zeit vertrieben werden.

AG Land- und Regionalentwicklung der GH Kassel. Milchviehfütterung und Milchqualität. arbeitsergebnisse 54. September 2002. 40 S.; 6,- €, zu beziehen über den Abl-Verlag

Bürger netze statt Subventionen!



Seit der Reform der europäischen Agrarpolitik 1992 und besonders seit der „Agenda 2000“ werden von der Landwirtschaft gesellschaftliche Leistungen gefragt: Regionalentwicklung, Landschafts- und Naturschutz, Belebung der ländlichen Räume...

Doch die entsprechenden Förderprogramme binden die Landwirtschaft noch stärker als vorher an den Staat, der als Geldgeber bürokratische Richtlinien und strenge Kontrollen auferlegt. Zudem sind die von der Tagespolitik abhängigen öffentlichen Haushalte keine zuverlässige Wirtschaftsgrundlage für eine Landwirtschaft, die – gerade wenn sie nachhaltig sein soll – in langen Zeiträumen entscheiden muss.

Gleichzeitig entstehen überall in Europa Regionalinitiativen, die sich um die Situation des ländlichen Raums kümmern, regionale Wirtschaftskreisläufe schaffen und die ökologische Situation verbessern. Sie werden von der Politik bislang kaum integriert: könnten sie der Landwirtschaft eine verlässliche Existenzgrundlage ermöglichen?

Der Ökonom und Projektentwickler Dr. Titus Bahner schildert an vier Fallbeispielen, wie Regionalinitiativen mit der Politik zusammenarbeiten und die bürokratische Gängelung der Landwirtschaft lockern können. Er entwirft aus der Einbindung von Regionalinitiativen in Kommunal- und Agrarpolitik die Vision der „Bürger netze“: Bürger netze sind für den unternehmerischen Landwirt Gesprächs- und Verhandlungspartner zum Thema öffentliche Leistungen. Sie ermöglichen der Politik eine unbürokratische Unterstützung der Landwirtschaft für ihre gesellschaftlichen Leistungen und können einer nachhaltigen Landwirtschaft die wirtschaftliche Grundlage geben.

Titus Bahner: Bürger netze statt Subventionen. Abl-Verlag 2001. 247 S., 17,95 €

Bestellcoupon für Platz im Regal

Ich bestelle:

- Der kritische Agrarbericht 2003: 21,- € _____ €
- Der kritische Agrarbericht 2002: als CD oder auf der Homepage www.bauernstimme.de für 19,80 €: _____ €
- ... Expl. der folgenden Ausgaben des kritischen Agrarbericht 1999 bis 2001 zum Sonderpreis im Paket: _____ €
- (2 Ausgaben 30 €; 4 Ausgaben 55 €)
- Der kritische Agrarbericht 2001: 20,- € _____ €
- Die Ausgaben 1996-1998 je Ausgabe 5,- €, 1993-1995 je Ausgabe nur noch 2,50 €: _____ €
- ... Expl. **Bürger netze statt Subventionen**: 17,95 €: _____ €
- außerdem: _____ €

Porto 2,75 €

Zahlung nach Erhalt der Rechnung mit beiliegendem Scheck

Summe _____ €

Ich erteile eine Einzugsermächtigung zu Lasten meines Kontos

Konto-Nr. _____ BLZ _____ Bank _____

Telefon _____ gebf. email _____

Name _____ Adresse _____

Datum _____ Unterschrift _____

Bestellung an: Abl Bauernblatt Verlag-GmbH, Bahnhofstr. 31, 59065 Hamm

(Klein) ANZEIGEN**Wie gebe ich eine Kleinanzeige auf?**

Private Kleinanzeige 10,- €; Chiffregebühr 2,50- €. Alle Preise inkl. MWSt. Anzeigenannahme bis zum 17. des Vormonats. Anzeigen bis einschließlich 12,50,- € nur gegen Vorauszahlung per Scheck oder bar, ansonsten wird ein Zuschlag von 2,75 € für die Rechnungsstellung erhoben.

Für gestaltete Geschäfts-Anzeigen gilt unsere Anzeigenpreisliste. Anzeigenbestellungen und Chiffrezuschriften bitte an: „Unabhängige Bauernstimme“, Bahnhofstraße 31, 59065 Hamm, Fax: 02381-492221, E-mail: bauernstim@aol.com.

● **Praktikumsplatz auf Ökobetrieb in West-Irland** – Zwischen Tuam und Galway auf anerkanntem irischen Biobetrieb (Freiland- und Gewächshausgemüse, Legehennen, Pferde, Backwaren, Pesto, Selbstvermarktung) wird für die Zeit ab sofort und ab Juli jeweils Praktikant/in für drei Monate gesucht. Deutsch-/englischsprachige Familie mit jugendlichen Kindern und Familienanschluss. Bitte melden bei: Joachim und Jeanette Köchen, Clonkeen Abbott, Menlough Ballinasloe, Co Galway, Ireland. ☎ 00353-93-43515, E-mail: mhrees@oceanfree.net

● **Zur Verwirklichung unserer Idee einer Hofgemeinschaft** mit landwirtschaftlichem Betriebsteil sowie Standbeinen im pädagogisch-kulturellen Bereich fehlt uns eine geeignete Hofstelle für eine käufliche oder anderweitige Übernahme bevorzugt im Raum Thüringen, Sachsen-Anhalt, Sachsen, Brandenburg. Tips/Angebote bitte unter: mathijohn@web.de oder ☎ 0345-5238281

● **Wer möchte sich eine Existenz** mit einem Bio-Laden aufbauen? Wir suchen für unseren 100 m² Laden plus Nebenräume einen neuen Inhaber. Geboten werden gute Einarbeitung und günstige Mietkonditionen. PLZ-Bereich 44, mittleres Ruhrgebiet. Chiffre BS 03/03-1

● **Verkaufe laufend beste Arbeitspferde** in jeder Preisklasse. Burkhard Schirmeister, Sipplingen, ☎ 07551-63609

extratour Agrar-Reisen◆ **Irland**

8 Tage, 21. bis 28. Juni 2003
Preis pro Person: 1250 €

◆ **Polens Norden**

Masuren-Königsberg-Danzig
7 Tage Schienen-Kreuzfahrt
15. bis 21. Juli 2003; 995 €

◆ **Ungarn**

7 Tage, 06. bis 12.09.2003
Preis pro Person: 998 €

◆ **Südafrika**

18 Tage, 10. bis 27.11.2003
Preis pro Person: 3180 €

Ausführliche Programme und Buchung bei extratour:

Tel. 0551 - 4 999 355
Fax: 0551 - 4 999 366
www.agrarreise.de



Schweinerereien

Kostenlose Informationen über eine naturverträgliche Landwirtschaft erhalten Sie beim NABU, 53223 Bonn.

gehören nicht auf Ihren Teller!

www.NABU.de
NABU · 53223 Bonn
Telefon: 02 28 40 36-0

Unsere solidarische Unterstützung gilt Menschen, die sich zusammentun und ihre wirtschaftliche und soziale Situation in die eigene Hand nehmen.

**Was tun wir da?
Wo und wie?**

Infos bei

medico international
Obermainanlage 7
D-60314 Frankfurt/Main
Tel: 069-944380
Fax: 069-436002
eMail: info@medico.de
www.medico.de

Spendenkonto
1800 Frankfurter Sparkasse
BLZ 500 502 01

Veranstaltungen**Ökologischer Landbau**

01.-02. April Vilm bei Rügen

Jeweils von neun Uhr morgens bis in den Abend erörtern Referenten der Universität Hohenheim, der Internationalen Naturschutzakademie sowie des Bundesamtes für Naturschutz die Situation des ökologischen Landbaus in der aktuellen wirtschaftlichen Lage. Die Teilnahme auf der kleinen Insel Vilm bei Rügen (Lauterbach) kostet 24 Euro.

Infos: Bundesamt für Naturschutz, Norbert Wiersbinski, ☎ 038301-86111

Biogasanlage

02. April, Bad Sassendorf-Ostinghausen

Im landwirtschaftszentrum Haus Düssel der Landwirtschaftskammer Westfalen-Lippe wird eine Biogasanlage zu Versuchs- und Demonstrationszwecken in Betrieb genommen. Bei der Eröffnung um elf Uhr wird die nordrhein-westfälische Landwirtschaftsministerin Bärbel Höhn anwesend sein. Ab 13.35 Uhr stellen Referenten der Landwirtschaftskammer Ergebnisse des Projektes „Biogas im praktischen Betrieb“ vor.

Infos: Landwirtschaftskammer Westfalen-Lippe, Uwe Spangenberg, ☎ 0251-599234

Pflanzenpflegestoffe

02. April, Salzweg

Eine Übersicht über Produkte am Markt und deren Wirkung, Forschungsergebnisse und Erfahrungsaustausch bietet um 20 Uhr Referentin Veronika Sindlhauser im Gutsbräu Strasskirchen in 94121 Salzweg.

Infos: Bioland-Erzeugerring, ☎ 08517-565020

Energietag

03. April, Meschede

Über die Entwicklung der Energie aus Holz, Biogas, Wind und Wasserkraft informieren Referenten von neun bis 16 Uhr in der Stadthalle von Meschede. Die Teilnahme ist kostenlos.

Infos: Fachhochschule Südwestfalen, Christoph Kail, ☎ 0291-9910113

Nachhaltige Pflanzenzucht

03.-04. April, Halle/Saale

Das Kuratorium für Technik und Bauwesen in der Landwirtschaft (KTBL) widmet sich auf seiner Tagung den Umweltschutzvorkehrungen bei der Pflanzenproduktion, nachhaltiger Düngung, physikalischem Bodenschutz und anderen Aspekten der Landtechnik. Die Teilnahme kostet je nach Übernachtung und Verpflegung im Hotel Maritim zwischen 25 und 160 Euro.

Infos: KTBL, Brigitte Gfrerer, ☎ 06151-7001171

Mechanische Unkrautbekämpfung

04. April, Passau

Ab 14 Uhr Praxistag mechanische Unkrautbekämpfung mit Einsatz im Sommer- und Wintergetreide und Leguminosen, Technik für Untersaaten und anderes.

Anmeldung: Biokreis Erzeugerring, Regensburger Str. 34, 94036 Passau, ☎ 0851-756500, Fax -7565025

Ökologische Bienenhaltung

05. April, Traunstein/Oberbayern

Biokreis-Imker Utto Baumgartner und Demeter-Imker Günther Friedmann demonstrieren im Landwirtschaftsamt von 9.30 Uhr bis 16.30 Uhr artgerechte Bienenhaltung, Naturwabenbau und anderes. Der Eintritt kostet 2,50 Euro.

Infos: Biokreis Erzeugerring, ☎ 0851-7565021

Tagung Ländlicher Raum

05.-06. April, Bischofsheim

Ein Wochenende lang, von Sonnabend, 14 Uhr, bis Sonntag um 12.30 Uhr, befasst sich die Tagung des Ausschusses Ländlicher Raum der Evangelischen Landessynode Bayern sich mit christlicher Ethik, ökologischem Landbau und Lebensmittelqualität. Die Tagung ist beitragsfrei, nur Speisen und Übernachtung müssen mit der Tagungsstätte Hohe Rhön in Bischofsheim-Haselbach abgerechnet werden.

Infos: Christliche Tagungsstätte Hohe Rhön, Fritz Schroth, ☎ 09772-93040

Bauernhof macht Schule

05. April, Telgte

Ökologisches, soziales und interkulturelles Lernen am Beispiel Landwirtschaft – dies will der NABU Lehrkräften, Betreuern von Kindern und Naturschützern nahe bringen. Der Teilnahme an der Fortbildung im Emshof beträgt 20 Euro.

Infos: Natur- und Umweltschutz Akademie NRW, Siemensstr. 5, 45659 Recklinghausen, ☎ 02361-3050

Verbraucherschutz

05. April, Münster

„Von der Ladentheke aus“ soll eine zukunftssträchtige Landwirtschafts- und Verbraucherpolitik ausgehen. Die SPD Nordrhein-Westfalens lädt dazu ab 9.30 Uhr in die Agora in der Bismarckallee. Zu den Rednern gehören der SPD-Europaparlamentarier Willi Görlich, Vertreter von Bioland und foodwatch sowie von Westfleisch und Rewe.

Infos: SPD-Landesverband NRW, Kavalleriestr. 16, 40213 Düsseldorf, ☎ 0211-136220

Homöopathische Milchviehhaltung

09. April, Sulzberg

Die Naturtierheilpraktikerin Gertrude Rössler referiert ab 18 Uhr im Cafe Beche-

rer, Kemptener Str. 4, 87477 Sulzberg. Infos: Naturland Erzeugerring, ☎ 08137-931810

Kräutergarten

10. April, Bergkamen

Rosmarin, Thymian, Salbei und Liebstöckel bekommt man im Laden meist nur getrocknet. Wolfgang Gaida informiert in der Bergkamener Ökologiestation ab 19 Uhr, welche Kräuter in unseren Breiten im eigenen Garten wachsen können und wie vielseitig sie verwendet werden können. Anmeldung: Umweltzentrum Westfalen, Westenhellweg 110, 59192 Bergkamen, ☎ 02389-98090

Innovatives Holz

09.-10. April, Rosenheim

Im Rosenheimer Kultur- und Kongresszentrum beginnt am Sonnabend ein zweitägiges Symposium zu allen Anwendungen der „Wertschöpfungskette Holz“, vom Forst zum Endprodukt. Die Teilnahme kostet je nach Status und Tagen zwischen 50 und 210 Euro.

Infos: Bayern innovativ, Gewerbemuseumsplatz 2, 90403 Nürnberg, ☎ 0911-20671146

Biodiversität

12. April, Wetzlar

Obstbäume veredeln, Obstsorten erhalten – das ist das Ziel der Veranstaltung im hessischen Naturschutz-Zentrum, mit der speziell Obstbauern angesprochen werden sollen.

Anmeldung: Naturschutz-Zentrum Hessen, Friedensstr. 38, 35578 Wetzlar, ☎ 06441-924800

Hofbesichtigung

28. April, Vilsheim

Martin Lackemeier lädt ab 18.30 Uhr zur Besichtigung seines Naturland-Betriebes ein. Adresse: Gessendorf 3 in 84186 Vilsheim.

Infos: Naturland Erzeugerring, ☎ 08137-931810

Dorferkundung

28. April – 03. Mai, Paderborn

„Praktische Dorferkundung vor Ort“ verspricht eine Tagung der Akademie der Katholischen Landjugend.

Infos: Akademie der Katholischen Landjugend, Drachenfelsstr. 23, 53604 Bad Honnef, ☎ 02224-946540

Schülerwettbewerb

Was ist eigentlich öko am Ökolandbau?
Was mach der Bio-Bauer und warum?
Wie kommt unser Essen vom Acker auf unseren Teller?

Schüler der 1. bis 13. Klasse und ihre Lehrer sind aufgefordert, ihre Antworten als Plakat, Hörspiel-Reportage oder Website einsenden. Einsendeschluss ist der 30. April. Teilnahmebedingungen im Internet unter: www.bio-find-ich-kuhl.de Die Träger des ersten Preises gewinnen eine zweitägige Reise nach Berlin

„Bio find ich Kuh-I“ ist ein Wettbewerb im Rahmen des Programms ökologischer Landbau des Bundesministeriums für Verbraucherschutz, Ernährung und Landwirtschaft.

Beiträge an: PR-Agentur M&P, Ursula Marx und Thorsten Mayer, Schloßstr.9b, 53757 Sankt Augustin, ☎ 02241-933980, Fax -9339833 Email: ursula.marx@mp-gmbh.de



„Bäuerinnen und Bauern braucht das Land“

AbL-Bauerntag 2003

Fachtagung mit Exkursion und 15 Jahre AbL-Landesverband Baden-Württemberg Bauerntag

9. und 10. Mai in Freiburg/Breisgau

Ort: Historisches Kaufhaus, Am Münsterplatz

Referenten:

Günter Weinschenk, Uni Stuttgart-Hohenheim,

Alois Heißenhuber, TU München-Weihenstephan,

Gérard Choplin, CPE Brüssel,

Harald Schumann, Spiegel-Redaktion

und viele andere

Anmeldung erforderlich: Matthias Minister, 07732-821345, Fax -821355

Georg Janßen, 07732-407757, Fax -407758

Tagungsgebühr: 35 Euro, Exkursion 15 Euro

AbL

KONTAKTE

Schleswig-Holstein

Bernd Voß, Diekdorf Nr. 124, 25554 Wilster, ☎ 04823/8505, Fax: /75330
Hinrich Lorenzen, Winderatt 14, 24966 Sörup, ☎ 04635/2141, Fax: /2114
Plön: Matthias Stührwoldt, ☎ 04326/679 Fax 289147
Flensburg: Heiner Iversen, ☎ 04631/7424, Fax 04631/3852

Niedersachsen

Landesverband: Martin Schulz, Kosakenweg 29, 29476 Quickborn, ☎ und Fax 05865-829
Heide-Weser: Karl-Heinz Rengstorff, ☎ + Fax: 04233/669; Ulrike Helberg-Manke, ☎ 04231/63048
Elbe-Weser: Ada Fischer ☎ 04723/3201, Fax: 04723/2118
Wendland-Ostheide: Horst Seide, ☎ 05865/1247
Niedersachsen-Mitte: Hartmut Hollemann, ☎ 05121/510694
Südniedersachsen: Andreas Backfisch, ☎ 05508-999989, Fax: 05508-999245

Nordrhein-Westfalen

Landesverband NRW: Bahnhofstr. 31, 59065 Hamm, ☎ 02381/9053173, Fax: 492221
Herford: Friedel Gieseler, ☎ 05221/62575
Minden-Lübbecke: August Seele, ☎ 05702/9152
Hellweg: Ulrike Ostendorf, ☎ 02307/62281, Wilhelm Ecke, ☎ 02378/2991
Sauerland: Dorothee Biermann, ☎ 02973/2557
Höxter-Warburger Land: Hubertus Hartmann, ☎ 05273/35447
Tecklenburger Land: Martin Steinmann, ☎ 05404/5264
Gütersloh: Erika Kattenstroth, ☎ 05241/57069
Düren: Monika Lövenich, ☎ 02425/901458
Köln/Bonn: Bernd Schmitz, ☎ 02248/4761

Hessen

Mittelhessen: Ernst-Günter Lang, ☎ 06441/75502, Fax: 06441/975995
Nordhessen: Bernhard Wicke, ☎ 05665/1403; Onno Poppinga, ☎ 05673/3540

Rheinland-Pfalz

Landesverband: Quellenweg 6, 56288 Bell, ☎ 06762/951170, Fax: 06762/951191
Regionalverband Eifel: Ulrike Hanen, Bergstr. 8, 54636 Wiersdorf, ☎ 06569/7171

Baden-Württemberg

Landesverband: Laubachtal 1, 88484 Guttenzell, ☎ 07352/8928, Fax: 07352/941422
Nordschwarzwald: Georg Bohnet, ☎ 07443/3990, Martin Reiter, ☎ 07524/2272; Hedwig Noll, ☎ 07463/729
Nord-Württemberg: Ulrike Hasemeier-Reimer, ☎ 07971/8584
Oberschwaben: Albrecht Stiefel, ☎ 0751/91171; Josef Bopp, ☎ 07352/8928
Schwarzwald-Baar: Klaus Elble, ☎ 07808/1311, Fax: 07808/910453
Ortenaukreis: Tilo Braun, ☎ 07805/5465
Bodensee: Anneliese Schmeh, ☎ 07553/7529, Fax: 07553/828278
Allgäu: Bärbel Endraß, ☎ 07528/7840, Fax: 07528/927590

Bayern

www.abl-bayern.de
Landesverband: Andreas Remmelberger, Reit 17, 84508 Burgkirchen/Alz, ☎ 08679/6474, Fax: -9130145, e-Mail: Abl-Bayern@web.de
Regionalverband Schwaben: Josef Böck, Leipheimer Str. 8, 89347 Bubesheim, ☎ 08221/6326; Hermann Holl, ☎ 07302/6512
Regionalgruppe Pfaffenwinkel: Wolfgang Taffertshofer ☎ 08847/804, Christa Schlögel ☎ 08856/5723
Regionalgruppe Chiemgau-Inn Salzach, Hans Urbauer ☎ 08628-634, Ute Gasteiger ☎ 08039-1635
Landshut-Vilstal: Josef Schmidt, ☎ 08742/8039
Franken: Gabriel Deinhardt, ☎ 09194/8480; Jasmin Berger ☎ 09565/6838

Mecklenburg-Vorpommern

Mecklenburg: Jörg Gerke, Ausbau 5, 18258 Rukieten, ☎ 038453/20400, Fax: 038453/52131
Vorpommern: Albert Wittneben, Altes Schulhaus, 17091 Wolkow, ☎ 039604/26859

Sachsen/Thüringen

Landesverband: Jörg Klemm, Trassenweg 25, 09638 Lichtenberg, ☎ 037323/50129,

Geschäftsführer: Georg Janßen, c/o Gewerkschaftshaus, Heiligengeiststr. 28, 21335 Lüneburg, ☎ 04131/407757, Fax 04131/407758
Arbeitskreis Frauen: Maria Heubuch, Luttolsberg 8, 88299 Leutkirch, ☎ 07561-5937
Arbeitsgruppe ökologischer Landbau: Dietmar Groß, Am Dorfbrunnen 1, 34576 Homberg-Mühlhausen, ☎ 05681/2607
„Morgenland“ – Arbeitskreis für Leute, die auch morgen noch in der Landwirtschaft oder einem angelagerten Bereich arbeiten wollen. Arnd Berner, Zum Anger 5, 37547 Kreiensen-Opperhausen ☎ u. Fax. 05563-910705, hof_berner@hotmail.com
AgrarBündnis e.V.: Ulrike Ottenotbrock-Völker, Marienfelder Str. 14, 33378 Rheda-Wiedenbrück, ☎ 05242/44327, Fax: 931446
Neuland e.V.: Baumschulallee 15, 53115 Bonn 1, ☎ 0228/604960
Europäische Bauernkoordination EBK-CPE, Rue de la Sablonnière 18, B-1000 Brüssel, ☎ 00322/2173112, Fax 2184509, E-mail: cpe@cefarmers.org
Verein zur Förderung des Anbaus und der Verwertung von Hanf, Haus der Landwirtschaft, Bielefelder Str. 47, 33378 Rheda-Wiedenbrück, 05242/925814, Fax: 925833, email: Andrea.Kiel@lk-wl.nrw.de
Projektbüro Hanf, Haus Düsse, Daik Lohmeyer, 59505 Bad Sassendorf/Ostinghausen, ☎ 02945/989195, Fax: 02945/989133
Interessengemeinschaft gegen die Nachbaugesetze und Nachbaugebühren. Adi Lambke 05864/233, Anneliese Schmeh 07553/7529, Johann Schamann 09861/3945
IG-Boden, Ansprechpartner: (Mecklenburg) Franz Joachim Bienstein, ☎ u. Fax: 03841-791273; (Vorpommern) Franz Hinnemann, ☎ u. Fax: 038331-80024; (Brandenburg) Bernd Hüsgen, ☎ 033704-66161, Fax: -66162

Ich werde Mitglied in der

Zutreffendes bitte ankreuzen:

- | | |
|---|--|
| <input type="checkbox"/> Ich möchte Mitglied in der AbL werden | <input type="checkbox"/> Ich bin bereit, als Fördermitglied einen höheren Beitrag von <input type="checkbox"/> 102,- € <input type="checkbox"/> 127,50 € oder _____ zu zahlen. |
| <input type="checkbox"/> Ich zahle den regulären Mitgliedsbeitrag von 76,50 € | <input type="checkbox"/> Ich bin Kleinbauer, Student, Rentner, arbeitslos und bezahle einen Mitgliedsbeitrag von 25,50 € (Nachweis füge ich bei) |
| <input type="checkbox"/> Wir bezahlen den Mitgliedsbeitrag für Ehepaare und Hofgemeinschaften von 102,- € | <input type="checkbox"/> Ich beantrage als nicht landwirtschaftliche Unterstützer/in einen Mitgliedsbeitrag von 50,- € |

Mitgliedsadresse:

Name _____ Vorname _____

Straße _____ PLZ, Ort _____

Zahlungsweise des Mitgliedsbeitrags:

- | | |
|---|---|
| <input type="checkbox"/> Nach Erhalt der Rechnung | <input type="checkbox"/> Ich bin Abonnent der Unabhängigen Bauernstimme: |
| <input type="checkbox"/> Ich erteile Ihnen eine Einzugsermächtigung | <input type="checkbox"/> ja <input type="checkbox"/> nein |
| | <input type="checkbox"/> Ich bestelle auch die Unabhängige Bauernstimme (Bitte Coupon auf Seite 24 ausfüllen) |

Hiermit ermächtige ich Sie widerruflich, den von mir zu errichtenden Beitrag bei Fälligkeit zu Lasten meines Kontos einzuziehen.

Konto-Nr. _____ BLZ _____ Bank _____

Die Mitgliedschaft verlängert sich automatisch um ein weiteres Jahr, wenn nicht spätestens 14 Tage vor Ablauf gekündigt wird. Ich bin damit einverstanden, dass die Deutsche Bundespost im Falle einer Adressänderung die neue Adresse an die AbL bzw. Abo-Verwaltung weiterleitet.
Widerrufsrecht: Ihre Bestellung kann innerhalb einer Woche ohne Angabe von Gründen schriftlich bei der AbL widerrufen werden.

Unterschrift _____ Datum _____ Beruf _____

Bitte senden Sie die Bestellung in einem Kuvert an:

AbL e.V. Bauernstimme Bahnhofstr. 31, 59065 Hamm

IMPRESSUM

Unabhängige Bauernstimme • Herausgeber: Arbeitsgemeinschaft bäuerliche Landwirtschaft – Bauernblatt e.V., Bahnhofstr. 31, 59065 Hamm, Tel. 02381/9053170, Fax: 02381/492221, E-mail: bauernstim@aol.com, Homepage: http://www.abl-ev.de • Bankverbindung: Kreissparkasse Wiedenbrück, BLZ 47853520 Kto 2017838 • Redaktion: Leif Allendorf, Ulrich Jasper, Mute Schimpf: Bahnhofstr. 31, 59065 Hamm, Tel. 02381/492220, Fax: 02381/492221 (Redaktions- und Anzeigenschluss: jeweils am 15. des Vormonats) • Abonnementpreis: 36,- € jährlich • Erscheinungsweise: monatlich (11 x jährlich) • Bestellungen, Adressänderungen, und Anzeigenaufträge bitte direkt an den Verlag • Verlag: ABL Bauernblatt Verlags-GmbH, Vera Thiel, Bahnhofstr. 31, 59065 Hamm, Tel, 02381/492288, Fax: 02381/492221, homepage: www.bauernstimme.de • Bankverbindung: Kreissparkasse Wiedenbrück, BLZ 47853520 Kto 2031516 • Druck: lensing druck, Münster – ISSN-Nr 0934-4632 Postvertriebsstück 1 K 12858 E.

Das Drama der Deadline

Oh, welch romantisches Bild: Der Bauer. Er lebt in seiner schlichten, aber wunderbaren Welt; eingebettet in den Lauf der Natur, in den Wechsel der Jahreszeiten tut er täglich seine Arbeit und lebt von dem, was Mutter Erde ihm zu geben bereit ist. Und da er abends niemals müde ist, schwingt er sich zunächst gemeinsam mit einer atemberaubend schönen Frau auf zwei nur mühsam ihre urwüchsige Kraft bändigende Pferde, um ohne Sattel und Zaumzeug, die Hände in die langen Mähnen gekrallt, über Zäune springend die wilden Landschaften seines Hofes zu durchfliegen. Später wälzen sich Bäuerin und Bauer leidenschaftlich in den Betten, nur um am nächsten Morgen im Licht der frühen Sonne wieder aufstehen und arbeiten zu dürfen. Soweit die spinnerte Vision meiner spätpubertären Jahre, als ich wußte, dass ich Bauer werden will, aber es sollte ein anderes Leben sein als das meiner Eltern, das ich doch kannte als eine schlimme Mischung aus Arbeit, gesellschaftlichen Verpflichtungen und Vor-dem-Fernseher-einschlafen, von Freiraum keine Spur. Meine Eltern waren so zu mit Arbeit, dass sie den Wechsel der Jahreszeiten nur daran merkten, dass plötzlich die Mähndrescher fuhren. Also von wegen: Die jungen Leute aus der Stadt haben romantisch verklärte Vorstellungen vom Leben auf dem Hof – die jungen Leute vom Hof träumen genauso rum. Bis heute besitze ich kein Pferd, und auch die Liebste ähnelt der halbwilden, halbnackten Schönheit auf dem schwarzen Hengst nur in gewissen Stunden: Denn leider ist sie weder ständig halbwild noch halbnackt. Der Lauf der Natur? Der Wechsel der Jahreszeiten? Kommt vor, gewiß, aber er strukturiert den Ablauf meines Jahres nur grob. Plötzlich wächst es eben, dann muss ich mähen, dann wächst es wieder, mä-

hen, Getreide ernten, pflügen, Neueinsaat. Zwischendrin kalbt es, und melken muss ich jeden Tag. Das Güllefahren nicht vergessen, und plötzlich ist wieder ein Jahr rum. Im November schlafe ich ab und nehme mir vor, im Winter endlich einmal mein Büro aufzuräumen, dann ist Weihnachten und plötzlich ist der Winter vorbei, das Büro sieht aus wie immer und alles geht von vorne los. Die Feinstruktur des Jahres jedoch – die ist der Rede wert. Mein Jahr ist das Jahr der Deadlines. Verzeiht mir diesen Anglizismus, dieses eine Mal. Ohne Deadlines würde ich nichts im Leben schaffen, ich behauptete sogar: Ohne Deadlines würde die Welt nicht funktionieren. Mein Jahr der Deadlines sieht folgendermaßen aus: 15. März Ende der Knickpflege, 15. Mai Abgabe des Antrags auf Agrarförderung, 30. September Abgabe des Antrags auf MSL-Förderung zur Einführung ökologischer Anbauverfahren (geiler Terminus, was?), 1. Oktober Abgabe des Antrags auf Auszahlung der Vertragsnaturschutzprämie, 15. Oktober Abgabe des Antrags auf Beratungskostenzuschuss, 31. Oktober Ende der Beweidungszeit der Vertragsnaturschutzflächen, 15. November Güllesilvester, 31. Dezember Abgabe des Antrags auf Gasölverbilligung oder wie das heißt. Soweit die unverrückbaren Termine in meinem Jahr. Mit denen komm ich klar; denn sie stehen fest. Tückischer sind die flexiblen Deadlines. Abgabe des Antrags auf allgemeine Schlachtplatte, äh Schlachtpremie und Sonderprämie für männliche Rinder: Spätestens sechs Monate nach Schlachtung! Immer wieder verschwitze ich den Termin und schreibe schleimige Briefe ans Amt für Ländliche Räume, damit sie mir nicht die Prämien kürzen. Alle sechs Monate Abgabe von Bestandsmilchproben zur Aufrechterhaltung meines BHV-

IBR-Freiheits-Status – ist das verdammte halbe Jahr schon wieder um? Hinzu kommen die Deadlines der Bauernstimm-Redaktion: Wir brauchen den Text bis morgen früh! Ja!, stöhne ich in den Hörer: Gib mir Deadlines! Und dann kommt die Liebste und sagt: Bis heute abend ist der Wohnzimmertisch aufgeräumt, sonst schmeiß ich alles weg, was draufliegt. Schon räume ich auf. Es geht nicht nur mir so. Jedes Jahr schreibt das Amt für Ländliche Räume oben auf die Anträge auf Agrarförderung: „Aus verwaltungstechnischen Gründen bitten wir um Abgabe bis zum 31. März. Letzter möglicher Abgabetermin ist der 15. Mai.“ Wenn Tausende Berufskollegen und ich am 13. Mai die Umschläge öffnen, ist der März vorbei, und so stehen wir, eine Meute übernachteter graugesichtiger ungeduschter Bauern, am 15. Mai vor dem Postkasten des Amtes Schlange, um unsere Anträge einzuwerfen. Das gleiche Szenario auch zu anderen Gelegenheiten – etwa Silvester vor dem Hauptzollamt – und an Güllesilvester gibt es Güllewagenstau. Immer wieder stelle ich mir genüßlich vor, wie es wohl wäre, wenn sie mal auf die Anträge schrieben: „Abgabeschluß am 15. Mai um 11 Uhr 30“. Dann gäbe es in allen Städten mit Landwirtschaftsämtern ein wunderbares Verkehrschaos, verursacht allein von Tausenden von grünen Geländewagen. Das Herrannahen der Deadline übt einen Zauber aus, und im Niemandsland zwischen Termineinhaltung und verspäteter Abgabe wallen die Gefühle wie sonst nur im Bett oder beim Fußball. Aber der 15. Mai ist noch weit, es bleibt genug Zeit, sich die Bauernstimme zu schnappen und ein wenig zu lesen ...

Matthias Stührwoldt

Deutsche Post AG Postvertriebsstück K 12838
AbL Bauernblatt Verlags GmbH
Bahnhofstraße 31, 59065 Hamm

UNABHÄNGIGE Bauernstimme: für Zeit zwischendurch

4/2003

Zutreffendes bitte ankreuzen

- Ich möchte die BAUERNSTIMME abonnieren (36 €,- im Jahr). In begründeten Fällen kann auf jährlichen Antrag für Kleinbauern, -bäuerinnen, Arbeitslose, SchülerInnen und StudentInnen der Abo-Preis auf 26,- € gesenkt werden.
- Ich abonniere die BAUERNSTIMME zum Förderpreis von 60,- € im Jahr
- Ich möchte die BAUERNSTIMME zum Preis von 18,- bzw. 36,- € für 6 oder 12 Monate verschenken.
- Ich abonniere die BAUERNSTIMME zum einmaligen Schnupperpreis von 6,- € für drei Ausgaben (nur gegen Vorkasse: Bar, Scheck, Briefmarken)

Zahlungsweise des Zeitungsabos:

- Nach Erhalt der Rechnung
- Mit beiliegendem Scheck
- Ich erteile Ihnen eine Einzugsermächtigung
Hiermit ermächtige ich Sie widerruflich, den von mir zu entrichtenden Betrag bei Fälligkeit zu Lasten meines Kontos einzuziehen.

Zustelladresse

Name, Vorname

Straße

PLZ, Ort

evtl. Telefon für Rückfragen

Bei Geschenkabos Adresse des Auftraggebers

Name, Vorname

Straße

PLZ, Ort

evtl. Telefon für Rückfragen

Konto-Nr

BLZ

Bank

Das Abonnement verlängert sich um ein Jahr (außer bei Geschenkabos), wenn es nicht spätestens vier Wochen vor Ende des Abozeitraums gekündigt wird.

Ich bin damit einverstanden, dass die Deutsche Bundespost im Falle einer Adressänderung die neue Adresse an die Abo-Verwaltung weiterleitet.

Widerrufsrecht: Ich weiß, dass ich meine Bestellung innerhalb einer Woche ohne Angabe von Gründen schriftlich beim ABL-Verlag widerrufen kann.

Unterschrift der Abonnetin / des Abonnenten

Datum

Beruf

(bei Geschenkabos Unterschrift des Auftraggebers)

Bitte senden Sie die Bestellung an: Bauernstimme, 59065 Hamm, Bahnhofstr. 31
oder FAX 02381- 492221